

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: pro Nummer 10 Pf. monatlich 1.10 Mk. vierteljährlich 3.30 Mk. monatlich 1.10 Mk. wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eintragungen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 12/11.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweifach 2-fachgedruckt Wort), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schloßstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 26. Juni 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Kämpfe um die Beherrschung des Dnjestr.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 25. Juni 1915. (B. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Nahkampfe südlich von Souchez erbeuteten wir mehrere Maschinengewehre. Wiederholte feindliche Vorstöße gegen die Labyrinthstellung wurden abgeschlagen. Im Westrand der Argonnen brach der Angriff eines französischen Bataillons gegen unsere vorgeschobenen neuen Stellungen unter schweren Verlusten zusammen. Im Nachstoß entriß wir dem Feinde noch einen Graben mit zwei Blockhäusern. Drei weitere Maschinengewehre und drei Minenwerfer fielen in unsere Hand.

Auf den Maashöhen scheiterten die westlich der Tranche angeführten französischen Angriffe vollkommen. Westlich der Tranche eroberten wir einen vom Feinde zäh verteidigten Verbindungsgraben zurück.

Bei Leintrey östlich von Lunéville wurden kleine feindliche Unternehmungen abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Das vorgestern eroberte Dorf Kopaczyska wurde wieder geräumt. Südöstlich Chorzele in der Nähe des Dorfes Stegna drangen unsere Truppen nach hartnäckigem Nahkampf in einen Teil der feindlichen Linie ein und setzten sich darin fest.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Truppen des Generaloberst v. Woynsch haben in der Verfolgung das Waldgebiet südlich Iza durchschritten.

Die Lage bei den Armeen des Feldmarschalls v. Mackensen ist im wesentlichen unverändert.

Nordwestlich von Galicz mußten Teile der Armee des Generals von Linzigen vor überlegenen feindlichen Gegenangriffen bei Martinow auf das Südufer des Dnjestr zurückgenommen werden. Weiter stromauf sind wir im fortschreitenden Angriff; der linke Flügel steht bei Chodorow.

Oberste Seeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 25. Juni. (B. T. B.) Amtlich wird verlautbart: 25. Juni 1915 mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Zwischen Galicz und Zarawno dauern die Kämpfe am nördlichen Dnjestrufer fort. Gegenangriffe der Russen wurden abgewiesen. Der eigene Angriff schreitet vorwärts. Neber Zhdaczow vordringend, wurde gestern Chodorow genommen.

Die sonstige Lage am Dnjestr flussabwärts Galicz, dann östlich Lemberg bei Kawa-Kusta und am Tanew ist unverändert.

Das südliche Sauser ist vom Feinde frei. — In Polen verfolgen die verbündeten Truppen die gegen Zamischost, Dzarow und Sienna zurückgehenden russischen Kräfte.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An den Grenzen Tirols und Kärntens mehrfach Geschützkämpfe. Im kaisersländischen Grenzgebiet wurden in den Morgenstunden östlich Roudi zwei feindliche Angriffe abgewiesen. Gegen den Brückenkopf von Goerz und den Höhenrand des Plateaus von Comen richtet sich heftiges feindliches Artilleriefeuer.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 25. Juni. (B. T. B.) Bericht des Großen Generalstabes. An den Flüssen Windau, Benta und Dubissa keine wesentliche Veränderung. An der Front des Narew und der Weichsel nur kleine Zusammenstöße der Vorhut.

An der Tanewfront gleichfalls Ruhe. In dem Abschnitt Polkw und Lemberg machte der Feind am Abend des 22. Juni und am ganzen nachfolgenden Tage weitere Angriffsversuche, indem er mit ganz besonderer Hartnäckigkeit sich anstrebte, längs der Eisenbahn Lemberg-Orzeganj in der Richtung der Dörfer Czizkow—Zmitrowit

vorzubringen. Indessen, dank den kräftigen Gegenangriffen unserer Truppen, scheiterten diese Versuche.

An der Front Zarawno, Demeszkowice heftiger Kampf, der sich bisher für uns günstig entwickelt. Bedeutende deutsche Kräfte, die am Morgen des 23. Juni in der Gegend von Rozara auf das linke Dnjestrufer übersehten, erlitten ungeheure Verluste, wurden gegen den Fluß gedrängt und mußten unter besonders schwierigen Verhältnissen zur Defensivübergehen. Die Deutschen hielten sich hier teils an den Inselchen des Flusses, teils am linken Ufer fest. Bei Martinow und Rozdwiandj überschritten die Oesterreicher den Dnjestr, wurden aber durch einen stürmischen Gegenstoß unserer Truppen gegen den Fluß hin zurückgeworfen und verloren hier bis um 10 Uhr morgens ungefähr 40 Offiziere und 1700 Mann verschiedener Regimenter an Gefangenen. Der Feind sucht sich in den Häusern nahe am Fluße zu halten, wo er erbitterten Widerstand leistet. In diesen Kämpfen leistete uns unsere schwere und leichte Artillerie wirksame Unterstützung.

In der Gegend von Kosmerzina am Dnjestr, südöstlich von Rizinow, ergriffen unsere Truppen die Offensive, kamen am 22. Juni an den Berg Begimna, der vom Feinde besetzt und stark befestigt war, verschanzten sich dort und begannen am frühen Morgen des 23. Juni einen heftigen Ansturm gegen diesen Berg. Der Feind stellte sich dem Bajonettangriff nicht, sondern ging in Unordnung auf die zweite Linie seiner Befestigungen zurück. Beim Rückzug des Feindes drangen unsere Truppen ein, machten fast die ganze Besatzung dieser Höhen nieder und nahmen den Rest, 2 Offiziere und 210 Soldaten gefangen.

Organisation der Munitionserzeugung in Rußland.

Petersburg, 25. Juni (über Kopenhagen). (B. T. B.) Der Hauptausschuß der russischen Industrie hat von allen Unterausschüssen genaue Auskunft über das ganze Reich verlangt, wie weit einzelne Fabrikbezirke zur Erzeugung von Kriegsmaterial übergehen und wie weit sie die vorhandene Erzeugung erweitern könnten. Der Kaiserliche Technische Verein in Petersburg hat ähnliche Schritte unternommen.

Die Beleuchtungsfrage.

Die „Germania“ weiß zu berichten, daß die Regierung sich mit der Petroleumfrage beschäftigt. Sie will versuchen, durch ein Abkommen mit den Einfuhrgesellschaften die Verteilung des verfügbaren Petroleums zu regeln, wobei auch Höchstpreise festgesetzt werden würden, die allerdings nicht niedrig sein können, im Kleinhandel 25 Pf. pro Liter wesentlich übersteigen werden.

In der Tat ist die Frage sehr ernst. Es war bisher die Versorgung mit Petroleum überaus knapp, was sehr ersichtlich ist. Stammen muß man vielmehr, daß so gewaltige Vorräte an Petroleum im Lande waren. Denn die Zufuhr konnte selbstverständlich nur gering sein. Die Vorräte müssen sich aber schließlich erschöpfen und es fragt sich, was im kommenden Winter werden soll, wenn der Krieg bis dahin nicht beendet wird.

Die Hoffnungen, die die „Germania“ macht, scheinen uns etwas fragwürdig. Die Lage der Dinge ist ja recht eindeutig. Tatsache ist nämlich, daß von der Weltproduktion von Kohöl rund 85 Proz. auf Amerika und Rußland entfallen und daß von dem Petroleum aus diesen Quellen Deutschland nichts erhalten kann, solange der Krieg dauert. Von den übrigen 15 Proz. entfällt ein großer Teil auf Niederländisch Indien, Britisch Indien, Japan, Peru, Mexiko. Für die Versorgung Deutschlands kommen also als Lieferanten, auf die man zurzeit rechnen kann, Oesterreich-Ungarn und Rumänien in Betracht, von denen das erste in den letzten Jahren 1,5 bis 2 Millionen metrische Tonnen Kohöl gewann, das zweite an 2 Millionen, was zusammen an 6 1/2 Proz. der Weltproduktion ausmacht.

Das Gebiet der galizischen Ölquellen war bis vor kurzem von den Russen besetzt. Wie es heißt, sind die Anlagen gesichert worden, schon deshalb, weil sie zum Teil französischen und englischen Kapitalisten gehörten, immerhin sind während der Kämpfe manche Bohrtürme und andere Einrichtungen zerstört worden. Es wird also darauf ankommen, diese Quellen so stark als irgendmöglich auszunutzen. Um die Besitzverhältnisse wird man sich dabei kaum viel kümmern; soweit die Werke im Besitz von Kapitalisten feindlicher Staaten sind, können sie beschlagnahmt und auf Staatskosten verwaltet werden. Die Schwierigkeiten sind indes in bedeutendem Maße die Maschinerie wieder hergerichtet werden, es dürfte Mangel an qualifizierten Arbeitern herrschen und auch der Transport des gewonnenen Oels wird sich nicht glatt vollziehen. Ob es gelingen wird, die Produktion auch nur auf die normale Höhe zu bringen, erscheint recht fraglich. — Die rumänischen Werke arbeiten angestrengt und sollen ihre Produktion ausgedehnt haben.

Daß das galizische und rumänische Öl in Deutschland nicht billig zu haben sein kann, ist klar; die Transportkosten fallen hier entscheidend ins Gewicht. In normalen Zeiten kommt denn auch galizisches Öl nicht über den Osten Deutschlands hinaus und für das rumänische ist der Wassertransport die Donau aufwärts entscheidend. Selbst wenn also die Produzenten nicht in Ausnutzung der Lage überhohe Preise fordern, kann dieses Öl nicht zu billigen Preisen an den Verbrauchsorten in Deutschland geliefert werden.

Entscheidend ist aber, daß die galizischen und rumänischen Werke unmöglich soviel Petroleum nach Deutschland liefern können, als normalerweise gebraucht wird. Wenn also die Regierung Abmachungen mit den Importeuren trifft, die einer übermäßigen Preissteigerung vorbeugen sollen, so ist das sehr erfreulich, aber zaubern kann weder die Regierung noch der Handel. Die Heimatländer und Deutschland versorgen, können eben diese Werke nicht. Man muß sich also darauf gefaßt machen, daß Petroleum im kommenden Winter noch viel knapper sein wird als bisher. Auch wenn der Krieg beendet wird, muß es Monate dauern, ehe die überseeischen Transporte eintreffen, denn sicher wird es noch geraume Zeit nach Friedensschluß an Schiffen fehlen.

Daher scheint nicht minder wichtig als die Regulierung des Preises und die Organisation der Zufuhr von Petroleum aus den erreichbaren Quellen, die Fürsorge in bezug auf andere Lichtquellen.

In erster Reihe kommt selbstverständlich die elektrische und die Gasbeleuchtung in Frage. Den Elektrizitäts- und den Gaswerken bietet sich die beste Gelegenheit, ihren Absatz auszudehnen, das Petroleumlicht zu verdrängen. Leider kann man nicht sagen, daß sie sich besonders rühlig zeigen. Zu erwerben ist vor allem der Preis der kleinen Amdschost, denn in den Arbeiterwohnungen auch der Großstädte ist immer noch die Petroleumlampe im Gebrauch, trotzdem diese Beleuchtung sich teurer stellt als andere. Der Grund ist vielfach darin zu suchen, daß die Verbraucher die Anschaffung von Gas- bezw. elektrischen Lampen scheuen, weil damit eine immerhin beträchtliche einmalige Ausgabe verbunden ist. Zu überwinden ist diese Schwierig-

seit nur, wenn die Werke die Lampen teilweise hergeben oder auf Abzahlung liefern. So man diesen Weg beschritten hat, hat man sehr gute Resultate erzielt. Indessen sind die Gas- und Elektrizitätswerke im allgemeinen gar nicht sehr bestrbt, diesen Kreis der kleinen Kunden zu gewinnen, weil sie vorläufig noch auf viel mühseliger Weise ihren Absatz vergrößern durch Herbeiziehung der wohlhabenden Kreise und der Geschäftswelt. Es sollte aber Aufgabe der Kommunen sein, unter den gegebenen Umständen auf die Versorgung gerade der Wohnungen der Arbeiter mit Gas- oder elektrischem Licht zu dringen. Selbstverständlich muß das rechtzeitig geschehen, nicht erst wenn die langen Abende kommen und der Mangel an Petroleum zu einer Katastrophe werden kann.

Auf diesem Wege ist indessen den Bewohnern kleiner Städte und Dörfer, die nicht aus Gasanstalten und elektrischen Zentralen versorgt werden können, nicht zu helfen. Hier kann nur Rat geschaffen werden, indem man Ersatz für die Petroleumlampe schafft. Er ist vorhanden in der Spirituslampe. Daß die Spiritusbeleuchtung, trotzdem sie ganz erhebliche Vorzüge gegenüber der Petroleumbeleuchtung besitzt, sich sehr langsam durchsetzt, liegt nur zum Teil an der Indolenz der Hausfrauen, an der Scheu vor Neuerungen, sondern vor allem an der Höhe des Spirituspreises. Als vor einem Jahrzehnt eine starke Propaganda für die technische Verwendung des Spiritus einsetzte, fand auch die Spirituslampe ziemlich Verbreitung. Alsbald ging aber der Spirituspreis sprunghaft in die Höhe und die Lampen wurden wieder abgekauft. Gätten dagegen die Verbraucher die Sicherheit, daß sie dauernd Leuchtspiritus zu angemessenen Preisen erhalten, so wäre es voraussichtlich anders.

Es ist also die Möglichkeit gegeben, dem Petroleummangel sehr erfolgreich abzuhelfen und die Regierung kann hier sehr wirksam eingreifen. Petroleum in genügenden Mengen herbeizuschaffen, liegt nicht in ihrer Hand, dagegen kann sie sehr wohl die Bereitstellung von genügenden Mengen Spiritus erzwingen. Sie braucht nur den Brennerien vorzuschreiben, daß sie Trinkbranntwein erst dann abgeben dürfen, wenn der Bedarf an veräulertem Spiritus für Leucht- und andere technische Zwecke gedeckt ist. Auch den Preis kann sie viel leichter regulieren bei dem einheimischen als bei dem fremden Produkt und wird dieser Preis gemäß den wirklichen Produktionskosten angesetzt, dann ist Spirituslicht zu recht wohlfeilen Preisen zu beschaffen. Geht man indessen diesen Weg nicht, dann dürfte die Beleuchtungsfrage unlösbar sein.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 25. Juni. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Im Gebiete nördlich Arras war die Nacht verhältnismäßig ruhig, außer nördlich von Souchez, wo die Kanonade nicht aufhörte. Der Feind bombardierte Arras; die Ambulanz du Saint Sacrement wurde besonders getroffen. Nonnen und Krankenschwestern wurden getötet. Vor Compiègne westlich Peronne folgte der Explosion eines deutschen Minenherdes ein heftiges Bombardement unserer Schützengräben. Ein von sehr schwachen Kräften ausgeführter leichter Angriffsvorstoß wurde leicht angehalten. Auf den Maashöhen und am Graben von Calonne ist die Lage unverändert; wir behaupten uns in der zweiten deutschen Linie. In Lothringen bei Leintrey wurde ein Gegenangriff des Feindes nach ziemlich lebhaftem Kampfe zurückgeworfen. Auf dem Rest der Front war die Nacht ruhig. Die Zahl der seit dem 14. Juni im Festgebiet gemachten Gefangenen beträgt 25 Offiziere, 53 Unteroffiziere und 688 Mann.

Paris, 25. Juni. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Im Gebiete von Arras fanden heute keine Infanteriegefechte statt. Unsere Truppen richteten sich in den eroberten Stellungen ein. Letzte Nacht gab es lebhaften Artilleriekampf im Abschnitt Angres—Ecurie. Heute beschloß der Feind Vercy au Bac und das benachbarte Dorf Sapigneul sehr stark. Die Beschichtung verursachte uns nur unbedeutende Verluste. In den Argonnen und auf den Maashöhen nur Artillerietätigkeit. In den Vogesen wurde ein deutscher Angriff bei Fontenelle zurückgeworfen. Die Deutschen beschossen die Ränder von Meheral und die Höhenkämme im Osten des Dorfes, wo wir leichte Fortschritte machten.

Die englischen Verluste.

London, 25. Juni. (B. L. V.) Die neueste Verlustliste weist 71 Offiziere und 1984 Mann aus.

Der italienische Krieg.

Die italienische Tagesmeldung.

Rom, 24. Juni. (B. L. V.) Meldung der Agenzia Stefani. Bericht der Obersten Seeresleitung. Der Artilleriekampf, besonders mit mittleren und großen Kalibern, hat sich längs der ganzen Front verstärkt. Der Feind versuchte auch Nachtangriffe, besonders an gewissen Stellen am Monte Piana, im Grande und Piccolotale, der Cresta Verde und zwischen dem Bizzo Polino und dem Pellenkofel, wofür letzterer gestern von unseren Truppen besetzt worden ist. Die feindlichen Angriffsversuche gegen unsere Stellungen am Freikofel waren besonders hartnäckig. Während der Nacht zum 22. Juni und am folgenden Tage wurden drei Angriffe gegen uns unternommen, welche dank der wirksamen Hilfe unserer Artillerie und mittels Handgranaten zurückgeworfen wurden; der Feind ließ zweihundert Tote auf dem Gelände. Aus der Niederung von Pizzo werden Arbeiten an Stellungen für schwere Artillerie auf benachbarten Höhen und Bewegungen von Transporten von Pizzo zum oberen Isonzo gemeldet. In der Gegend des Arn und längst des Isonzo verlief der 22. Juni ruhig.

Rom, 25. Juni. (B. L. V.) Bericht der obersten Seeresleitung. In den Gebieten von Tirol, im Trentino und im Cadore halten wir unsere Tätigkeit längs der Front durch Erkundungen mit kleinen Abteilungen aufrecht, während die Artillerieaktion methodisch fortgesetzt wird. Wir hatten da glückliche Gefechte in Canzano, im Cismontal und gegen die Bezzenahöhe. In Kärnten

Artilleriegefecht. Das Bombardement Malborgeths wird mit Heftigkeit fortgesetzt. Eine Kuppel im Henselfort wurde heute durchschlagen. Während der Nacht zum 23. Juni wurden die vergeblichen hartnäckigen Angriffe des Feindes gegen unsere Stellungen im Piccolotale und Grandetal erneuert. In der Zone des Monte Nero dehnten wir unsere Besetzung gegen Norden bis auf die östlichen Abhänge des Jamorjal aus und machten 57 Gefangene. Wir begannen die Beschichtung dieser Gegend in der Richtung auf Pleszo. Am Isonzo fuhrten wir fort uns allmählich auf den Stellungen am linken Flußufer festzusetzen. Wir besetzten Olobna nördlich von Plava und bemächtigten uns am unteren Isonzo des Landes der Höhe zwischen Sagraho und Ronfalcone.

Der türkische Krieg.

Der Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 25. Juni. (B. L. V.) Bericht des Hauptquartiers vom 24. Juni:

An der Kaukasusfront schlug am 23. Juni morgens in der Gegend von Kalebogaz eine unserer Abteilungen, die die Nachhut des Feindes bedrohte, einen feindlichen Angriff durch Gegenangriff zurück. Der Feind mußte sich gegen Kalebogaz zurückziehen.

An der Dardanellenfront gab es gestern bei Sedd ul Bahr und bei Ari Burnu schwache Artillerie- und Infanteriegefechte mit Unterbrechungen.

An den anderen Fronten ist die Lage unverändert.

Konstantinopel, 25. Juni. (B. L. V.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Kaukasusfront dauerte am 24. Juni in der gebirgigen Gegend von Kale Boghosi der Geschützkampf mit den Nachhuten des Feindes fort. In dem Abschnitt von Narman Boghosi fand ein unbedeutender Zusammenstoß statt.

An der Dardanellenfront bei Ari Burnu in der Nacht zum 25. Juni Feuer mit Unterbrechungen. Bei Sedd ul Bahr ist die Lage dieselbe, wie vor der letzten Schlacht, in welcher der Feind vollständig in seine alte Stellung zurückgeworfen wurde; seitdem hat er keine ernsthafte Bewegung mehr gemacht. Bisher ist es noch nicht möglich gewesen, die außerordentlichen hohen Verluste des Feindes in der Schlacht vom 21. Juni zu schätzen; unsere Artillerie schont die Lazaretttschiffe, welche beständig Verwundete fortbringen. In der Nacht auf den 25. Juni überraschte eine von unserem rechten Flügel entsandte Erkundungsabteilung bei Sedd ul Bahr eine feindliche Abteilung in ihren Schützengräben, vernichtete sie, geriet ihre Maschinengewehre und kehrte mit einer Beute von 26 Gewehren, neun Riflen Munition, Miniermaterial, Ersatzteilen von Maschinengewehren, Fernsprengerät und Bomben zurück. Von den anderen Fronten ist nichts Wesentliches zu melden.

Die Kämpfe im Kaukasus.

Petersburg, 25. Juni. (B. L. V.) Ueber die Kaukasusfront wird unterm 23. Juni mitgeteilt, daß in der Küstengegend wie gewöhnlich Gewehrfeuer herrschte, daß in der Richtung Oly türkische Angriffe auf der ganzen Front zurückgeworfen wurden, daß in der Umgegend von Nelasghert die russischen Truppen sich nach einem Gefechte der Stadt Kop bemächtigten. Auf den übrigen Fronten keine Veränderung.

Der Krieg und die Kolonien.

Aus Deutsch-Ost- und Westafrika.

Le Havre, 25. Juni. (B. L. V.) Meldung der Agence Havas. Der belgische Kolonialminister wurde aus Belgisch-Kongo benachrichtigt, daß Kijignies (Deutsch-Ostafrika) von einer belgischen Kolonne besetzt wurde.

Pretoria, 25. Juni. (B. L. V.) Amtlich wird gemeldet: General Botha hat Kalkfeld, vierzig Meilen nördlich von Omaruru besetzt.

Frauen und Friede in Schweden und England.

Auf dem Haager Frauenfriedenskongreß war beschlossen worden, daß in allen Ländern nach Möglichkeit versucht werden solle, unter den Frauen eine kräftige Friedenspropaganda zu entfalten. Das erste Land, das diesen Beschluß in die Tat umsetzen will, ist Schweden. Unserer Stockholmer Parteiorgan „Social-Demokraten“ veröffentlicht einen Aufruf des Frauenkomitees, das die Vorarbeiten für den „Frauen-Friedenssonntag“ übernommen hat, und dem eine Anzahl der bekanntesten Mitglieder der Frauenbewegung angehören. Neben Signe Bergmann, Elsa Broome und Lydia Wahlström, die in der Frauenwahlrechtsbewegung eine führende Stellung einnehmen, unterzeichnen die Dichterin Selma Lagerlöf, Ellen Key, Anna Whitlock und unsere Parteigenossin Anna Lindhagen, die auch an dem Haager Kongreß teilgenommen hat.

Am 27. Juni sollen im ganzen Lande Versammlungen stattfinden, möglichst in Schulen, Kirchen, Volkshäusern oder unter freiem Himmel, in denen die Frauen ihre Auffassung über den Krieg kundgeben. Der Haager Kongreß forderte die Frauen der neutralen Länder auf, ihre Regierungen zu einer Friedensaktion zu veranlassen. Aber die schwedischen Frauen sind der Ansicht, daß vor allem erst einmal das Volk und besonders die Frauen der neutralen Länder wissen müssen, daß sie den Frieden wollen. Nämlich große Massen von ihnen an den Versammlungen des „Friedens-Sonntags“ teil, so könne man dadurch einen Druck auf die Regierung ausüben.

Die Namen der Frauen, die den Aufruf unterzeichnen, bürgen uns dafür, daß sie alles ausbieten werden, um ihre Geschlechtsgenossinnen in Schweden von der Notwendigkeit einer Friedensaktion zu überzeugen.

Leider haben auch die schwedischen Frauen das politische Wahlrecht noch nicht, und ihr Einfluß ist infolgedessen nicht so stark wie der der Männer, aber ein Beweis dafür, daß man überall mehr und mehr auch mit den organisierten Frauen als einem nicht zu unterschätzenden Friedensfaktor rechnet, beweist eine kurze Debatte, die am 10. Juni im englischen Unterhause zwischen dem unabhängigen irischen Nationalisten Gineil und dem Premierminister stattfand.

Mr. Gineil fragt den Premierminister, ob es mit seiner Sanktion geschehe, wenn die Befürwortung des Friedens als ein Vergehen im Sinne des Gesetzes über den Belagerungszustand behandelt worden sei, und ob er in Anbetracht, daß die Mehrheit der englischen Frauen die Beendigung der gegen-

wärtigen Verwüstung menschlichen Lebens wünschen und daß sie keine Stimme bei der Wahl der Mitglieder des Unterhauses haben, einwilligen würde, eine Deputation von ihnen zu empfangen und bald eine Gelegenheit zu geben, um den Gegenstand im Hause zu diskutieren.

Mr. Asquith antwortet: Soweit mir bekannt, ist die Befürwortung des Friedens nicht als ein Vergehen gegen das Gesetz behandelt worden und kann nicht als solches behandelt worden sein. Ich glaube, daß der Wunsch, der Krieg möge zu einem ehrenvollen und dauernden Frieden führen, von allen Massen ohne Unterschied des Geschlechts geteilt wird. Ich sehe deshalb keinen genügenden Grund, um die Anregungen am Schlusse der Frage aufzunehmen.

Mr. Gineil: Will der sehr ehrenwerte Herr die Zulässigkeit, eine Abstimmung der Frauen über diesen Gegenstand vorzunehmen, in Erwägung ziehen?

Mr. Asquith: Wenn der ehrenwerte Herr eine Möglichkeit, das zu tun, vorschlagen wird, werde ich sie in Erwägung ziehen.

Das ist nicht viel. Aber wenn man bedenkt, wie ablehnend gerade Asquith sich bisher allen politischen Frauenforderungen gegenüber verhalten hat, so muß das kleine Entgegenkommen, unter Umständen ein Frauenvotum über die Beendigung des Krieges herbeizuführen, doch etwas höher bewertet werden. Sache der englischen Frauen wird es sein, an diesem Punkte einzusetzen und eine kräftige Propaganda für das Frauenvotum zu veranstalten.

Friedenspropaganda in England.

Die englische Union für demokratische Kontrolle der äußeren Politik zählt jetzt in London 1600 Mitglieder. Sie entfaltet eine rege Agitation zugunsten ihrer Prinzipien. In der letzten Woche sandte sie Deputationen an die Gewerkschaftskartelle von Newport, Halifax und Gloucester, die sie freundlich empfingen und ihnen für die Ausführungen über die Aufgaben und Ziele der Union einstimmigen Dank aussprachen.

Die Union, der unter anderen Macdonald, Morel, Trevelyan und Norman Angell angehören, muß allem Anschein nach in London einigen Eindruck machen, da sich die hochkonservative „Morning Post“ veranlaßt sah, sich in einer Reihe von Artikeln mit den Veröffentlichungen der Union zu beschäftigen.

England und die neutrale Schifffahrt.

Kopenhagen, 25. Juni. (B. L. V.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Washington: Das Auswärtige Amt hat der Presse mitgeteilt, die englische Regierung habe ihm einen Kabinettsbeschluss übermittelt, durch welchen die bestehenden Schwierigkeiten für die neutrale Schifffahrt und den neutralen Handel beseitigt werden sollen.

Ueber Kriegsziele darf in Rußland diskutiert werden!

Die „S. J.“ meldet aus Wien vom 24. Juni: Wie indirekt aus Petersburg gemeldet wird, hat die russische Regierung die Erörterung von Friedensbedingungen tatsächlich freigegeben, denn die Radikelpartei hat für kommenden Sonntag in Petersburg vier Volksversammlungen einberufen mit der Tagesordnung: „Welchen Frieden darf Rußland nach Besiegung der Feinde schließen?“

Russische Erlasse gegen „alarmierende Gerüchte“.

Petersburg, 25. Juni, über Kopenhagen. (B. L. V.) Ein Erlass des Stabes des Höchstkommandierenden warnt vor alarmierenden Gerüchten über die Kriegsergebnisse, die von übelwollenden Leuten ausgestreut würden und die Nervosität erhöhen. Maßgebend seien nur die Berichte der russischen Heeresverwaltung, die die Kriegsergebnisse jedes Tages wahrheitsgemäß spiegeln. — Nach dem „Ruhloze Slowo“ sind in den Gouvernements Jaroslaw und Njasan ähnliche vorbeugende Aufrufe erlassen worden wie kürzlich in Petersburg unter Androhung strenger Strafen. Auch patriotische Rundgebungen bedürfen der Genehmigung der Polizei.

Unruhen in Moskau.

Petersburg, 25. Juni, über Kopenhagen. (B. L. V.) Der „Rjetsch“ gibt in einem Artikel, der fast gänzlich von der Zensur gestrichen worden ist, dem tiefsten Unmut und der Besorgnis über die Moskauer Unruhen Ausdruck. Er findet es besonders beunruhigend, daß die Unruhen gerade in Moskau stattgefunden haben. „Rjetsch“ enthält sieben langzeitige weiße Spalten. Der „Petersburger Courier“ meinte, daß die Unruhen nur der maßlosen Deutschenhölle zuzuschreiben seien, sowie den brennenden Wunden, die der Krieg Rußland geschlagen habe. „Rjetsch“ glaubt demgegenüber, daß die Unruhen einen durchaus symptomatischen Charakter hätten. „Rjetsch“ sagt ferner, die Entlassung Makalows sei nur durch ein völlig fälsches Entlassungsschreiben erfolgt. Der neue Minister sei weiteren Kreisen unbekannt. Man erwarte ungeduldig seine nächsten Schritte.

Die Arbeiterbewegung in Serbien.

Der „Berliner Tagwacht“ wird aus Serbien geschrieben: Unsere Bewegung ist vom Kriege, vom Schützengraben verschlungen. Unsere Genossen sind, mit sehr wenigen Ausnahmen, schon seit neun Monaten von ihren Organisationen getrennt, haben keine Möglichkeit, an der Arbeiterbewegung teilzunehmen. Unsere Organisationen sind von diesem Kriege in noch härterem Maße geschwächt als vom Kriege 1912/13. Die Gewerkschaften sind ohne Vorstände, ohne Ausschüsse, ja sogar ohne Mitglieder: alle sind auf der Grenze, in den Schützengräben, alle sind im Kriege. In ähnlicher Lage befinden sich die Organisationen der Partei. Nur die Organisationen in Belgrad, Nisch und Leskib zeigen dank übermäßiger Anstrengungen noch einiges Leben. Das einzige Organ der Arbeiterbewegung, das vom Kriege nicht betroffen ist, im Gegenteil noch verstärkt auftritt, ist die in Nisch erscheinende tägliche Zeitung der sozialistischen Partei und der Gewerkschaften (Syndikate), die „Arbeiter-Zeitung“. Sie wurde weder durch die Verteuerung des Zeitungspapiers noch durch die beispiellose Strenge der Zensur erdrückt. Ungeachtet der genannten Schwierigkeiten erschien unsere Zeitung, von den Arbeitern unterstützt, Tag für Tag, die Fahne des Sozialismus und der internationalen Solidarität hochhaltend.

Die Erfolge unseres Blattes geben uns die feste Überzeugung, daß der proletarische Sozialismus in Serbien noch tiefere Wurzeln schlagen wird. Die Zeitung erscheint während des Krieges in einer verstärkten Auflage und ihr Einfluß ist im Vergleich mit dem in der Friedenszeit kräftig gestiegen. Sind auch unsere gewerkschaftlichen und Parteioorganisationen fast vollständig verwüstet, so hat unser Blatt doch den wichtigsten Erfolg davongetragen: es durchdringt das Bewußtsein der Massen mit den Ideen des internationalen Sozialismus.

Unsere Arbeiterbewegung zeigt ihren Einfluß auch in den Gemeinden, wo unsere Genossen eine erfolgreiche Agitation entfalten und für die Unterstützung der Familien der Mobilisierten kämpfen. In dieser Hinsicht haben unsere Vertreter eine tatkräftige Hilfe seitens der sozialdemokratischen Frauenorganisationen erhalten, die durch ihre energische Tätigkeit und ihre Forderungen, welche der Skupstina (dem Parlament) vorgelegt wurden, vieles zur Ausarbeitung eines speziellen Gesetzes für die Hilfsaktion zugunsten der Kriegskämpfer beigetragen haben.

Ein weiteres Gebiet, auf dem die Arbeiterbewegung ein Lebenszeichen gibt, ist die Skupstina. Wir haben von 186 Seiten zwei inne. Unser Standpunkt und unsere Taktik in diesem Kriege sind schon bekannt. Unsere Abgeordneten, die die Erfahrungen unserer Bewegung glücklich verwerten, sind nicht Führer, sondern nur Werkzeuge der proletarischen Partei. Das Verhalten unserer Abgeordneten im Parlament sowie ihre gesamte parlamentarische Tätigkeit spiegelt auf das genaueste den Standpunkt der gesamten Partei wider. Die Taktik unserer Partei hat die Zustimmung des gesamten Proletariats für sich. Sie findet ein Echo in der übergroßen Mehrheit der Volksmassen, aus denen sich die Reihen des Proletariats rekrutieren.

Aber in demselben Maße, in dem das serbische Proletariat über das Verhalten seiner Partei zufrieden war, war es ungeheuer eräutert über das Verhalten der Bruderparteien, der Sozialdemokratie in Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Frankreich, sowie über das Verhalten des Internationalen Sozialistischen Bureaus. Nicht persönlich hat das Verhalten der genannten Parteien nicht übertrifft. Ich habe es schon längst vorausgesehen und erwartete es beim ersten Herannahen der großen Ereignisse. Aber trotzdem hoffe ich und will mir das gesamte serbische Proletariat, daß nach dem Kriege die Erfahrungen desselben zum Nutzen ausfallen werden.

In diesen Hoffnungen und diesen Wünschen ist das Proletariat Serbiens solidarisch mit dem heroischen Proletariat Rußlands.

Neubad, 27. April 1915.

Drogitscha Lepischewitsch.

Die Montenegriener vor Skutari.

Rom, 25. Juni. (B. Z. V.) „Giornale d'Italia“ meldet aus Skutari: Eine montenegrinische Armee unter General Beskowitz traf vergangene Nacht vor Skutari ein, wo sie die Höhen von Rentschi und das Lager Schiri besetzte. Einige Hundert Albaner, die bei Mezorec Widerstand leisteten, wurden auseinander getrieben. General Beskowitz ließ den Bürgermeistern von Skutari zu sich kommen und erklärte ihnen, er beabsichtige, die Montenegro feindlichen Stämme zu entwaffnen. Skutari solle ruhig bleiben, da keine Gefahr bestehe. Die montenegrinische Zeitung „Wiednik“ veröffentlicht eine halbamtliche Note, die besagt, daß die montenegrinische Regierung aus politischen und strategischen Gründen und um die Warenzufuhr auf dem Vojana für die Stellen zu sichern, die im Berliner Kongreß Montenegro zuerkannt worden seien, beschlossen habe, in Albanien einzumarschieren.

Eine Rede Divianis.

Paris, 25. Juni. (B. Z. V.) Die Kammer hat am Donnerstag die Kredite für das Unterstaatssekretariat des Krieges angenommen. Auf verschiedene Anfragen und Kränkungen erklärte Ministerpräsident Diviani unter anderem: Unsere Aufgabe wird hart sein; vielleicht werden wir sie auf die Länge bewältigen können, denn wir haben eine tapfere Armee, bewundernswürdige Führer und einen unergieblichen nationalen Heroismus. Jeder ist auf seinem Posten, alle können und müssen Vertrauen haben in dem Augenblicke, wo wir die Reorganisation unserer Industrie und aller unserer Dienste durchführen, wo jung und alt im Kampfe für die Freiheit, deren Schirmherren wir sind für die verbannte Gerechtigkeit, welche sie morgen zurückzuführen werden, ihre Unterstützung darbieten. Das Haus bereitete Diviani nach diesen Worten eine Ovation.

Zwischenfälle in der französischen Kammer.

Paris, 25. Juni. (B. Z. V.) Die Debatte über die Eröffnung der Kredite für das Unterstaatssekretariat des Krieges hat in der Kammer lebhafteste Zwischenfälle hervorgerufen. Der Abgeordnete Accambray erklärte, er stimme nicht für die geforderten Kredite und für die provisorischen Budgetwölfe. Er kritisierte die militärische Organisation und den Kriegsminister. Die Munitionsfabrikation lasse zu wünschen übrig. Es sei vorzuziehen, daß Geschosse nicht explodieren und Kanonen verplatzen. (Lebhafte Protestrufe.) Er werde die Regierung dafür verantwortlich machen. Der Redner übte dann Kritik an der Dardanellesoperation. Er wurde zur Ordnung gerufen. Die Rechte und das Zentrum protestierten, während die Linke Beifall flüchtete. Nachdem sich der Lärm gelegt hatte, sagte Accambray, er wolle nicht die militärische Leitung, sondern nur die Regierung kritisieren. Die Sitzung wurde fortgesetzt.

Die Schweiz und Italien.

Bern, 25. Juni. (B. Z. V.) (Meldung der Schweizerischen Telegraphen-Agentur.) Die Verhältnisse der Einfuhr aus Italien sind immer noch vollständig ungelöst. Auf Grund des Austauschabkommens kommen allerdings täglich diese oder jene Waren in die Schweiz herein, doch in bedeutend geringerer Menge, als es durch das Abkommen vorgesehen ist. Es ist bis heute nicht möglich gewesen, von Italien eine formelle Erklärung zu erhalten, für welche Waren eigentlich das italienische Ausfuhrverbot gilt, und für welche nicht. Die Klärung der Sachlage dürfte voraussichtlich noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Verlängerung der Protestfristen in Belgien.

Brüssel, 25. Juni. (B. Z. V.) Durch Verordnung des Generalgouverneurs in Belgien vom 23. Juni werden die Protestfristen und sonstige zur Wahrung des Regresses bestimmte Rechtsbehörden bis zum 31. Juli verlängert. Ebenso bleiben die bestehenden Bestimmungen über Zurückziehung von Bankguthaben bis zum 31. Juli in Kraft.

Die Luxemburger und der Krieg.

Luxemburg, 24. Juni. (B. Z. V.) Durch die deutsche Presse gingen in den letzten Tagen über Luxemburger Freiwillige in der französischen Armee Meldungen, die auf einer mißverständlichen Auffassung einer Zeitungsnachricht aus privater Quelle beruhten.

Im französischen Heere dienen keine Luxemburger, die nach Ausbruch des Krieges hinübergegangen wären. Es könnte sich höchstens um ein paar Ausnahmen handeln, von denen man jedoch hier auch keine Kenntnis hat.

Luxemburger Kämpfer unter den französischen Fahnen im ganzen 511 (noch nicht 2 Proz. der in Frankreich ansässigen Luxemburger), und zwar nach einer Angabe, die im französischen Senat am 3. Juni der Abg. Lebert, Berichterstatter für den Gesetzentwurf Henry Bérenger gemacht hat, der in derselben Rede die Zahl der Deutschen im französischen Heere auf 1027 und die der Oesterreicher auf 1200 angab.

Die Luxemburger, die in der französischen Armee zurzeit kämpfen, wohnen bei Ausbruch des Krieges in Frankreich, sind größtenteils dort geboren oder stammen von dort geborenen Eltern.

Verurteilter Burenrebell.

London, 25. Juni. (B. Z. V.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Aus Bloemfontein wird gemeldet, daß Rocco de Villiers, einer der Hauptführer der Aufständischen im Transvaal, zu vier Jahren Gefängnis und 500 Pfund Sterling Geldstrafe verurteilt worden ist.

Amerika und die neutralen Postsendungen.

Washington, 25. Juni. (B. Z. V.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Infolge der Berichte, daß die Post der Vereinigten Staaten nach Norwegen, Schweden, Dänemark und den Niederlanden beim Durchgang durch kriegsführende Länder geöffnet wird, hat der Generalpostmeister angeordnet, daß diese Postsendungen vorübergehend mit direkt fahrenden Schiffen befördert werden sollen. Man glaubt annehmen zu können, daß der schwedische Gesandte in Washington die Angelegenheit bei seiner Regierung zur Sprache gebracht hat.

Sicherstellung des Kriegsbedarfs.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über die Sicherstellung des Kriegsbedarfs: Um den gegenwärtigen Krieg erfolgreich durchzuführen, ist es bei der Abschneidung der Zufuhr vom Ausland nötig, für die Herstellung und den Betrieb von Kriegsbedarfsgütern auf die im Lande vorhandenen Vorräte zurückzugreifen. Dieser Mangel wird indes dadurch erwidert, daß einerseits die für die Inanspruchnahme der bezeichneten Gegenstände geltenden Bestimmungen des Kriegsvollzugsgesetzes vom 12. Juni 1873 (Reichsgesetzblatt S. 129) einer angemessenen Preisgestaltung und einer beschleunigten und einfachen Sicherstellung für den Bedarf der Militär- und Marineverwaltung entgegenstehen, daß andererseits die erweiterten Befugnisse aus dem preussischen Gesetz über den Belagerungszustand vom 1. Juni 1851 (Gesetzsammlung S. 451) auf die Militärbehörden beschränkt sind.

Die Mängel der bestehenden Gesetzgebung sind geeignet, zu einer wirtschaftlichen Schädigung der Gesamtheit unseres Volkes zu führen. Abgesehen von der durch ungerichtete Preissteigerung verursachten erheblichen Erhöhung der Kriegskosten wird der Ertrag der wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen wesentlich von der einheitlichen und schnellen Sicherstellung der Kriegsbedürfnisse abhängen.

Behufs Abstellung dieser wirtschaftlichen Schädigungen hat der Bundesrat eine Verordnung zur Sicherstellung des Kriegsbedarfs erlassen. Sie lehnt sich an das Kriegsvollzugsgesetz an, erweitert aber dessen in anderer Art der Kriegsführung angepaßte Bestimmungen in einer den Bedürfnissen des gegenwärtigen Krieges besser Rechnung tragenden Weise, ohne den Umfang der Gegenstände, die bereits nach bestehendem Rechte einem Eingriff in die persönlichen Eigentumsverhältnisse im höheren Interesse der Gesamtheit unterliegen, zu vermindern und ohne die anderweit begründeten Befugnisse der Militärbehörden zu beeinträchtigen.

Die auf Grund dieser Verordnung gewährten erweiterten Befugnisse sind im Interesse einheitlicher Durchführung auf die Bundesstaatlichen Kriegsministerien sowie das Reichsmarineamt und die von ihnen bezeichneten Behörden beschränkt.

Dem Eigentümer des Gegenstandes können alle im Reichsgebiet vorhandenen Gegenstände unterworfen werden, die bei der Herstellung von Kriegsbedarfsgütern zur Verarbeitung oder sonstigen Verwendung gelangen, also Rohstoffe, Halbfabrikate usw., ferner alle Stoffe, die bei dem Betriebe von Gegenständen des Kriegsbedarfs gebraucht werden, zum Beispiel Benzin und Schmieröl für Kraftwagen, Lebens- und Futtermittel unterliegen dem Zugriff nach dieser Verordnung nicht.

Um den praktischen Bedürfnissen gerecht zu werden, ist die Möglichkeit vorgesehen, daß das Eigentum auch an die Kriegsvollzugsverwaltungen, an die mit Seereschießungen beauftragten Unternehmer oder sonstige Personen unmittelbar übertragen werden kann.

Bei der Bemessung des Uebernahmepreises sollen die Interessen der Reichskasse und damit der Volksgemeinschaft durch Beschränkung der unangemessenen Preistreiberi Berücksichtigung finden. Jedoch ist vorzusehen, daß der Friedenspreis eine den Umständen entsprechende Erhöhung erfährt. Ein Zuschlag zum Friedenspreis ist oft schon durch den Zuwachs von Fracht- und Lagerpreisen sowie sonstigen Handlungsumkosten geboten. Darüber hinaus soll demjenigen, dem das Eigentum entzogen wird, ein Entgelt gewährt werden, das indes in keinem Falle zu einer unangemessenen Verzehrerung des Eigentümers auf Kosten der Volksgemeinschaft führen darf. In welcher Höhe ein Gewinn angemessen ist, darüber lassen sich allgemeine Regeln nicht aufstellen. Das zu beurteilen, wird von der Lage des Einzelfalles abhängen, und muß daher in die Hand eines unparteiischen Schiedsgerichts gelegt werden.

Bei Gegenständen des Kriegsbedarfs, die nach Kriegsausbruch aus dem Reichsland eingeführt sind, wird der Einstandspreis regelmäßig den Friedenspreis überschreiten. Um den Besitzer solcher Gegenstände, wenn sie zur Enteignung gelangen, schadlos zu halten, soll der Einstandspreis des Einführenden statt des Friedenspreises bei der Festsetzung berücksichtigt werden.

Zur Wahrung der notwendigen Einheitlichkeit in allen grundsätzlichen Fragen der Warenbeschaffung ist ein zentrales Schiedsgericht für das Reichsgebiet vorgesehen, für dessen Geschäftsführung und Verwaltung der Reichskanzler die näheren Bestimmungen erläßt. Behufs Berücksichtigung besonderer örtlicher Verhältnisse soll von den vier Sachverständigen, die als Beisitzer mitwirken, einer von denjenigen amtlichen Vertretung des Handels vorgeschlagen werden, die den abzuführenden Gegenständen räumlich am nächsten steht.

Die Beschlagnahme ist häufig geboten, um Gegenstände, unter Umständen auch schon vor ihrer Erzeugung, für einen etwaigen künftigen Bedarf des Heeres und der Marine rechtzeitig zu sichern. Die Enteignung, ob sie ganz oder teilweise zur Herstellung von Kriegsbedarfsgütern gebraucht werden und darum enteignet werden müssen, läßt sich oft erst nach Einstellung satzungsmäßiger Ermittlungen, Nachfragen usw. und auf Grund der Feststellung noch nicht absehbarer Verhältnisse treffen. Die Verordnung gibt daher eine von der Enteignung unabhängige Zugriffsmöglichkeit. Die Beschlagnahme geht in der Regel der Enteignung voraus, braucht aber nicht immer die Enteignung zur Folge zu haben.

Während das Interesse der Heeres- und der Marineverwaltung eine sachgemäße Verwahrung der beschlagnahmten, beim Besitzer lagernden Ware bis zu ihrer Enteignung bedingt, wird, wenn es den Umständen nach der Billigkeit entspricht, dem Besitzer für die Verwahrung und die pflegerische Behandlung eine angemessene Entschädigung gewährt.

Kriegswirtschaftsplan.

In der Budgetkommission des Preussischen Landtages hat der Unterstaatssekretär Dr. Michaelis einen Kriegswirtschaftsplan vorgelegt, der, wie der stellvertretende Ministerpräsident sagte, eine sehr brauchbare und nützliche Grundlage weiterer Beratungen bilden kann, ohne daß sich die preussische Regierung bisher auf ihn festgelegt hätte. Seine wesentlichen Grundzüge sind:

Für die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl wird eine Reichsgetreidestelle neu gegründet, die in zwei Abteilungen zerfällt. Die Präsidialabteilung oder Abteilung I ist für alle öffentlich-rechtlichen Verwaltungsaufgaben auf dem Gebiet der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 zuständig. Alle obrigkeitlichen Befugnisse, die jetzt dem Reichsminister für die Ausführung der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915, vom Reichskanzler und vom Aufsichtsrat der Kriegserntegerellschaft ausgeübt werden, sollen der Präsidialabteilung übertragen werden, also die Verteilung der Nation auf den Kopf, die Versorgung der mehlerarbeitenden Industrie mit Getreide, die Bestimmung der Rüdigen, des Verteilungsplanes und der Fristen, in denen die Verteilung der Kommunalverbände erfolgen muß, dann die Erledigung der Bedarfsanträge der Kommunalverbände. Außerdem hätte diese Abteilung Bestimmungen für die Verwendung des Hinterlorns zu treffen und die nach dem wechselnden Bedarf notwendigen Zusätze von Roggen, Weizenmehl und Kartoffeln festzusetzen. Besonders ist die Präsidialabteilung aber für die Durchführung der Beschlagnahme und für die Ausschleibung von Selbstwirtschaftsgebieten aus dem Versorgungsgebiet der Reichsgetreidestelle zuständig. In Selbstwirtschaftsverbänden können die preussischen Landkreise und die diesen Landkreisen entsprechenden außerpreussischen Kommunalverbände erklärt werden, aber auch größere, wirtschaftlich zusammengehörige Gebiete, insbesondere größere Städte mit umliegenden ländlichen Ueberflurkreisen, namentlich, wenn sich bei ihrer Zusammenlegung Ueberflur und Zuschußbedarf ungefähr ausgleichen. So wird die Anerkennung von Verwaltungsbezirken, die über den Umfang eines Kreises hinausgehen, wie Regierungsbezirke, Provinzen, ganze Bundesstaaten als Selbstwirtschaftsverbände nicht ausgeschlossen.

Die Abteilung 2 übernimmt die Geschäfte und Organisation der Kriegserntegerellschaft und hat alles für Heer und Flotte erforderliche Getreide zu beschaffen, außerdem die Bedürfnisse von Brotfrucht zu versorgen, soweit für diesen Zweck nicht Selbstwirtschaftsverbände gebildet sind. Das Mehl ist nach dem von der Abteilung 1 aufgestellten Verteilungsplan unter weitgehender Berücksichtigung aller Wünsche an die versorgungsberechtigten Kommunalverbände abzugeben. Die Abteilung 2 steht unter Wahrung ihres gemeinnützigen Charakters die Preise für das von ihr zu kaufende Getreide im Rahmen der Höchstpreisgesetzgebung sowie die Mehlpreise, den Rohlohn, die Lagergelder usw. fest.

Die Reichsgetreidestelle wird der Aufsicht des Reichskanzlers unterstellt. Dieser ernannt ihren Präsidenten, der auch den Vorsitz im Aufsichtsrat der Abteilung 2 ausübt. Sein Stellvertreter soll nach Möglichkeit dem Landwirtschaftsministerium entnommen werden.

Der Präsidialabteilung steht ein Beirat zur Seite, der über alle grundsätzlichen und sonstigen wichtigen Fragen gutachtlich zu hören ist; sein Vorsitzender ist der Stellvertreter des Reichskanzlers. Die übrigen Mitglieder werden vom Reichskanzler berufen. Berufen sollen sein: der Bundesrat, der Deutsche Landwirtschaftsrat, der Kriegsausschuß der deutschen Industrie, der Deutsche Handelstag, der Deutsche Städtetag usw. Die Geschäfte der Abteilung 2 werden von der Kriegserntegerellschaft, d. h. von einer G. m. b. H. geführt. Das Stammkapital soll erhöht werden. Für die Kapitalvermehrung sollen die landwirtschaftlichen Organisationsaufkommen, denen dafür im Aufsichtsrat eine Vertretung einzuräumen ist. Die Dreiteilung der Mitgliederzahl — für Reich, Produzenten, Konsumenten je ein Drittel — ist zu erstreben.

Kriegsbekanntmachungen.

Kein frisches Obst in Feldpostsendungen.

Frisches Obst, insbesondere Erdbeeren und Kirchen, darf in Feldposten mit der Feldpost nicht verschickt werden, weil die Früchte schon nach kurzer Beförderungsdauer Richtigkeit absondern, wodurch andere Sendungen beschädigt werden. Die Beförderung ist nur in sicher verschlossenen Behältern zulässig. Am besten wird von der Beförderung überhaupt abgesehen, weil keine Gewähr besteht, daß die Früchte in gutem Zustande ankommen. Angenehm verpackte Feldpostsendungen mit frischem Obst werden von den Postanstalten zurückgewiesen werden.

Beachtung der Beschlagnahmeverfügungen.

Amtlich. Berlin, 24. Juni. (B. Z. V.) Nachprüfungen von Lagen einiger Firmen, bei denen Kriegsvollstoffe beschlagnahmt worden sind, haben ergeben, daß die Bestimmungen der Beschlagnahmeverfügungen, insbesondere bezüglich der Führung von Lagerbüchern, in vielen Fällen nicht beachtet worden sind. Die Vertreter derartiger Firmen mußten mehrfach wegen solcher Verstöße mit Gefängnis bestraft werden. Deshalb wird nochmals empfohlen, die Bestimmungen der Beschlagnahmeverfügungen auf das Feinste einzuhalten.

Letzte Nachrichten.

Auswechslung von deutschen und englischen Invaliden.

Amsterdam, 25. Juni. (B. Z. V.) Die Blätter melden aus dem Haag: Am 28. Juni sollen durch Vermittlung des niederländischen Roten Kreuzes deutsche und englische Invaliden ausgewechselt und über Biffingen in die Heimat befördert werden.

Die Unruhen in Moskau.

Petersburg, 25. Juni. (B. Z. V.) „Nesich“ führt in Ergänzung des Berichtes aus Moskau aus, daß achtzig Feuerbomben entzündet sind. Im ganzen wurden 475 Geschäfte und 217 Privatwohnungen ausgeraubt. Der Schaden ist vorläufig auf 40 Millionen Rubel ermittelt worden. Von den Geschäften und Wohnungen gehörten nur 113 Deutschen und Oesterreichern. Die übrigen 579 gehörten russischen Untertanen, darunter 90 solchen mit vollkommen christlichen Familiennamen. 172 haben ihre Verluste noch nicht angegeben. Unter den Geschädigten befinden sich auch Schweden, Engländer, Franzosen und Amerikaner. Das Volk hat insgesamt zwei Tage lang gewütet. Die Gerüchte über eine angebliche Brunnenvergiftung haben sich durch die bakteriologische Untersuchung als völlig unrichtig erwiesen.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Flandern und der Krieg.
8 Uhr:
An den Grenzen von Südtirol und Italien.



Guido Thielscher

„Venus im Grünen“.
Operette in 1 Akt, v. Rud. Lothar.
Musik von Oskar Straus.
Mitwirkende:
Eise Berna, Lotte Werkmeister
Thalia-Theater, Berlin
Karl Bachmann, Julius Spielmann
sowie der
vom Publikum und Presse
glänzend beurteilte
Juni-Spielplan.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger. Anf. 8 U.
Sum 144. Rate:



Palast
Tägl. 8 Uhr. Sonntags 3 1/2 u. 8 Uhr
? Pain? „Charlotte“, Adelmann,
Asra, Georg, „der fallende
Mensch“ usw.
? Pain? ?
ist noch immer
das ungelöste Rätsel.
— Kleine Preise! —
Angenehm kühler Aufenthalt.

Theater für Sonnabend, den 26. Juni.

Deutsches Künstler-Theater
8 1/2 Uhr: Die Schöne vom Strand
Deutsches Opernhaus, Charlottenbg.
8 Uhr: Tiefland (Gastsp. Eva v. d. Osten.)
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater
8 1/2 Uhr: Eine unmögliche Frau
Sonntag 3 1/2 Uhr: Maria Stuart.
Kleines Theater
8 1/2 U.: Liebestrank
Lessing-Theater
8 1/2 U.: Seine einzige Frau
Lustspielhaus
8 1/2 U.: Herrschaft. Diener gesucht
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Hohelt tanzt Walzer

Schiller-Theater O.
8 Uhr: Der blinde Passagier
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Nacht und Morgen.
Thalia-Theater
8 Uhr: Klein Eva
Gastspiel der Königl. Hofschau
spielerin Lotte Klein.
Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 U.: Immer feste druff!
Tranon-Theater
8 1/2 U.: Die Heiratsschule.
Sonnt. 3 1/2 U.: Die Waise aus Lowood
Volksbühne. Theater am Bülowplatz
8 1/2 U.: Roesickes Geist

Volgt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich:
Eine Nacht in Berlin
Vollständ. mit Gesang in 3 Aufzügen.
Erstklassiges Varieté
Stoffeneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Rose-Theater.
8 1/2 Uhr: Unsere Prachtmädels.
8 U.: Gartenbühne: Lieb Vaterland.

Walhalla-Theater.
8 Uhr: Eine Meile in der Minute.
Spezialitäten.
Gartenbühne: Apollo-Sänger.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Sprechstund. 12 1/2—2 1/2, u. 6 1/2—8 1/2, 1

Allgem. Orts-Krankenkasse
Berlin - Lichtenberg.
Fortsetzung
der am 30. April a. o. ertagten
ordentlichen Sitzung
des Ausschusses
am Montag, den 5. Juli 1915,
abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal von Schwarz, Berlin-
Lichtenberg, Wollendörferstr. 25.
Tagesordnung:
1. Wahl eines stellvertretenden Vor-
sitzenden für den Ausschuss an Stelle
des zum Militär einberufenen Herrn
Regel während dessen Befreiung.
2. Abnahme der Jahresrechnung pro
1914 und Berichtertatung des
Rechnungsausschusses.
3. Einrichtung eines zweiten Heil-
mittelagers und Beschaffung
über Zumietung der hierzu be-
nötigten Räume.
4. Rassenangelegenheiten.
Beschwerden, zu welchen die Vor-
lage der Akten notwendig ist, müssen
3 Tage vor der Ausschusssitzung der
Geschäftsstelle diesseitiger Kasse ein-
gereicht werden. 269/1
Der Vorstand,
Rag Siebloff, Vorsitzender.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Pichelswerder**,
an der neuen **Heerstraße** beim **Alten Freund**.

Reederei Kahnt & Hertzner Fernspr. 2062
Bis auf weiteres Dampfer-Extrafahrten:
I. Ab Waisenbrücke:
Jeden Sonntag 7 1/2 Uhr: Teupitz (Tarnows Idyll) hin u. zurück 2 W.
Jeden Mittwoch 8 Uhr: Krampenburg hin u. zurück 1 W., einf. 50 Pf.
Jeden Sonntag 9 und 2 Uhr: Krampenburg-Neue Mühle (abf. 2 Uhr hin u. zurück 59 Pf., einf. 25 Pf.)
Jeden Dienstag und Mittwoch: Krampenburg-Ziegenhals (abf. 2 Uhr hin u. zurück 59 Pf., einf. 25 Pf.)
Ab Café Alsen (Schlei-Brücke) abfährt je 1/2 Stunde später.
II. Ab Reichstagsufer direkt am Bahnhof Friedrichstraße.
Jeden Sonntag 8 1/2 Uhr: Phöben über Werder hin u. zurück 1,50 W.
III. Ab Neukölln:
Jed. Sonntag 8 u. 2 Uhr ab Kaiser-Friedrich-Brücke Krampenburg hin und zurück 1 W., einf. 50 Pf. — Kinder 50 resp. 25 Pf.
Die Rückf. dies. Tour endet ab d. Café Alsen resp. Waisenbr. Außerdem ab 5. Juli: Extra-Extrafahrten an Werktagen vorm. Srientzsee — Lehnitzsee — Phöben — Weltersdorfer Schl. — nachm. Srientzsee — Lehnitzsee — Phöben — Neue Mühle — Ziegenhals und Krampenburg. — Näheres siehe Inserat am Sonnabend, den 3. Juli.

Nachricht: Voranzeige! Ab Berlin-Reichstagsufer durch den **Hohenollerkanal** am 8. u. 22. Juli nach Werbellinsee. **Charlottenburg** am 15. u. 29. Juli bis Schleihe Niederortow. Abfahrt 7 Uhr. Nur Einfahrt 3,10 W. Fahrzeit circa 11 Stunden. Wir bitten Fahrtscheine möglichst vorher im Kontor, Stralauer Brücke 4, zu entnehmen, da zu jeder Fahrt nur eine bestimmte Anzahl zur Ausgabe kommt.

Dampfer-Extrafahrten mit Musik
Jeden Sonntag
8 1/2 und 2 1/2 Uhr nach Woltersdorfer Schleihe. 50 Pf. | Kinder 25 Pf.
9, 12, 2 1/2, und 3 Uhr nach Neu-Peringsdorf. 30 | 25 u. 20 Pf.
Wochentags während des ganzen Sommers die billig. Erholungsfahrt:
9 u. 2 1/2 Uhr nach Woltersdorfer Schleihe hin u. zur. 55, Kinder 25 Pf.
9, 12, 2 1/2, u. 3 Uhr nach Neu-Peringsdorf hin u. zurück 40, Kinder 25 Pf.
9 Uhr jeden Mittwoch nach Jentzen und Neue Mühle 55, Kinder 25 Pf.
Außerdem morgen Sonntag, Dienstag, 29. Juni u. Donnerstag, 1. Juli, durch die **Havelseen** nach **Neuditz** und **Krampnitz** am **Krampnitzsee**.
Abf. Berlin, Reichstagsufer an der Marshaubrücke, beim Reichstagsgeb. 49 Uhr, Charlottenburg, Ziegler Weg, nahe Bahnh. Jungfernbeide: 9 1/2 Uhr. Fahrpreis hin und zurück an den Wochentagen: 1 W.; Sonntags: 1,30 W.
Reederei Kleck, Faldensteinstr. 45. Telefon Wpl. 8197.

Feldbrief-Mappe
enthaltend 5 vorschrittsmäßig bedruckte
Feldpost-Briefumschläge nebst Briefbogen,
5 vorschrittsmäßig bedruckte Postkarten
Preis 10 Pf.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 3.

Berliner Spar- u. Bauverein
eingetragene Genossenschaft mit be-
schränkter Haftung.
Sitzung am 31. Dezember 1914.
Aktiva.

Bebaute Grundstücke	11 100 149,70
Neubauten	7 253,22
Unbebaute Grundstücke	1 166 925,--
Immobilien	1,--
Anlage-Rto. d. Siegfried-Leon-Schenkung	50 000,--
Stichtungsgemeinde Tempelhof	17 725,--
Widmündige Mieten	535,37
Baupapiere	920 904,05
Bau-Guthaben	523 845,56
Raffen-Bestand	38 506,19
Summe	13 925 905,09

Passiva.

Rückstellung für die An- siedelung Tempelhof	18 371,62
Rückstellung f. d. Ansie- delung Charlottenburg	147 523,68
Nach zu zahlende Schuld- verschreibungen	10 900,--
Vorausbezogene Miete	90,--
Einbehaltenes Bar- kautions	19 589,53
Reste Darlehen	8 915,10
Appotheken	9 085 828,48
Schuldverschreibungen	451 000,--
Spareinlagen d. Genossen	3 115 707,60
Geschäfts-Bil- haben	690 796,90
Vermehrung	1. J. 1914 38 203,95
Summe	729 000,85
Siegt. Leon-Schenkung	58 224,45
Relicte Bernheim-Schenkung	100 000,--
Referenzfonds	55 124,10
Reingewinn	25 629,69
Summe	13 925 905,09

Gewinnverteilung.
31. Dez. 1914: Dividende auf
Geschäftsguthaben am
31. Dezember 1913: 22 946,-- W.
Dem Referenzfonds gut-
geschrieben: 2 633,69 W.
Summe: 25 579,69 W.

Witwenrenten.
Am 1. Januar 1914: 5658
Eingetretene im Jahre 1914: 440
Summe: 6098
Am 31. Dezember 1914 (Schieden
aus infolge Krankheit, Tod
und Auswanderung): 459
Bestand an Witwenrenten am
1. Januar 1915: 5639
Die Gesamtsumme sämtlicher
Witwenrenten bezug am
Schlusse des Geschäftsjahres
1914: 1 716 000 W.
Sie hat sich vermindert um
5 100,--
Gesamt-Gesamtsumme am
Schlusse des Geschäftsjahres
1914: 1 710 900 W.
104/1 Der Vorstand.
L. Schmidt, Ernst Roscher.

MANOLI ZIGARETTEN
Deutschlands führende Marke

BOSNIA CIGARETTEN
Etwas ganz Besonderes

MAL-KAH Company
Berlin N. 29 Pankstr. 65.
Fördert nur **KABDA-Cigaretten**

Kressin
Raucht Herbststoll Cigaretten
Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Hamb. Messina u. Römerkr. Kell. C. 25 Berlinstr. 34, Fernsp. Kr. 13708
Belichtungsgegenstände
Böttner, A., Danzigerstr. 96.

Bade-Anstalten
Arkona-Bad, Anklamer-Str. 24.
Bad Alt-Moabit 104, Liefer. aller Krankk.-Kass.
Bad Landsberg Str. 107, Gollnowstr. 41, Liefer. sämtlich. Krankenk.
Bad Börse, Dirksenstr. 50.
Central-Bad Neukölln Anzengraberstr. 25.
Diana-Bad Koppenstr. 39
Kämpfliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 8.
Boxbag-Str. 17
Lief. all. Kassen
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Schiller-Bad, Müllerstr. 153 a.
Silesia-Bad Schlesische Str. 21.
Bäcker- u. Konditoreien
Axmus, Wilh., Lecherstr. 11.
F. Breikopf, Exerzierstr. 19a.
Waldemar Busse, Dronowstr. 3
Hermann Br. Granowstr. 12.
Fritz Eichler, Kastanienstr. 18.
Emanuel Figgel, Mirbachstr. 25.
Hr. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.
O. Göhr, Wiesenstr. 21, Jr. a. gr. u. h. E. Großherdt, Wittstockerstr. 7.

Phänomen
MONA LISA Die neue 33
Qualitäts-
Cigarette

Bäcker- u. Konditoreien
A. Großkinsky, Boxhagenstr. 27.
Guat. Heintzsch, Lavelarstr. 26
Otto Hoff, Chorinerstr. 13.
F. Klesowetter, Schivelbeinstr. 14.
R. Klink, Weidens., Leberstr. 120.
R. Kleiner, Schulstr. 102
Felix Kynast, Dänenstr. 6.
Carl Lindenberg, Lyckerstr. 4.
G. Meier, Grüner Weg 37.
P. Müller, Wilhelm-Alexanderstr. 43.
G. Münch, Kalkbrennerstr. 111
Gustav Nielson, Lindowstr. 9
P. Nitschke, Cadinerstraße 4.
J. Papp, Ankerstr. 104, Reinkend-
Fr. Pribyl, Osnaabrckerstr. 26.
Osw. Raubut, Görtelstr. 27
Gust. Rautenberg, Metzgerstr. 11
Fritz Richter jr., Liebenwalderstr. 13
H. Saunus, Alleensteiner Str. 26.
Paul Schmitt, Amsterdamstr. 9.
Adolf Schulz, Florastr. 78 Pank.
Filialen in allen
Städteilen.
E. Weber, Provinzstr. 49, Selsicks ad.-9
Karl Weinholz, Kamerunerstr. 57.
Emil Werk, Samariterstr. 8.
Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 16
Zachau, Gr.-Lichterf., Chaussee 155a
Paul Zastrow, Stromstr. 23.
Beerdigungsanst. Sargm. G.
J. Liszinski, Gerichstr. 20.
H. Petermeier, Streitzstr. 8.

Butter, Eier, Käse
Contoridin-Butterhandl.
des Ostens
Bruno Freche 15 Detail-
geschäfte
Gebr. Gause.
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.
August Holtz 15 Detail-
Geschäfte.
Hubertus, Butterhdlg., Straussberg
Herm. Kunert, Culmstr. 29
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Kosmalla, E., 4 Detail-
Geschäfte
„Nordstern“
„Mercur“
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43
Gebr. Siegert
Wiener Str. 58, Butter, Eier, Käse.
Uhly & Wolfram
Cigarrenhandlungen
Fauny Baumert, Lindowstr. 23
C. Kuhlmann, Turmstr. 47.
O. Kunze, Reinkendörfer Str. 14.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Urogen und Farben
W. Kleemann, Berg-Oranien, Bergerstr. 37
Werder-Drogerie, Britz, Babelsberg 22

Cigarrenfabriken
JUHL
250 GESCHÄFTE
G. Kaphun
Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen.
J. Neumann
200 Niederlagen.
Richter & Franke
Filialen in all. Stadtteilen
Elfen, Stahlwaren, Waffen, Werkzeuge
Herm. Braun, Landsbg. Allee 149.
Grüner Weg 49
Wrangelestr. 69.
Otto Belg Oranien-
str. 36/43
G. Brucklacher, Oranien-
str. 122.
Carl Jung, Stromstr. 21.
Otto Lehmann, Neuk., Friedelstr. 9.
Rohmann, P., Müllerstr. 40b, E. Seest

Fleisch- u. Wurstwaren
W. Beck
Inh.: Herm. Gerbach
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
C. Billerbeck, Charlott., Krume 81, 19
Franz Boruslak, Lübeckerstr. 28
Fr. Brauer, Neukölln, Walterstr. 55
Willy Dorfmann, Wiesenstr. 62
Bruno Dörr, Mantelhofstr. 39
Dresden, Fleisch-Centr. Breslauerstr. 17.
Otto Elgner, Gontardstr. 2
Eingang vom Flur.
A. Fahl, Klein-, Liberdstr. 15
P. Fängler, Cöpen., Flemmingstr. 23
Fleischerei, Frankfurter Allee 150
Willy Gerwick, Petersburgerstr. 51
M. Grünwald, Kopenhagenerstr. 68.
R. Holzbüttel, Putbusserstr. 46.
Hubrich, Ramlerstr. 23.
Wilh. Kury, Wrangelestr. 63
H. Leibniz, Klein-, Schönstedtstr. 14
August Lacke, Alie Jacobstr. 26.
H. Neusch, Rostockerstr. 43.
Luecke, Joh. Fleisch- u. Wurstfabr.
Paul Matschke, Theaterstr. 17

G. H. Müller
Neu-Isenburg -- Frankfurt a. M
Spezialität: Frankfurter Würstchen
A. Möbes Nachf.
Fleischwaren u. Wurstfabrik
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4
G. Peiß, Andreasstr. 77b.
Jos. Ritzke, Stralauer Allee 31a
H. Rose, Treptowstr. 11, Marktallee 6.
P. Schmatzberger, Berliner Str. 11
Otto Schreiber, Hohenfried-
bergerstr. 1.
Paul Spenn, Kopenhagenerstr. 25
E. Tharst, Reinkendörfer, Schlegelstr. 24
F. Wendi, Simon Dachsstr. 37.
Paul Zwarg, Landsberg-Allee 156.

Essigfabriken
Timmer-Essig
überall erhältlich!
Fische, Conserven
Ottobrunn, Bismarck-Gr. Frankf. S. 122
P. Stöhr, Fischhdlg., Kiecherstr.
Weidenweg 15 Pfl. Frankf. Allee 151, 52
„Haus- u. Küchengeräte“
G. Geiger, Schleierstr., Müllerstr. 7
Frz. Kamerowsky, Bill. Bergstr. 4.
Herrn- u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 26, Ecke
Prinzen-Allee.
Rosenthalerstr. 3.
Fabisch & Co. Bekhaus Linienstr.
Leske & Slupecki, Schlei-Allee 76 e
Hüte, Mützen, Pelzwar.
Hüte, Mützen, Pelzwar.
! Kauff beim Hutmacher!
Gebr. Seless
Müllerstraße 153.
Schoerr, Herm., Wilmerstr.-St. 46.
Kottbuser-
Damm 18/19
Vester, E.
Kaffee-Rösterei
A. Zuntz sel. Wwe.
Filialen und Niederlagen
in allen Stadtteilen
Nur reelle Qualitäten
Anerkannt verteilte Spezialität
Kaffee, Tee, Kakao
und **Schokolade etc.**
Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengeimann
Kaufmann
Hochstr. 27-1
Rahbattmark.
Paul Falkenstein
Kolonialwaren
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
O. Pösch, Schwedenerstr. 18.
Franz Richter, Malplaquestr. 26, 20
Runge, Otto, Nils, Hermannstr. 55.
A. Sülkandt, Milchhdlg., Selsicks 36, 108
Erich Thiel, Weidens., Lauganstr. 139.
„Kurz-Weiß-, Wolw., Frikolag“
Hoppe, E., Schornwäberstr. 22.
Hermann Meyer, Schivelbeinerstr. 21.

Molkereien
Wilhelm Freier, Bouchéstr. 80.
H. Friedrich, Straßburgerstr. 43a
F. Galle, Metzgerstr. 38.
Rad. Kiesel, Mirbachstr. 66.
A. Siebert, Weidensbergerstr. 22.
„Schweizerhof“
Molkerei und Molkereianstalt.
Endener Str. 46, u. Tel. U 536.
Wedrich, Putbusserstr. 35.
Mostrichfabrik
Tamborin Mostrich überall!
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 28
Wassermasch.
Littauer Nähmasch., Spandau
5 Jahre Garantie, Teilzahlung
Nähm.-Spz.-Gesch., Potsdamstr. 16.
Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.
Optiker, Mechaniker
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Nklm. Bergstr. 14.
Photogr. Apparate
M. Albrecht 50, Kottbuserstr. 2.
auch Gelegenheitskaf.
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.
Photograph. Ateliers
R. Maerz, Badstrasse 65.
Rud. Obigt, N. Reinkendörferstr. 3
Planos
Kottbuserstr. 5
Kauf, Miet, Teilzahlg.
Rohschlächtereien
E. Weidlich, Selsicks, Lindenstr. 41.
Schneelwaren
O. Frohnnow, Nils, Hermannstr. 49
„Schuh-, Schuhmach.“
K. Lück, Charl., Turgoogenerstr. 49.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 155.
Selzen
**Schneewittchen-
Bleichseifenpulver**
Alleinfabrik: Grubitz, Potsdam
Vericherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung — Schützen-
Sterbekassenversicherung — Straße 2
Wirtschaftl. Etablissements
L. Gothe, Schulstr., Ecke Maxstr.
A. Groll, Henningsdörferstr. 10
Schöneberg
Hackepeter Hauptstr. 139.
Die erste selbstgep. Doppelgeige
Patzenhofer
J. Guggenberger, Basselerstr. 54.
Riebeck-Ausschank
Alexanderstr. 55 — Tgl. Konzert
O. Rohloff, (entl. Franziskanerpl.)
Original-Schultheiß-Ausschank
Alexanderpl. — Rich. Schloßtes.
Schultheiß - Ausschank
Am Eingang Bahnh. Jannowitzbrücke

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N. W. 21, Alt Moabit
95, 103 u.
Ältester und größter
Milchwirtschaftlicher
Grossbetrieb
„Uhren u. Goldwaren“
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 44
Weine, Liköre, Fruchtsäfte
E. Ballin & Co.
Cognak-Brennerei
Dampf-Likörfabrik
Nur Qualitätsware
Hugo Beling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
P. Kirchner & Co.
Cognak-, Likörfabrik
Kirchner's Araber,
Grosd., „Zur Sonne“, P. Preussener-
Otto Albert Schulz, Frankfurter
Allee 166
Grosd.-Destillation, Ausschank
**Herm. Meyer & Co., Act.-
Ges.**
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Underberg-
Boonekamp
Anerkannt bester Bitterlikör
Sprit- und Likörfabrik
Ringfiedl.
m. & W. Müller
Buckowerstr. 78.
Zahnärzte
W. Best, Skallerstr. 62 E. Wrangelestr.
M. Dreier, Grätzerstr. 701, Treptow-
Britz
St. Sorowka, Bäckerei, Rudowstr. 24a
Friedrich
Carl Tögel, Brot- u. Feinbäckerei
Königs-Wasserhäusern
G. Hübscher, Ura, Selsicks, Marktstr. 10
Kaufhaus Emil Bergmann
Mahlsdorf
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.
Mariendorf
H. Wagner, Köpenick, 11, Fleisch- u. Wurst-
Neukölln
C. Kamper, Bergstr. 137, Uhr, Gld u.
Krause, Kais. Friedr. Str. 79, Schwanen-
Fr. Pannock, Bergstr. 135, Lederw.
Nieder-Schönhausen
O. Stiem, Schlächter, Kais. Will. Str. 74
Spandau
Karl Heinrich, Bäck., Schäferstr.
Schneerlein, Reinkend. 15, Fleisch- u. Wurst-
Tempelhof
J. Hohmann, Märk., Friedr.-Wilk.-Str. 27.
Wiesensee
P. Jürgen, Kolow. Berl. Allee 168.
Thibault's Drogerien u. Wiesensee
Otto Obst, Fl. u. Wurst, Eisenstr. 20.
Wilhelmsruh
Wendler & Schreiber, Silesia, Hauptstr. 39.
Zossen
Warenhaus S. Cohen
Berantio. Redakt.: Alfred Dietrich, Neukölln. Inseratenteil verantw. Ed. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck- u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltung 800.

Sozialdemokratie und Frieden.

Fast ein Jahr lang rast nun die Kriegsfurie über den Erdball. Hunderttausende blühender Menschenleben sind vernichtet, unermessliche Kulturgüter zerstört, ungeheuerliche Verwüstung der Volkskraft angerichtet. Millionen Mütter, Frauen und Kinder weinen um ihre Söhne, Männer und Väter. Not und Elend gefellen sich zu dem Kummer, der auf den Völkern lastet.

Soll das entsetzliche Drama, wie es grausiger die Weltgeschichte nicht kennt, immer noch sein Ende nehmen?

Die Sozialdemokratie hat diese unheilvolle Weltkatastrophe kommen sehen, hat sie vorausgesagt. Deshalb hat sie in allen Ländern die imperialistische Ausdehnungspolitik und ihre Folge: das verderbliche Wettrüsten, bekämpft, die letzten Endes diesen schrecklichen Weltkrieg heraufbeschworen haben.

Die Sozialdemokratie hat unablässig für eine Verständigung der Völker zu gemeinsamer Kulturarbeit im Dienste der Menschheit gewirkt. Zehntausende von Versammlungen, Millionen von Flugschriften, die internationalen sozialistischen Kongresse und zuletzt noch die deutsch-französischen Verständigungskonferenzen in Bern und Basel legen davon Zeugnis ab.

Als sich im vorigen Jahre die drohenden Kriegswolken am politischen Horizont zusammenballten, hat die deutsche Sozialdemokratie bis zur letzten Stunde ihre ganze Kraft eingesetzt für die Erhaltung des Friedens. Sie war zum Unglück der Völker in allen Ländern noch nicht stark genug, das schreckliche Verhängnis aufzuhalten, das über Europa hereinbrach. Die Kriegsfackel loderte hell auf und steckte die Welt in Brand.

Als dann die Kosaken des Zaren plündernd und brennend die Landesgrenzen überschritten, da löste die Sozialdemokratie das Wort ein, das die Besten ihrer Führer dem deutschen Volke gegeben: sie stellte sich in den Dienst des Vaterlandes und bewilligte die Mittel zu seiner Verteidigung.

Das Schicksal Ostpreußens zeigt, was Deutschland drohte, wenn das deutsche Volk nicht einmütig zusammengestanden hätte, um den russischen Eroberungszug aufzuhalten. Noch amtlicher Feststellung sind in Ostpreußen gegen 400 000 Menschen ins Flüchtlingselend gedrängt; 1620 Zivilpersonen gemordet, 433 verwundet, 5419 Männer, darunter hilflose Greise, 2587 Frauen und 2719 Kinder noch Rußland verschleppt, durch Brandlegung 24 Städte, 572 Dörfer und 236 Güter, insgesamt 33 533 Gebäude ganz oder teilweise zerstört, gegen 200 000 Wohnungen ganz oder zum Teil ausgeplündert oder verwüstet worden. Der todesmutigen Tapferkeit unserer Truppen, die in aufopfernder Hingabe die furchtbaren Strapazen eines Winterfeldzuges im Osten überwandten, ist es nach monatelangen opferreichen Kämpfen gelungen, Ostpreußen von dieser Geißel zu befreien.

Aber nicht nur im Kampfe um die nationale Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Deutschlands hat die Sozialdemokratie ihre Pflicht getan; sie hat auch im Innern des Landes, vor allem auf dem Gebiete der Volksernährung und Kriegsfürsorge, die Interessen der arbeitenden Volksschichten gegen Lebensmittelhocker und bürokratische Engherzigkeit mit allen Kräften vertreten.

Getreu den Pflichten, die allen sozialistischen Parteien durch ihre Grundsätze und durch Beschlüsse internationaler Kongresse auferlegt sind, hat die deutsche Sozialdemokratie vom ersten Tage der furchtbaren Kriegstragödie an für die Verbeisführung eines baldigen Friedens gewirkt. Schon bei der Bewilligung der ersten Kriegskredite am 4. August 1914 gab die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch den Mund des Genossen Haase eine Erklärung ab, in der es wörtlich heißt:

„Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.“

Die gleiche Erklärung wiederholte die Fraktion bei der Bewilligung der weiteren Kriegskredite am 2. Dezember 1914. Und als der Reichstag zu seiner dritten Kriegstagung zusammentrat, hat am 10. März 1915 Genosse Haase namens der Fraktion ausgeführt:

„Meine Partei, als die Vertreterin des internationalen Sozialismus, ist stets die Partei des Friedens gewesen, und sie weiß, daß dies für die Sozialisten der anderen Länder ebenso wie für sie gilt. Unser Wunsch ist ein dauerhafter Friede, ein solcher, der nicht neue Verwicklungen in sich schließt, nicht Keime neuer Zwietracht enthält. Das wird erreicht werden, wenn kein Volk das andere vergewaltigt, wenn die Völker vielmehr ihre Aufgabe in dem friedlichen Austausch der Kulturgüter erblicken. . . Gerade der Starke darf zuerst die Friedenshand ausstrecken.“

Am 29. Mai d. J., nach dem Eingreifen Italiens in den Krieg, hat der Genosse Ebert im Reichstag, nachdem er diese den Krieg verlängemde Verschärfung der Kriegslage bedauert, namens der Partei erklärt:

„Mehr und mehr macht sich überall das Verlangen geltend, dem Entsetzen endlich ein Ende zu machen. Trotz der verschärften Situation glauben wir, getreu unserer sozialistischen Weltanschauung, auch heute dieser Friedenssehnsucht Ausdruck geben zu sollen. Dabei wissen wir uns in Übereinstimmung mit großen Schichten aller Völker, die mit uns erstreben: einen Frieden ohne Vergewaltigung eines anderen Volkes; einen Frieden, der ein dauerndes Zusammenwirken aller Kulturvölker wieder ermöglicht. Darum wenden wir uns mit Entschiedenheit gegen die-

jenigen Bestrebungen, die den Frieden abhängig machen wollen von allerlei Eroberungen. Wir haben von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß wir jeden Eroberungskrieg verurteilen. Daran halten wir fest!“

Diese Ausführungen wurden in der gleichen Sitzung vom Genossen Scheidemann scharf unterstrichen. Ebenso hat von der Tribüne des preussischen Abgeordnetenhauses unsere Partei ihr Verlangen nach Frieden zum Ausdruck gebracht. Der Parteivorstand hat in der Weihnachtsnummer des „Labour Leader“, des Organs der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei, eine Kundgebung veröffentlicht, in der es heißt:

„Unsere wärmste Sympathie ist in dieser schicksalsschweren Zeit bei allen Bestrebungen, die auf eine rasche Beendigung dieses männermordenden Völkerringens gerichtet sind.“

Am 12. und 13. April d. J. traten die Vertreter der Parteileitungen der Sozialdemokratie Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns in Wien zu einer Besprechung zusammen, die eine Kundgebung zeitigte, in der es in bezug auf den Frieden heißt:

„Die sozialdemokratischen Parteien, die von jeher und ihrem Wesen nach für die Verbrüderung der Völker wirken, sind die berufenen Verkünder der Friedenssehnsucht. Diese entspringt dem Willen und der Kraft der Selbstbehauptung, nicht etwa dem Gefühl der Schwäche. Daraus aber folgt mit Notwendigkeit, daß nur ein Frieden möglich ist, der kein Volk demütigt, daß nur ein solcher Frieden das dauernde Zusammenarbeiten aller Kulturvölker gewährleisten wird.“

Die bei der Zusammenkunft vertretenen Parteien stehen auf dem Boden der Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse, insbesondere des Kopenhagener Kongresses von 1910 und halten in diesem Sinne beim Friedensschluß folgende Sicherungen für notwendig:

- den Ausbau der internationalen Schiedsgerichte zu obligatorischen Einrichtungen zum Zwecke der Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten;
- die Unterwerfung aller Staatsverträge und Vereinbarungen unter die demokratische Kontrolle der Volksvertretungen;
- die internationale vertragsmäßige Einschränkung der Rüstungen mit dem Ziele der allgemeinen Abrüstung;
- die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker.

Weiter erklären die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns:

die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder ihr Land und Volk verteidigen, darf kein Hindernis sein, die internationalen Beziehungen aller sozialistischen Parteien zueinander aufrechtzuerhalten sowie die Tätigkeit ihrer internationalen Einrichtungen fortzuführen.

Aber die deutsche Sozialdemokratie hat sich keineswegs damit begnügt, in solchen öffentlichen Kundgebungen immer von neuem der Friedenssehnsucht und dem Friedenswillen des werktätigen Volkes Deutschlands Ausdruck zu geben. Keine Schwierigkeiten und Widerstände, keine Verdächtigungen scheuend, ist der Parteivorstand mit jähher Ausdauer bestrebt gewesen, die durch den Kriegsausbruch so jäh unterbrochenen internationalen Verbindungen wieder anzuknüpfen, mit den Bruderparteien aller Länder darüber zu verhandeln, wie gemeinsam für die Herbeiführung des Friedens gewirkt werden kann.

Auch allen diesem Zwecke dienenden Bestrebungen der Sozialisten der neutralen Staaten sind wir gerne entgegengekommen.

Als das Exekutivkomitee der Internationale mit der Anregung hervortrat, im Haag mit den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder einzeln über die Möglichkeit einer gleichzeitigen Friedenskundgebung zu verhandeln, stimmte der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie dem unter der Voraussetzung zu, daß auch die französische Parteileitung einverstanden sei. Obwohl deren Zusage noch nicht vorlag, begaben sich auf Einladung Mitglieder des deutschen Parteivorstandes im März nach dem Haag, wo sie erfuhren, daß wohl die Engländer, nicht aber die Franzosen zu solchen Verhandlungen bereit wären.

Trotzdem haben sie mit den Mitgliedern des Exekutivkomitees dort in freundschaftlicher Weise verhandelt. Sie gaben dabei ihrer Bereitschaft Ausdruck, zunächst auf das Zustandekommen einer Sitzung des Internationalen Bureaus hinzuwirken und alle Maßnahmen zur Förderung des Friedensgedankens zu unterstützen, die von den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder ergriffen werden.

So hat die deutsche Sozialdemokratie durch ihre berufenen Vertretungen den sozialistischen Grundsätzen und den Beschlüssen der Internationalen Kongresse getreu für den Frieden gewirkt.

Mit schmerzlichem Bedauern muß demgegenüber konstatiert werden, daß bisher alle Versuche internationaler Verständigung gescheitert sind vornehmlich an dem Verhalten der sozialistischen Partei Frankreichs, die an ihrer mit dem Zaren verbündeten Regierung durch mehrere hervorragende Mitglieder beteiligt ist. Sie billigt rückhaltlos deren Politik, die darauf gerichtet ist, den Krieg bis zur Niederlage Deutschlands, „bis zur Vernichtung des deutschen Militarismus“,

fortzuführen, und hat sich gegen eine Zusammenkunft des Internationalen Sozialistischen Bureaus ausgesprochen.

Nach der Kundgebung unserer Reichstagsfraktion für den Frieden im Dezember 1914 machte der französische Ministerpräsident am 22. Dezember in der Deputiertenkammer folgende Ausführungen:

„In der jetzigen Stunde ist nur eine Politik möglich: Kampf ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas. . .“

Getreu seiner Unterschrift im Vertrage vom 4. September, wo es seine Ehre und somit auch sein Leben einsetzte, wird Frankreich die Waffen erst niederlegen, wenn es das verlebte Recht gerächt, die gewaltfam geraubten Provinzen für immer an das französische Vaterland geschnitten, das heldenmütige Belgien . . . wiederhergestellt und den preussischen Militarismus zerbrochen haben wird, um auf Grundlage der Gerechtigkeit endlich ein neugeborenes Europa aufbauen zu können. . .“

Gegen diese unverhüllte Proklamation des Kampfes bis zum Weißbluten hatten weder die sozialistischen Minister, noch auch die sozialistische Kammerfraktion, noch endlich auch der sozialdemokratische Parteivorstand auch nur ein Wort des Widerspruchs zu erheben! Warum sie schwiegen, erklärten sie kurz darauf in einem „Manifest an die Partei“ („Humanité vom 23. Dezember 1914):

„Getreu der Disziplin der Einigkeit, welche die Nation sich dem Feinde gegenüber auferlegt, hat die sozialistische Fraktion im Parlament auch nicht mit einem Wort die von allen Franzosen beschlossene Einheit trüben wollen. Sie hat sich jeder Erklärung enthalten. Sie hat bei dem allgemeinen Zusammenschluß die Lösung akzeptiert, welche die verantwortliche Regierung formuliert hat.“

Und der Vertreter der belgischen Genossen, der Vorsitzende des Internationalen Sozialistischen Bureaus, Genosse Vandervelde, der in die Regierung seines Landes eingetreten war, hat am 18. April 1915 in einem Vortrage in Paris ausgeführt:

„Ich komme heute, um über den Krieg und für den Krieg zu sprechen. . . Als internationaler und sozialistischer Friedensfreund bin ich für den Krieg bis ans Ende. . . ich fühle Zorn gegen jene unserer Gesinnungsgenossen, die möchten, daß man Frieden schließe. Ach nein! Dem Verbrechen muß die Sühne folgen!“

Wern stellen wir fest, daß es sowohl in England wie in Frankreich sozialistische Gruppen gibt, die ebenso wie die deutsche sozialdemokratische Gesamtpartei und ihre Leitung für den Friedensgedanken wirken. Das kann uns aber nicht über die betrübende Tatsache hinwegtäuschen, daß die große Masse der dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossenen Sozialisten Englands und Frankreichs, ihre Organisationen und Leitungen, mit ihren Regierungen den Krieg fortführen wollen bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands.

Unverantwortliche Irreführung der deutschen Genossen ist es, wenn in anonymen Flugblättern und Pamphleten die internationale Lage und Vorgänge in der Partei in entstellter oder völlig wahrheitswidriger Weise dargestellt werden und der Vorwurf erhoben wird, die Parteileitung tue nicht genug, um den Friedenswillen der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen.

Wer es mit der besonders in dieser ersten Zeit und auch nach dem Kriege so bitter nötigen Einheit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung ernst meint, muß sich mit Entschiedenheit gegen dieses parteizerrüttende Treiben wenden.

Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie haben stets einmütig die Eroberungs- und Annektionspolitik bekämpft. Wir erheben erneut den schärfsten Protest gegen alle Bestrebungen und Kundgebungen zugunsten der Annektion fremder Landesteile und der Vergewaltigung anderer Völker, wie sie insbesondere durch die Forderungen großer wirtschaftlicher Verbände und die Reden führender bürgerlicher Politiker der Öffentlichkeit bekannt wurden. Schon die Geltendmachung solcher Bestrebungen schiebt den vom ganzen Volke heiß ersehnten Frieden immer weiter hinaus. Das Volk will keine Annektionen, das Volk will den Frieden!

Soll der täglich neue Opfer fordernde Krieg nicht ins Endlose sich hinziehen, bis zur völligen Erschöpfung aller Völker dauern, so muß eine der beteiligten Mächte die Hand zum Frieden bieten. Deutschland, das von einer großen Uebermacht angegriffen, sich aller seiner Feinde bisher siegreich erwehrt, den Ausschlagungsplan zuschanden gemacht und bewiesen hat, daß es unbeflegbar ist, sollte den ersten Schritt zur Herbeiführung des Friedens tun.

Im Namen der Menschlichkeit und der Kultur, gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen in Waffen geschaffene günstige Kriegslage fordern wir die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten, um dem blutigen Ringen ein Ende zu machen.

Wir erwarten von unseren Parteigenossen in den anderen kriegführenden Ländern, daß sie in gleichem Sinne auf ihre Regierungen einwirken.

Berlin, 23. Juni 1915.

**Der Vorstand
der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Politische Uebersicht.

Interpellation über den Belagerungszustand in Sachsen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages hatte eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung über eine Anzahl Versammlungsverbote und deren Begründung sowie darüber befragt wird, ob sie bereit ist, mit Nachdruck für die Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes auf dem Gebiete der Presse, des Vereins- und Versammlungswesens einzutreten. In der Freitagssitzung der Kammer wurde nun ein Schreiben des Ministers des Innern verlesen, nach dem die Beantwortung der Interpellation durch die Regierung abgelehnt wird. Die Regierung erklärt sich nicht für zuständig, weil seit dem 29. Dezember 1914 durch die sächsischen Generalkommandos die Vorschriften über Presse, Vereins- und Versammlungsfreiheit aufgehoben sind und die maßgebenden Entscheidungen in diesen Fragen seitdem und zurzeit dem Generalkommando zustehen. Dazu sei bemerkt, daß nach einer offiziellen Erklärung, die seinerzeit zu der erwähnten Maßregel von der Regierung abgegeben wurde, die Verfügung nur formelle Bedeutung habe und an den tatsächlichen Verhältnissen nichts geändert werden solle. Nach Meinung der sozialdemokratischen Fraktion stimmen die Versammlungsverbote mit dieser Erklärung nicht überein. Die Fraktion wird trotz Verweigerung einer Antwort der Regierung auf der Verhandlung der Interpellation bestehen.

Versammlungsverbot.

Die gemeinsam vom Gewerkschaftsverband und Sozialdemokratischen Verein Bremen geplante öffentliche Versammlung, in welcher Reichstagsabgeordneter Wurm über die Volksernährung sprechen sollte, ist vom Generalkommando in Altona untersagt. Ebenso ist verboten worden, ein Flugblatt zu verbreiten, welches die Rede Wurms im Reichstage vom 29. Mai über obiges Thema enthält.

Trotsky's Broschüre hochverräterisch.

Der zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich am Freitag mit der Broschüre „Der Krieg und die Arbeiterklasse“ von Genossen Leo N. Trotsky. Das Reichsgericht sah in dieser Schrift den Tatbestand des Hochverrats verwirklicht, da sie die Aufforderung an die deutschen Arbeiter enthält, auf revolutionärem Wege durch Waffengewalt eine Aenderung der Reichsverfassung herbeizuführen, und verlangt, daß diese alsbald geschehe, damit die revolutionäre Energie nicht erst durch den Krieg erschöpft werde. Da der Verfasser und der Drucker für die deutschen Strafgesetze nicht erreichbar sind, so erkannte das Reichsgericht auf Vernichtung bzw. Unbrauchbarmachung sämtlicher Exemplare des Buches und der Platten. — Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt.

Beschwerde der „Deutschen Tageszeitung“.

In ihrer Abendausgabe vom Freitag teilt die „Deutsche Tageszeitung“ ihren Lesern in auffallendem Druck folgendes mit: Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat unterm 22. Juni einen Angriff gegen die „Deutsche Tageszeitung“ gerichtet. Auf zahlreiche Anfragen teilen wir mit, daß wir wegen dieses Angriffes beim Herrn Reichskanzler Beschwerde erhoben haben.

Die Kriegs- und Friedensziele der Nationalliberalen.

Laut „Deutschem Kurier“ waren am Sonntag die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei der Provinz Brandenburg in großer Zahl in Berlin zusammengekommen. Der Provinzialvorsitzende, Regierungsrat Professor Dr. Leidig, gab einen umfassenden Ueberblick über die Entstehung und Entwicklung des gegenwärtigen Krieges, unsere finanzielle und wirtschaftliche Aüftung, die jetzige Lage Deutschlands, militärisch und politisch, sowie die möglichen Kriegsziele und die Stellung der nationalliberalen Partei zu dem voraussichtlich bei Ablauf des Krieges sowie bei und nach dem Frieden sich ergebenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Die Darlegungen des Vorsitzenden fanden die allgemeine Zustimmung der Versammlung. Der stellvertretende Vorsitzende, Landtagsabg. Dr. Diepmann, Charlottenburg, fasste das Ergebnis der Verhandlungen dahin zusammen, daß die Vertrauensmännerversammlung zwar davon Abstand nehme, jetzt schon die Friedensbedingungen im einzelnen zu erörtern, daß alle sich aber darin einig seien, daß der uns sicher scheinende militärische Erfolg auch politisch und wirtschaftlich ohne jede Sentimentalität und nur in Verächtigung unserer eigenen Interessen zur Sicherung gegen ähnlichen Ueberfall und zur Kräftigung unserer Machtstellung ausgenutzt werden müsse. In der inneren Politik habe sich das Programm und die Arbeit der nationalliberalen Partei als richtig erwiesen, sie brauche nicht umzulernen. Ihre Tätigkeit zur Erhaltung und Stärkung unserer Wehrkraft, ihre Stellung zu den wirtschaftlichen und sozialen Problemen habe der Krieg gerechtfertigt.

KonzeSSIONIERTE Unterhändler?

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten Berliner bürgerliche Blätter folgende Notiz der „Nationalliberalen Korrespondenz“: „Der „Berliner Lokalanzeiger“ bringt aus der „Frankfurter Volksstimme“ einen Abwehrartikel des Herrn Dr. Quard gegen den bekannten Aufruf der Genossen Haase, Vernstein und Kautsky. Es heißt darin: „Ich wende mich zuerst und mit aller Schärfe gegen die verantwortungsvollen Genossen in England und Frankreich, die zu Verhandlungen stets ausbleiben. Ihnen habe ich stets zu erklären, ihnen zuerst im Namen der Menschlichkeit und der Kultur, ihnen zu allererst, denn sie machen ja durch ihr Fernbleiben vom Internationalen Sozialistischen Bureau jeden Anfang einer wirklichen Vorbesprechung über den Frieden unmöglich. Wir Deutschen und unsere österreichischen Genossen erklären fortgesetzt, daß wir eine erste Fühlung durch Herstellung von Friedensbesprechungen gern vornehmen wollen. Die deutsche Reichsregierung weiß davon und hat und nicht die geringsten Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Das wiegt doch wohl schwerer als alles Eroberungsgeschrei von unverantwortlichen Stellen.“

Die letzten Sätze dieser Erklärung bedürfen dringend einer Aufklärung durch die Reichsregierung. Will Herr Quard damit lediglich sagen, daß die Regierung der internationalen politischen Verständigung der Sozialdemokratie, soweit sie sich in gesetzlich zulässigen Grenzen bewegt und das Staatsinteresse nicht gefährdet, keine Schwierigkeiten in den Weg legt, so können wir das von unserem Standpunkte aus, der die staatsbürgerliche Freiheit unbedingt hoch-

hält, verstehen. Es könnte aber noch etwas herausgelesen werden, nämlich, daß die sozialdemokratische internationale Friedenspropaganda von der deutschen Regierung mindestens stillschweigend gebilligt wird, und daß man sie von dieser Seite sogar als ein geeignetes Mittel betrachtet, um eine erste Grundlage für eine Erörterung der Friedensmöglichkeiten zu schaffen. Wir zweifeln nicht, daß, wenn diese Auslegung, die wir allerdings für unmöglich halten, zutreffen würde, die Mehrheit des deutschen Volkes die Befreiung eines solchen Weges mit Entschiedenheit, ja sogar mit Entrüstung ablehnen würde. Schon um solche Gedanken nicht aufkommen zu lassen, halten wir eine amtliche Aufklärung für ein Gebot der Notwendigkeit.“

Kriegsfürsorge auf Aktien.

Die Fürsorge für die Kriegsinvaliden ist eine sehr ernste und wichtige Aufgabe. Zurzeit sind überall Organisationen in Bildung begriffen, die von Gemeinden und Landesverwaltungen gestützt, sich der Kriegsinvalidenfürsorge widmen. Es gilt in erster Linie, die Kriegsinvaliden möglichst arbeitsfähig zu machen, und zweitens sie in das Heer der Arbeitenden einzureihen, ohne daß sie lohnbrüchig wirken. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß die Kriegsinvaliden in der Zukunft auf die Wohltätigkeit angewiesen sind. Denn das wäre eine sehr ungewisse und zweifelhafte Fürsorge.

Kürzlich machte in der Öffentlichkeit eine „Kriegsinvalidenhilfe-Aktiengesellschaft“ von sich reden, die angab, das Los der Kriegsinvaliden lindern zu helfen. Die Aktiengesellschaft will ihren Zweck erreichen durch Verkauf von Kriegsbildern in Mappen. Sie wendet sich an die Hausbesitzer in Groß-Berlin, denen sie einen Prospekt und eine Adressenliste hat zugehen lassen, mit der Aufforderung, diese unter den Mietern zirkulieren zu lassen, damit sie sich 1/8 Abkommen von Kunstblättern mit Kriegsbildern eintragen. Den Hausbesitzern wurde der gemeinnützige Charakter der neuen Aktiengesellschaft durch ein Zirkular klargestellt. Es wurde bemerkt, daß nach § 13 des Gesellschaftsvertrages die Aktionäre eine Dividende von höchstens 4 Prozent erhalten, der übrige Reingewinn soll dem Ausbau der Krüppelfürsorge dienen und soll einem Komitee aus drei führenden Personen der Deutschen Vereinigung der Krüppelfürsorge übergeben werden.

In der „Deutschen Tageszeitung“ verbreitet sich eine Zuschrift aus Hausbesitzerkreisen über die an die Hausbesitzer gestellte Zumutung, sich in den Dienst dieser Unternehmung zu stellen, die gar keine Garantie bietet, daß es sich nicht um ein reines Erwerbsunternehmen handle. Die Beschränkung der Dividende auf höchstens 4 Proz. schloffe die Erzielung sonstiger Vorteile keineswegs aus. Die „Deutsche Tages-Ztg.“ wirft die Frage auf, ob es denn noch länger geduldet werden könne, daß jeder erste beste sich an die Öffentlichkeit wendet und ihr Geld mit der Zusicherung erbittet, daß es im Dienste der Kriegsfürsorge verwendet werde. Mindestens müßte in solchen Fällen Gewähr gegeben sein, daß die Selbstlosigkeit der Bestrebungen feststehe. Wenn schon die Listen, die bei den Berliner Bürgern von Wohltätigkeitsvereinen in Umlauf gesetzt werden, um Beiträge zu sammeln, einen polizeilichen Erlaubnisvermerk tragen müßten, so sei nicht einzusehen, warum nicht dieselbe Vorsicht auch gegenüber einer Aktiengesellschaft Platz greifen soll, die das Geld der Bürgerschaft ebenfalls nur für Wohltätigkeitszwecke sammeln will.

So angebracht die Vorsicht vor der neuen Kriegsfürsorge auf Aktien ist, so sehr muß immer darauf hingewiesen werden, daß die Kriegsfürsorge nie und nimmer Gegenstand der Wohltätigkeit sein sollte, und daß die Allgemeinheit die Aufgabe hat, für die Kriegsinvaliden angemessen zu sorgen.

Dernburg in Bergen angekommen.

Kristiania, 25. Juni. (B. L. B.) Nach einem Telegramm aus Bergen ist der frühere deutsche Staatssekretär Dernburg gestern Abend an Bord der „Bergensfjord“, die von den Engländern zur Untersuchung nach Kistwall gebracht worden war, in Bergen angekommen. Er verweigerte den Ausfragern jede Auskunft.

Verbot des Vorverkaufs von Velfrüchten.

Der Reichskanzler hat folgendes bestimmt: Kaufverträge über Raps, Rüben, Fenchel, Datteln, Leinsamen und Mohr aus der inländischen Ernte des Jahres 1915 sind nichtig. Dies gilt auch für Verträge, die vor Verkündung dieser Verordnung geschlossen sind.

Zur Uebernahme von Militärtüchen.

Die Prüfung, Feststellung des Uebernahmepreises und Uebernahme der Militärtücher erfolgt innerhalb des Reichsgebietes durch das Königlich Preussische Kriegsministerium. Die Aufforderung zur Ueberlassung und zur Veräußerung, sowie die Anordnung des Eigentumsüberganges (Uebernahme) der Militärtücher ergeht durch das Wollgarnbureau des Königlich Preussischen Kriegsministeriums. Für die Preisbestimmung der beschlagnahmten Tücher soll eine physikalisch-chemische Prüfung maßgebend sein, ähnlich der bisher von den Kriegs-Bekleidungsämtern vorgenommenen.

Aus der Partei.

Zur Rundgebung des Parteivorstandes.

Der Parteivorstand veröffentlicht heute unter dem Titel: „Sozialdemokratie und Frieden“ eine Rundgebung. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß eine solche Rundgebung bereits am 7. Mai vom Parteivorstand einstimmig beschlossen worden ist. Von diesem Beschluß ist am 15. Mai einer Konferenz der Parteitredakteure und Ende Mai der Reichstagsfraktion Kenntnis gegeben worden. Die Ausführung des Beschlusses wurde dann aber — und zwar ebenfalls auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes — zunächst vertagt wegen des Eingreifens Italiens in den Krieg. Nach den neuen großen militärischen Erfolgen in Galizien beschloß der Parteivorstand jetzt die Veröffentlichung.

Zur Protest-Eingabe.

Wie uns mitgeteilt wird, haben bisher die Eingabe vom 9. Juni an den Partei- und Fraktionsvorstand etwa 700 Genossen in Vertrauensstellungen der Arbeiterorganisationen unterzeichnet. Gestern nachmittag wurden in einer Berliner Druckerei die gedruckten Exemplare dieser Eingabe beschlagnahmt. Auch haben Hausdurchsuchungen, die mit der Protest-Eingabe in Zusammenhang stehen, in Groß-Berlin stattgefunden.

Vanderbelde, Roske und Köster.

In einer Rede zu Gentilly hatte Genosse Vanderbelde vor einigen Wochen behauptet, Genosse Roske habe bei einem Besuch, den er in den ersten Kriegsmonaten dem Volkshaus in Brüssel abstatete, in der Unterhaltung mit führenden belgischen Sozialisten geäußert, nationale Ehre sei eine bürgerliche Ideologie, und die Belgier hätten keinen Grund gehabt, ihre Neutralität zu verteidigen.

Dem ist Roske mit der Versicherung entgegengetreten, daß er nie etwas Ähnliches gesagt habe. Jetzt berichtigt sich Vanderbelde in der „Humanität“ selbst und erklärt, daß die betreffenden Äußerungen nicht von Roske, sondern von seinem Begleiter, dem Genossen Dr. Adolf Köster, gemacht worden seien. Man hat ihn unmittelbar nach der Anwesenheit der deutschen Besucher einen genauen Bericht von der Konferenz gesandt und darin wurden Kösters Worte folgendermaßen wiedergegeben:

„Was geschehen ist, habt Ihr Euch selbst anzuschreiben. Ihr hättet uns nur passieren lassen sollen; Ihr würdet durch unsere Regierung reichlich entschädigt worden sein, und wir würden Euch außerdem das allgemeine Stimmrecht, die Frauen- und Kinderschutzgesetze, die allgemeinen Versicherungsgesetze und soziale andere Dinge gebracht haben, die Ihr trotz all Eurer Stärke bisher noch nicht habt erobern können.“

Die Ehre einer Nation — das gehört zur bürgerlichen Ideologie, mit der die Sozialisten nichts zu tun haben. Was die internationalen Verträge angeht, so können sie im Kriegsfall nicht gehalten werden. Lehrt uns nicht der ganze historische Materialismus, daß die Entwicklung des Proletariats aufs engste verknüpft ist mit der Entwicklung der ökonomischen Blüte der Nation? Folglich müssen die deutschen Sozialisten auf der Seite der Regierung stehen, die in diesem Augenblick die Existenz des Landes gegen die Angriffe Englands, Frankreichs und des russischen Despotismus verteidigt.“

Als vor einiger Zeit im Stockholmer „Sozialdemokraten“ nach der „Humanität“ ähnliche Vorwürfe gegen Genossen Dr. Adolf Köster erhoben wurden, hat sich dieser in einer längeren Zuschrift an das schwedische Parteiblatt dagegen verteidigt und die Darstellung der „Humanität“ als „Entstellung und phantastische Erfindung“ bezeichnet.

Aus den Organisationen.

Die Bezirksleitung für die Wahlkreise Minden-Lübbecke, Herford-Halle, Bielefeld-Wiedenbrück, Baderborn-Büren, Warburg-Höxter, Lippstadt-Brilon, Lingen-Neppen, Schaumburg-Lippe, Lippe hat an den Parteivorstand den nachfolgenden Brief gerichtet:

Verte Genossen! Wenn schon die Treibereien einzelner deutscher „Sozialisten“ im Ausland die schärfsten Maßnahmen gegen sie rechtfertigen, so sind diese erst recht geboten gegen jene Genossen, die unter Vertrauensbruch Vorgänge in der Budgetkommission des Reichstags zu geschäftigen Vorwürfen gegen die Partei in verleumderischer Weise benutzten.

Noch dringlicher besteht aber die Pflicht, gegen die Zerstückler der deutschen Parteieinheit vorzugehen. So gegen das eigenartige Verfahren jener Gruppe von Genossen, die durch ihr Rundschreiben an die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der sozialdemokratischen Fraktion Berlin die Organisationsarbeit zu einer Zeit stören, wo alle Kräfte zu deren Durchführung eingesetzt werden müssen. Dann aber gegen den Genossen Haase, dessen neuestes Verhalten geeignet ist, die Partei zu untergraben und in seiner Wirkung obendrein im Ausland den falschen Eindruck zu erwecken kann, als erlaube in Deutschland die Widerstandskraft für seine Selbstbehauptung. Der Förderung der Friedensgedanken dienen solche ungewöhnlichen und unverantwortlichen Rundgebungen nicht, sie sind viel eher geeignet, den schrecklichen Krieg zu verlängern.

Wir erwarten dringlich die Einberufung aller Körperschaften, um die Maßnahmen zu beraten, die dem fernestehenden Tun einzelner Personen und Gruppen begegnen und die Einheit und den Einfluß der Partei zu wahren geeignet sind.

Der Vorstand des Bezirks „Nordwest“ nahm in seiner letzten Sitzung, an der auch Vertreter des Wahlkreises Bremen, des 17., 18. und 19. hannoverschen Wahlkreises teilnahmen, einstimmig folgenden Beschluß an:

„Der Gesamtvorstand des Bezirks „Nordwest“ lehnt es ab, die Eingabe einer Anzahl Genossen, die diese an den Partei- und Fraktionsvorstand gerichtet haben, zu unterstützen. Der Vorstand betrachtet diese Eingabe als ein Unternehmen, die Einheit der Partei zu stören. Ganz besonders bedauert der Bezirksvorstand, daß der Genosse Haase, der Vorsitzender der Partei ist und über die Einheit der Partei wachen soll, den in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienenen Aufruf unterzeichnet hat. Alle Sonderbestrebungen, die zu einer Zerstückelung der Partei führen müssen, verurteilt der Bezirksvorstand auf das schärfste. — Der Bezirksvorstand hat schon in zwei Sitzungen zu den Beschlüssen des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses und der Reichstagsfraktion Stellung genommen und deren Entschlüsse zugestimmt.“

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Frankfurt a. M. nahm in seiner am Dienstag fortgesetzten Generalversammlung neu- und Ersahwahlen (für eingezogene Genossen) zum Vorstand vor. Dazu waren zwei Vorschlagslisten eingereicht; die eine von der großen Mehrheit der Vertrauensmänner, die andere von 70 Genossen unter Führung des Provinzialsekretärs Dikmann. Zu der Wahl war eine lebhafteste Agitation entfaltet worden. Die stark besuchte Versammlung nahm einen sehr bewegten Verlauf. Reichstagsabgeordneter Küttmann sprach für die Liste der Opponenten, betonte aber, man dürfe nicht schließen, daß diese alle Gegner der Reichstagsmehrheit seien, er selbst habe ja für die Kriegskredite gestimmt, wäre aber mit der Haltung des Ortsvorstandes in verschiedenen Fragen nicht einverstanden. Die Abstimmung ergab jedoch die Wahl der von den Vertrauensmännern vorgeschlagenen Genossen. Diese erhielten 346 bis 393 Stimmen, während auf die Gegenkandidaten 271 bis 291 Stimmen fielen. Der Vorsitzende des Wahlvereins ist nun der Genosse Stadterbedne Georg Raier, der früher lange Jahre Vorsitzender der Frankfurter Organisation war.

Finanzielle Hilfe

für das Internationale Sozialistische Bureau (I. S. B.)
Um das I. S. B., das gegenwärtig seinen Sitz in Haag hat, instand zu setzen, seine Aufgabe zu erfüllen, hat die britische Sektion beschlossen, ihm eine Anleihe von 800 Pfd. Sterl. zu gewähren. Die Arbeiterpartei trug 500 Pfd. Sterl. bei, die Unabhängige Arbeiterpartei 200 Pfd. Sterl., die Fabian Society 100 Pfd. Sterl. — Die Britische Soz. Partei (früher Soz. Dem. Föderation) hat sich an der Anleihe nicht beteiligt, da sie mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Wegen angeblichen Vergehens gegen das Belagerungsgesetz ist gegen die Genossen Bestmeyer, Crispin, Röbel und Schumacher in Stuttgart ein Strafverfahren eingeleitet worden. Sie sollen in Versammlungen gesprochen haben, die nicht angemeldet waren.

Partei-Presse. Genosse Scherz, bisher Redakteur am früheren „Gothaer Volksblatt“, ist von der sozialdemokratischen Vereinigung der Kantone St. Gallen und Appenzell zum Redakteur der „St. Gallener Volksstimme“ gewählt worden. Genosse Scherz ist Schweizer Staatsbürger.

Genosse Geithner, der Redakteur des gänzlich verbotenen „Gothaer Volksblattes“, hat vor einigen Tagen eine dreimonatige Gefängnisstrafe angetreten, die er erhalten hat für die Veröffentlichung einer Tierfabel, in der eine Majestätsbeleidigung erblickt wurde.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 258 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- Infanterie usw.: Garde: 1., 2., 4. und 5. Garde-Regiment z. F.; 1. Garde-Reserve- und 1. Garde-Ersatz-Regiment; Grenadier-Regimenter Franz, Elisabeth und Nr. 5; Garde-Rüflier-Regiment, Lehr-Infanterie-Regiment, Grenadier, hvm. Infanterie, hvm. Füflier-Regimenter Nr. 1, 2, 7, 15, 17, 18 (f. Erf.-Inf.-Reg. v. Reinhard), 26, 28, 32, 36, 43, 45, 49, 51, 55, 56, 57, 59, 60, 61, 64, 66, 70, 75, 76, 78, 85, 86, 87, 88, 91, 92, 93, 96, 97, 98, 99, 100, 112, 113, 114, 128, 131, 135, 137, 138, 140, 141, 144, 145, 146, 148 (f. auch Erf.-Inf.-Reg. v. Reinhard), 150, 151 (f. auch Feldfliegertruppe), 153, 154, 157, 158, 159, 160, 161, 163, 164, 169, 171, 174, 176, 331, 332, 335, Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 5, 7, 11, 12, 13, 15, 18, 19, 20, 21, 22, 25, 28, 32, 40, 48, 53, 56, 61, 67, 69, 70, 80, 81, 82, 86, 88, 90, 91, 93, 98, 99, 110, 203, 204, 209, 212, 217, 219, 220, 221, 223, 225, 231, 233, 237, 240, 250, 252, 254, 257, 262, 263, 265, 269, Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 28, Gropp, v. Ruppbaum und v. Reinhard, Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 1, Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 4, 5, 6, 11, 12, 19 (f. Erf.-Inf.-Reg. v. Ruppbaum), 22, 25, 27, 29, 30, 31, 37, 40, 51, 57, 75, 81, 109, Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 2 und 4, Besatzungs-Regimenter Nr. 3, 4, 5 (siehe Infanterie-Regimenter Nr. 331, 335, 332, Feldbataillon Kaiser des Detachements Plantier, II. Westfälisches Landwehr-Infanterie-Bataillon Breslau (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 57), Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 10, 14, 16, 26, 36, 56 (f. Erf.-Inf.-Reg. Nr. 28), 79, 83, Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 21 (siehe Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2), 29, 30, 41 (alle drei f. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 4), Landsturm-Infanterie-Bataillone I Braunsberg, 3, Coblenz (f. Inf.-Reg. Nr. 332), Gießen, Samter (f. Inf.-Reg. Nr. 335), I Schimm, 2 Glade, 4 Trier (f. Inf.-Reg. Nr. 331), 24, Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillon des VII. Armeekorps, Jäger-Bataillon Nr. 2 (f. auch Erf.-Inf.-Reg. Gropp); Reserve-Bataillone Nr. 4, 5, 19, Radfahrer-Kompagnie der 6. Reserve-Division, Raschinengewehr-Abteilung Nr. 4; Feld-Raschinengewehr-Jüge Nr. 104 (f. Ref.-Jäger-Bataillon Nr. 10), 111 (f. Inf.-Reg. Nr. 91); Festungs-Raschinengewehr-Abteilung Cöln Sd; Reserve-Festungs-Raschinengewehr-Abteilung Nr. 8 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 67). Kavallerie: Garde-Husaren; Kürassiere Nr. 1, 2; Schwere Reserve-Reiter Nr. 3; Dragoner Nr. 4, 6, 10, 12, 17; Husaren Nr. 4, 7; Manen Nr. 2, 8, 13; Reserve-Manen Nr. 2, 3; Jäger zu Pferde Nr. 1 (f. Kavallerie-Reg. v. Wedel); Regimenter Schöster und v. Wedel, 1. Landwehr-Eskadron des XIV. Armeekorps; 4. Landsturm-Eskadron des V. Armeekorps (f. Kav.-Reg. Schöster). Feldartillerie: Regimenter Nr. 3, 6, 9, 18, 20, 26, 34, 39, 50, 53, 56, 61, 72, 74, 75, 79, 83, 84, 112, 229; Reserve-Regimenter Nr. 5, 6, 9, 13, 20, 36, 47, 51, 52, 62, 65; Landwehr-Abteilung des IX. Armeekorps. Infanterie: 1. und 2. Garde-Regiment; 1. Garde-Reserve-Regiment; Regimenter Nr. 7, 14; Reserve-Regimenter Nr. 8, 13, 17, 18; Bataillone Nr. 21, 38, 56; Landwehr-Bataillon Nr. 4; Batterien Nr. 222, 232; 1. Landsturm-Batterie des IV. Armeekorps, Ballon-Abwehr-Kanonengruppe Nr. 18. Pioniere: 1. Garde-Bataillon; Regimenter Nr. 18, 20, 23, 24, 29; Bataillone: I. Nr. 2, I. Nr. 4, II. Nr. 5, II. Nr. 11, I. Nr. 14, II. Nr. 16, I. Nr. 17, I. Nr. 21; Reserve-Bataillon Nr. 39; Ersatz-Bataillone Nr. 1, 4; Kompagnien Nr. 185, 225; Reserve-Kompagnie Nr. 49; 1. Landwehr-Kompagnie des I. und II. sowie 2. des IV. und XVIII. Armeekorps. Verkehrstruppen: Eisenbahn-Hilfsbataillon Nr. 1; Eisenbahn-Baukompagnie Nr. 20, Fernsprech-Abteilungen des VII. und des IX. Armeekorps, Feldfliegertruppe. Train: Divisions-Bridentrain Nr. 4, Leichte Proviantkolonne Nr. 1 des XVII. und Korps-Schlächterei des X. Armeekorps. Munitionskolonnen: Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 2 des VI. Armeekorps (f. Feldart.-Reg. Nr. 6); Reserve-Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 62 des XXIV. Reservekorps. Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnien Nr. 1 und 2 des VII., Nr. 1 des VIII. und Nr. 117 des XIV. Armeekorps, Armierungs-Bataillone, 1. Genbarmerie-Brigade.

Der Schluss der bayerischen Verlustliste Nr. 196 bringt Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 12, 20, 21; 6. Ref.-Division, Reserve-Detachement; Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 10; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 2; 2. Schweres Reiter-Reg.; 5. Chevaulegers-Reg.; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 1; N. Ers.-Feldart.-Btl.; Pionier-Reg.; 2. und 3. Pionier-Bataillon; Pionier-Komp. Nr. 20; Ref.-Fernsprech-Btl. 1; Sanitäts-Komp. 2, I. u. R.; Verhüttungen früherer Verlustlisten.

Die sächsische Verlustliste Nr. 162 enthält Verluste der 45. Inf.-Brigade; Inf.-Regimenter Nr. 105, 106, 107, 179; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 242; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 2, 10; Landsturm-Inf.-Bat. Pirna; Landsturm-Ersatz-Bat. Leipzig; Ersatz-Inf.-Regimenter Nr. 23, 24, 32, 40; Ersatz-Inf.-Reg. Nr. 9; Landwehr-Brig.-Ersatz-Bat. Nr. 49; Ersatz-Bat., Ref.-Inf.-Reg. Nr. 100; Feld-Raschinengewehr-Jug Nr. 69; Feldfliegertruppen.

Soziales.

Zwei Väter und kein Ernährer.

Der glücklichste Fall, daß der Stiefvater gegen den natürlichen Vater eines 13jährigen Mädchens Klage wegen des Unterhalts erhebt und keiner der beiden Väter das Kind ernähren will, beschäftigte gestern die 3. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Das von beiden Vätern im Stich gelassene Kind wurde im Scheidungsprozeß seiner Eltern der Mutter zugesprochen, der Vater wurde aber zur Alimentierung verurteilt. Als sich dann die Mutter mit einem Gewerbetreibenden W. wieder verheiratete, wurde dieser zum Vormund des Stiefkindes bestellt. Da der natürliche Vater, der Kaufmann M., seit November v. J. seiner Unterhaltspflicht nicht nachkam, so beantragte der Vormund eine Beschlagnahme des Einkommens des M. bei seinem Arbeitgeber, der Firma L. u. Co. Gegen diese war jetzt auch die Klage gerichtet. Eine Zahlung hatte die Firma nämlich nicht geleistet, weil, wie der Beklagte L. ausführte, das Einkommen des Meisters die Pfändungsgrenze nicht überschritt. Außerdem sei die Klage aus formalen Gründen abzuweisen, da die damals eingetragene Firma inzwischen gelöscht ist und es sich heute um kein kaufmännisches Unternehmen handele. Die mündliche Verhandlung förderte absonderliche Auffassungen von Vaterpflichten zutage. Der als Vertreter des Kindes auftretende Stiefvater erwiderte auf die Frage des Richters, warum er denn nicht für das Mädchen, das

er doch sozusagen bei der Verheiratung mit übernommen habe, sorgen wolle, er müsse zuerst für seine eigenen Kinder sorgen, die gingen ihm vor. Der natürliche Vater hingegen gab die Erklärung ab, er müsse seine jegige kranke Frau ernähren und könne bei den schlechten Zeiten nicht noch das Kind erhalten.

Das Kaufmannsgericht hätte aus formalen Gründen die Sache an das Gewerbegericht überweisen müssen, der Vorsitzende wies den Beklagten aber gleich darauf hin, daß er dort glatt verurteilt werden würde. Denn gegenüber der Unterhaltspflicht des ehelichen Kindes gäbe es keine Gehaltspfändungsgrenze. Bis zur Höhe der Alimentenpflicht müsse der Arbeitgeber auf den Arrest hin das Einkommen zurückhalten, gleichviel wie groß das Einkommen sei. Im Hinblick auf diese Rechtslage verstand sich der Vater des Kindes zu einem auch vom Vormund angenommenen Vergleich, nach welchem M. sofort 30 M. und allmonatlich 12 M. bis zum 16. Lebensjahre des Kindes zahlt, solange M. bei der beklagten Firma in Stellung ist. — Im übrigen hielt der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Reumann, bei den Vätern das Unnatürliche ihrer Handlungsweise vor Augen. „Es ist tieftraurig“, so meinte er, „daß es einen Vater in Deutschland gibt, der sein eigen Fleisch und Blut im Stich läßt. Sorgt doch selbst das Tier für sein Junges.“ „Und an Ihrer Stelle,“ — damit wandte sich der Verhandlungsleiter an den Stiefvater — „würde ich das Geld gar nicht annehmen. Schon aus Liebe zu Ihrer Frau, die doch sicherlich ihre Freude an dem Kinde hat, müßten Sie für das arme Wesen aus freien Stücken sorgen.“ Der Vormund zeigte sich aber diesen wohlmeinenden Mahnungen wenig zugänglich, sondern stich vergnügt die ersten 30 M. ein.

Ein eigenartiger Prozeß wegen Uebertretung von Meldepolizeivorschriften.

In dem in zweiter Instanz das Landgericht in Flensburg geurteilt hatte, beschäftigte das Kammergericht als Revisionsinstanz. In Osterlügum (Schleswig-Holstein) bilden zwölf Hofbesitzer einen landwirtschaftlichen Kontrollverein, der für seine Zwecke einen Kontrollassistenten beschäftigt. Als der bisherige Kontrollassistent zum Kriegsdienst eingezogen worden war, nahm der Kontrollverein ein Fräulein Lind, eine Reichsbäuerin, also Ausländerin, als Kontrollassistentin an. Sie hatte bei ihrer Schwägerin im Orte ein Zimmer zur Verfügung, ihre Tätigkeit als Kontrollassistentin zur Überwachung der Fütterung und der Milchproduktion der Mitglieder des Vereins brachte es aber mit sich, daß sie Reihe um jede Nacht bei einem der Vereinsmitglieder schlafen mußte. Es war nämlich ihre Aufgabe, des abends bei je einem Mitgliede das Futter des Viehes und am anderen Morgen die Beschaffenheit der Milch der Kühe zu prüfen.

Eder und Genossen, die zwölf Mitglieder des Kontrollvereins, wurden nun auf Grund der Meldepolizeiverordnung des Landrats angeklagt, weil sie ohne besondere polizeiliche Anmeldung dem Fräulein Lind je eine Nacht lang Wohnung gewährt hätten. Die Verordnung schreibt vor, daß zu befragen sei, wer einer Person, welche nicht deutsche Reichsangehörige ist und nicht schon dauernden Aufenthalt im Deutschen Reiche hat, Wohnung gewährt, ohne sie anzumelden.

Das Landgericht in Flensburg sprach aber die zwölf Angeklagten mit folgender Begründung frei: Fräulein Lind wohnte bei ihrer Schwägerin in O., denn dort siehe ihr ein Raum zur Verfügung, dort ziehe sie sich auch zu, indem sie sich mit reiner Wäsche versehen, und ferner ständen dort ihre Sachen. Wenn sie des Nachts immer bei einem Mitgliede des Vereins schlief, jede Nacht bei einem anderen, dann könne man nicht sagen, daß sie dort Wohnung genommen habe. Die Vereinsmitglieder brauchten sie nicht zu melden, und die Schwester des Fräulein L. habe diese ordnungsmäßig angemeldet.

Das Kammergericht verwarf die von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Revision mit der Begründung, das Landgericht habe den Begriff der Wohnung nicht verkannt, wenn es unter den obwaltenden Umständen annehme, daß die angeklagten zwölf Hofbesitzer der Kontrollassistentin keine Wohnung gewährt hätten. Mit Recht seien die Angeklagten freigesprochen worden.

Lohnkürzung und Entlassung während des Krieges.

Ein Hausdiener, der seit Beginn des Krieges für verfürzten Lohn gearbeitet hatte und im März d. J. wegen Krankheit entlassen wurde, klagte beim Gewerbegericht auf Nachzahlung der Lohn Differenz. Die Kammer 2 wies diese Forderung des Klägers ab, weil er sich mit der infolge von Arbeitsverminderung erfolgten Lohnkürzung einverstanden erklärt hatte. Die Behauptung des

Klägers, es sei vereinbart worden, daß, solange der gekürzte Lohn gezahlt werde, solle die tägliche Arbeitszeit um 2 Uhr nachmittags enden, hielt das Gericht durch die Beweisaufnahme für widerlegt. — Tatsächlich ist nur kurze Zeit bis 2 Uhr, dann aber länger und schließlich wieder die volle Zeit gearbeitet und der Lohn wieder etwas hinausgeschoben worden, aber nicht auf die volle Höhe. Deshalb glaubte der Kläger Anspruch auf Nachzahlung zu haben, der aber, wie gesagt, abgewiesen wurde, weil der Kläger nach Ansicht des Gerichts mit der Lohnkürzung ohne Vorbehalt einverstanden war.

Die Arbeiterwohnungsfrage durch die Invalidenversicherung.

Die Landesversicherungsanstalten, die verpflichtet sind, einen Teil ihrer großen Kapitalien zu gemeinnützigen Zwecken zu verwenden, haben sich seit einer Reihe von Jahren besonders der Wohnungsfrage zugewandt. Die Förderung dieses Zweiges der Sozialpolitik geschieht dadurch, daß sie unter gewissen Voraussetzungen Gelder an Gemeinden, Vaugenossenschaften und einzelne Versicherte zum Bau von Arbeiterwohnhäusern zu maßigem Zinsfuß hergeben. Bis Ende des Jahres 1914 waren insgesamt 1266 Millionen Mark zu gemeinnützigen Zwecken verwandt. Das Gesamtvermögen der Versicherungsanstalten ist etwa doppelt so groß. Von der angegebenen Summe entfielen Ende 1914 für den Bau von Arbeiterwohnungen 592 Millionen Mark gegen 482 Millionen Mark am Schlusse des Vorjahres. Von der Summe kommt nur ein geringer Teil, nämlich 27 Millionen Mark, auf den Bau von Bedingheimen, wie Herbergen, Gesellenhäusern usw. Von den auf den Bau von Arbeiterfamilienwohnungen entfallenden 566 Millionen Mark erzielten Bau- und ähnliche Genossenschaften 272 Millionen Mark, Gemeinden und Gemeindeverbände 68 Millionen Mark, Versicherte selbst 98 Millionen Mark, Arbeitgeber 17 Millionen Mark. Der Zinsfuß beträgt meist 3 und 3 1/2 Prozent. Einige Versicherungsanstalten geben sich mit einzelnen Personen nicht ab, sondern überlassen die Gelder nur in größerem Umfange an Körperschaften. Reist werden an die Bauart, Einrichtungen usw. der Wohnungen besondere Forderungen gestellt.

Berichtszeitung.

Kriegsschwinder vor Gericht.

Ein dreister Kriegsschwinder, dessen Spezialität es ist, sich in der Uniform eines Sanitätsunteroffiziers im Kaiser-Franz-Regiment umherzutreiben und als solcher allerhand Betrügereien zu begehen, stand gestern in der Person des Kutschers Ernst Schmidt vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist erst vor einigen Monaten von dem gleichen Gericht wegen Betruges auf diesem Gebiete zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der jetzigen Anklage lag folgender Streich zugrunde: Als der Angeklagte eines Tages wieder in der erwähnten Uniform die Lindenstraße entlang bummelte, sah ihn zufällig ein dort wohnender Herr, dessen Sohn als Sanitärer bei dem Franz-Regiment im Felde steht. In der Hoffnung, von seinem Sohn, von dem er lange nichts gehört hatte, Nachrichten zu bekommen, fragte er den angeblichen Kameraden, ob er den Sohn vielleicht kenne, worauf Schmidt, sofort eine Gelegenheit witternd, etwas herauszuschlagen, mit ja antwortete. Darüber aufs höchste erfreut, lud ihn der Herr zu sich in die Familie, wo ihm die höchste Gastfreundschaft erwiesen wurde. Sehr geschickt und raffiniert auf alles eingehend, verstand er sich hier als guter Freund des Sohnes aufzuspielen, mit dem er in St. Quentin gewesen sein wollte. Fragte man ihn nach anderen befreundeten Kameraden, so sagte er einfach, diese seien weggekommen, oder er erzählte zu allgemeiner Belustigung Märchen, wie man den Sohn wegen seines französisch klingenden Namens zuerst für einen Franzosen gehalten und aus dem Quartier beinahe herausgeworfen hätte, wenn er nicht dazwischen getreten wäre. Da er weiter angab, in den nächsten Tagen wieder an die Front zu gehen, bat man ihn schließlich, ein Liebesgabenpaket für den Sohn mitzunehmen. Ein solches wurde denn auch zurecht gemacht und allerlei schöne Sachen hineingepackt, die der Sohn brauchte und die dem Angeklagten sehr willkommen waren u. a.: Vollene Unterhosen, Kattunpfeifen, Zigaretten, sechs Pfund Schokolade usw. Dieses Paket, welches einen Wert von über 50 M. darstellte, holte sich der Angeklagte nachmittags ab, empfing noch die herzlichsten Grüße für den Sohn und verschwand mit seiner Beute auf Rimmerwiederschen. Diese überaus gemeine Handlungsweise ahndete das Gericht mit einer Zusatzstrafe von 1 Jahr Gefängnis.

Advertisement for 'Bezugsquellen-Verzeichnis' (Source Directory) for Berlin-Süden. It lists various businesses such as 'Kaiser-Brikett', 'Allgemein-Vorsch.', 'Bäcker- u. Konditoreien', 'Fleisch- u. Wurstwaren', 'Kaffee-Versand', 'Linoleum, Wachstuche', 'Uhren, Gold', 'S. Fenske', 'Alt-Glienke', 'Neukölln', 'C. Dittmann', 'Ober-Schöneweide', 'Treptow', 'Willi Kärnbach', 'Molkereien', 'Wine, Fruchtsäfte, Lindor', 'E. & M. Leydicke', 'Manteuffelstr. 56', 'Fahrräder, Nähmaschinen', 'Seifen', 'Greiffenius', 'Hüte und Herrenartikel', 'Ruthaus Norden', 'Kolonialwaren, Delikat.', 'A. Lehmann', 'Beerdigungs-Anst.', 'Otto Rengers', 'Wienstr. 28', 'Kolonialwaren, Delikat.', 'A. Lehmann', 'Wienstr. 28', 'Fahrräder, Nähmaschinen', 'Seifen', 'Greiffenius', 'Hüte und Herrenartikel', 'Ruthaus Norden', 'Kolonialwaren, Delikat.', 'A. Lehmann', 'Wienstr. 28'.

Die beste Reklame ist ein Inserat im „Bezugsquellen-Verzeichnis“

Advertisement for M. Schulmeister clothing. It features the text 'M. Schulmeister' in large letters, followed by 'Dresdener Strasse 4 • Kottbuser Tor'. To the right, it lists 'Jackett-Anzüge' (25 M. bis 58 M.), 'Rock-Jacketts' (40 M. bis 78 M.), 'Lüster-Jacketts' (4.50 M. bis 18 M.), and 'Leinen-Kleidung'.

Eine Anklage wegen Lotteriebergehens.

Wegen die Vorstandsmitglieder des Verbandes der Unterbeamten des Deutschen Reiches richtete sich eine Anklage wegen Lotteriebergehens, welche gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde und das lebhafteste Interesse anderer Beamtenvereinigungen erregte. Die Angeklagten wurden beschuldigt, ohne obrigkeitliche Erlaubnis eine öffentliche Lotterie veranstaltet und die Stempelabgabe für die Lose nicht im voraus entrichtet, ferner wissentlich von falschen Stempelabdrücken Gebrauch gemacht zu haben. Der Verband der Unterbeamten umfasst etwa 1100 Mitglieder, die sich über das ganze Reich verbreiten. Dieser Verband veranstaltete „zugunsten seiner Sterbe- und Unterstützungskasse“ bzw. „zugunsten seiner Wohlfahrtsvereinigungen“ im Jahre 1912 und 1913 zwei Lotterien, deren Lose den Vermerk trugen: „Nur für Mitglieder des Verbandes und deren Angehörige“. Von der zweiten Lotterie wurde Abstand genommen, da ein Stempelbetrag von 1100 M. erhoben werden sollte; die bereits verkauften Lose wurden zurückgeliefert. Auf den Losen befand sich ein dem Reichsstempelsteuergeheim nachgeahmter Stempelabdruck, welcher von dem amtlichen Zeichen insofern abwich, als als Umschrift nicht „Stempelfrei“, sondern „Steuerfrei“ steht. Nach Ansicht der Anklagebehörde wird dadurch auf den unbefangenen Betrachter der Eindruck hervorgerufen, daß es sich um amtlich gestempelte Lose handele. — Staatsanwalt Dr. Ortlieb hielt förmliche Anklage, bis auf einen, für schuldig, da die Lotterien als öffentliche anzusehen seien und eine behördliche Genehmigung nicht erfolgt sei. Der Staatsanwalt beantragte wegen Lotteriebergehens je 10 M. bzw. 20 M. und wegen der Gebrauchmachung von falschen Stempelabdrücken (§ 275 des St.-G.-B.) die niedrigste Strafe von je drei Monaten Gefängnis. — Demgegenüber führte Rechtsanwalt Dr. Gelpert u. a. aus: Wenn die Angeklagten gemeint haben, daß der Begriff der Öffentlichkeit ausgeschlossen sei, weil die Lose nur in einem fest abgegrenzten Personenkreise, nämlich unter den Mitgliedern und deren Angehörigen, verbreitet wurden, so haben sie sich in einem Irrtum über strafrechtliche Momente befunden, der sie allerdings nicht schülpe. Dagegen werde der Dolus mit aller Entschiedenheit bestritten. Die Angeklagten haben sich in dem guten Glauben befunden, daß zu diesen Lotterien eine obrigkeitliche Genehmigung nicht erforderlich sei. Dies sei ihnen auf ihr Befragen von einer Bankfirma gesagt worden, die derartige Wohlfahrtslotterien herausgibt. Damit haben sie sich aber nicht begnügt, sondern festgestellt, daß derartige Lotterien, denen die unter Anklage gestellten völlig nachgebildet sind, von verschiedenen Verbänden seit Jahren veranstaltet werden. Aber auch damit habe man sich nicht begnügt, sondern habe von dem früheren Vorsitzenden des Verbandes der Justiz-Unterbeamten, der bereits fünfmal eine solche Lotterie ohne jede behördliche Genehmigung oder Bewilligung ausprobiert, die Auskunft erhalten, daß infolge einer erstatteten Denunziation ihm vom Oberlandesgerichtspräsidenten Spahn eröffnet sei, daß keinerlei Bedenken gegen die Veranstaltung solcher Lotterien auch ohne behördliche Genehmigung vorlägen. Eine ähnliche Auskunft habe der Oberstaatsanwalt in Kiel erteilt. Die Lose seien einfach den Losen des Bundes der Justizbeamten nachgebildet worden, welche den Behörden zur Kritik vorgelegt hätten. Wenn man Leuten, die in dieser Weise ihren guten Glauben bekundet haben und sich auf Präcedenzfälle berufen können, auf drei Monate ins Gefängnis stecken wollte, so müßte sich die Frage aufdrängen, was da aus dem Rechtsbewußtsein werden solle? — Rechtsanwalt Dr. Davidsohn schloß sich diesen Ausführungen an und beantragte die Freisprechung des von ihm verteidigten Angeklagten. Diese erfolgte auch seitens des Gerichtshofes. Im übrigen verneinte das Gericht das Vorliegen eines Vergehens gegen § 275 des St.-G.-B. und verurteilte die Angeklagten nur wegen Lotteriebergehens zu je 10 bzw. 20 M. Geldstrafe und wegen Zuwiderhandelns gegen das Reichsstempelgesetz zu einer Ordnungstrafe von je 5 bzw. 10 M.

**Kaufhaus
Wilhelm Joseph**

Berlin W, Gr. Görtschenstraße 1 • Schöneberg, Hauptstraße 163

Heute und folgende Tage
auf sämtliche Waren

10%

in bar oder
doppelte Rabattmarken

* wenige Artikel ausgenommen.

2 Reden

I
Die Kriegszüge
des Deutschen Reichstags

Von Karl Hildenbrand
Mitglied des Reichstags

II
Die politische Zukunft
Deutschlands und
die Sozialdemokratie

Von Wolfgang Heine
Mitglied d. Reichstags

Beide Reden
wurden am 22. Februar 1915 in einer
öffentlichen Versammlung in Stutt-
gart gehalten.

Preis 50 Pf.
Agitationsausgabe 20 Pf.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 3.

Sobald erschienen:
**Kriegführung
Heer • Flotte**
Militärische Fachausdrücke
Gemeinverständlich erläutert
von
Ernst Däumig.
Preis 10 Pf.

Modewarenhaus M. Grünberg Nachf.

Hauptstraße 17

Schöneberg

am Kaiser-Wilhelm-Platz.

Unser diesjähriger Sommer-Räumungs-Verkauf bietet ganz bedeutende Vorteile.

10%



Trotz der billigen Preise
oder doppelte Rabatt-Marken!!



10%

Konfektion.

Batist-Blusen	2.45	1.95	1.25
Voil-Blusen	11.75	9.50	8.75
Voil- und Stickerei-Kleider	13.50	10.50	7.75
Kinder-Kleider in verschiedenen Größen	3.85	2.45	1.95
Moiré-Jacken	13.50	10.50	8.75
Wasch-Kostüm-Röcke	4.50	3.25	2.45

Waschstoffe.

Musseline, reine Wolle, neueste Muster	1.45	1.10	0.95
Musseline, gute waschbare Ware	0.85	0.68	0.48
Schleierstoffe u. Batiste, modernste Muster	1.50	1.25	0.88

Ein grosser Posten schwarzer Kinderstrümpfe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	0.25	0.30	0.35	0.40	0.45	0.50	0.55	0.60	0.65	0.70	0.75	0.80
Damenschlöpfer, weiß und feine Farben	0.95.											

Wäsche.

Damenhemden, Aohlschluss mit Stickerei	1.85	1.65	1.25
Fantasiehemden, Renford mit guter Stickerei	1.95	1.45	1.25
Nachtjacken mit Langetten oder Stickerei-Volants	2.45	1.95	1.65
Damenbeinkleider, Knie- und Prisenform, mit Stickerei	1.95	1.65	1.25
Weißer Unterröcke aus gutem Stoff, m. breit. Stick-Volants	3.50	2.75	2.25
Kinderwäsche, große Auswahl, zu enorm billigen Preisen.			

Baumwollwaren.

Hemdentuche starkfädig, volle Breite	0.48	0.44	0.38
Luisianatuch Kissenbreite	0.63	0.52	0.45
Wäschtuch feinfädige Ware	0.68	0.58	0.48
Satins neueste Muster	0.95	0.85	0.68
Küchenhandtücher	2.75	2.25	1.65
Stubenhandtücher	4.50	3.25	2.45

Strümpfe u. Trikotagen.

Herren-Makohemden	2.80	2.65	2.10
Herren-Makohosen	2.60	1.75	1.50
Netz-Jacken für Herren, in drei Größen	0.98	0.75	0.53
Damen-Strümpfe extra lang, schwarz u. jederfarbig	0.68	0.50	0.39
Flor-Strümpfe extra lang, schwarz und feinfarbig	1.10	0.95	0.88
Herrenschweißsock, auch für Militär pass.	0.68	0.48	0.35
Kinder-Sweater, beste Qualitäten, jetzt	0.85	0.75	0.63

Bade-Artikel.

Bade-Laken	3.25	2.40	1.95
Frottiertücher	0.85	0.63	0.48
Badeanzüge für Herren	2.75	2.25	1.95
Badeanzüge für Damen	1.95	1.75	1.45
Badeanzüge für Kinder	1.35	1.10	0.85
Frottierthandschuhe u. Selbstpöppchen	0.10	0.08	0.05

Stickerei-Abschnitte (4 1/2 Mtr.) 0.95 0.75 0.68 0.58.

Haus-Schürzen 1.65 1.25 0.95 * Blusen-Schürzen 1.85 1.45 0.95 * Reform-Schürzen 2.45 2.25 1.95

10%

Garnierte Damenhüte sind jetzt bis 50% im Preise ermäßigt!!!

10%

Aus Groß-Berlin.

Der Straßenbahnunfall vor dem Reichsgericht.

Wie gefährlich es ist, auf den Plattformen der elektrischen Bahnen an den durch Aufschrift verbotenen Plätzen zu stehen, lehrt ein Unfall, der sich im Januar 1913 ereignete und jetzt durch ein vom Reichsgericht bestätigtes Kammergerichtsurteil seinen Abschluß gefunden hat.

Der Unfall ereignete sich dadurch, daß der Wagen, der über das Tempelhofer Feld in schneller Fahrt fuhr, an der vor der Ringbahnstation liegenden Kurve schnell bremsen mußte, so daß der Fahrgast, Schneidermeister B. aus Wilmersdorf, der an dem verbotenen Platze der vorderen Plattform des Anhängers stand, einen Fuß vorsetzen mußte, um Halt zu gewinnen, bei dem Einfahren in die Kurve aber einen seitlichen Aus erhielt und nun auf das Pflaster geschleudert wurde.

Das Kammergericht verurteilte die Große Berliner Straßenbahn zu drei Vierteln des Schadens und erkannte somit ein Verschulden beider Parteien an. Das Reichsgericht bestätigte jetzt dieses Urteil und führte in seiner Begründung aus, es habe sich erstens um einen Wagen älterer Konstruktion gehandelt, bei dem die bei den neueren Wagen übliche hintere Berronstange an der Aufstiegswand gefestigt habe; es sei nur ein zum Festhalten und Schutz unzureichender Griff vorhanden gewesen. Ferner biete auch die bekannte Aufschrift, der Platz sei freizulassen, keinen genügenden Hinweis auf die Gefahr, da der Fahrgast der Ansicht sein könne, daß der Platz nur des unbehinderten Auf- und Absteigens wegen freibleiben solle; die Beklagte habe aber für die Gefahren, die sich aus der Beschaffenheit ihrer Wagen ergibt, einzustehen. Andererseits liege aber auch eine Fahrlässigkeit des B. vor, da man bei der Fahrt mit der elektrischen Bahn stets mit Kurven und Stößen rechnen müsse, der B. sich aber an dem offenbar nicht völlig gesicherten Platz aufgestellt habe, ohne auch nur den Versuch zu machen, sich irgendwie, z. B. an der an der Wagenstirnwand befindlichen Griffstange festzuhalten. Darin aber liege ein Außerachtlassen der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt.

Verlegung von Straßenbahnlinien wegen des Baues der Untergrundbahn. Die Straßenbahn in der Moh- und Kurfürstenstraße wird zwischen dem Rollendorfsplatz und der Potsdamer Straße wegen des Baues der Hoch- und Untergrundbahn zwischen dem Gleisdreieck und dem Rollendorfsplatz für die Dauer der Arbeiten gesperrt. Um die Straßenbahnlinien umzulenken, wird die Zietenstraße zwischen der Genthiner und der Bülowstraße ausgebaut und mit einem östlichen und westlichen Anschlusse in der Bülowstraße versehen. Außerdem wird eine südöstliche Kurvenverbindung in der Potsdamer, Ede der Kurfürstenstraße, hergestellt. Es ist deshalb notwendig in der Nacht vom 29. zum 30. Juni von 12 Uhr an in beiden Richtungen die Linien 23, 51, 57, 59, 60, 61, 62, 69, 71, 74, 87, 88, 162 und III über die Lützow-, Genthiner und Mohstraße, den Rollendorfsplatz oder Moh-, Bülow- und Potsdamer Straße, die Linie A von der Plottowstraße an über die Lützow-, Genthiner- und Mohstraße umzulenken. Vom 30. Juni früh an nimmt die Linie A ihren Weg von der Potsdamer, Ede Kurfürstenstraße durch die Potsdamer und Bülowstraße nach dem Rollendorfsplatz. In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli werden von 12 Uhr an die Linien 8, 52 und 91 in beiden Richtungen über die Potsdamer und Bülowstraße umgeleitet. Linie 2 fährt dann nicht durch die Lützow-, Genthiner und Mohstraße, sondern in beiden Richtungen durch die Maagenstraße. Vom 1. Juli an nehmen die Linien 2, 8, 52, 91 und 92 von der Kurfürsten-, Ede Genthiner Straße ihren Weg nicht durch

die Moh-, sondern durch die Zieten- und Bülowstraße nach dem Rollendorfsplatz, Linie 2 nach der Potsdamer Straße.

Sechs Feuerwehrleute verunglückt.

Bei der Bekämpfung eines Brandes, der auf dem Lagerplatz in der Hohrechstr. 54 in Neukölln ausgebrochen war, sind am Mittwochabend sechs Mitglieder der Neuköllner Feuerwehr schwer zu Schaden gekommen. Auf dem erwähnten Lagerplatz war infolge der herrschenden großen Hitze ein mit Salpetersäure gefüllter Ballon geplatzt, die Säure entzündete sich und das Feuer pflanzte sich auf die Strohballen mehrerer anderer mit Säuren gefüllter Gefäße fort. Der hinzugerufenen Neuköllner Wehr gelang es zwar, den Brand auf seinen Herd zu beschränken und insbesondere die Explosion weiterer Ballons zu verhindern, doch wurden die Arbeiten der Wehr dadurch außerordentlich erschwert, daß der ganze Platz mit giftigen Gasen angefüllt war. Obwohl drei Rauchhelme zur Verfügung standen, erkrankten sechs Feuerwehrleute unter der Einwirkung der Gase schwer. Fünf von ihnen mußten sogar nach dem Budower Krankenhaus geschafft werden, während der sechste nach seiner Wohnung gebracht werden konnte. Lebensgefahr besteht glücklicherweise bei keinem der Verunglückten.

Wiedereröffnung der Heilmstätte Blankensfelde.

Das Kuratorium der städtischen Heilmstätten hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, zum 1. Juli 1915 die Heilmstätte in Blankensfelde wieder zu eröffnen, und zwar für Frauen und Mädchen vom 12. Lebensjahre ab mit geschlossener Tuberkulose, Nervenschwäche und Blutarmut, wenn nach dem ärztlichen Gutachten die Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit zu erwarten ist. Formulare zum ärztlichen Attest und zwar für die an Tuberkulose Erkrankten in roter Farbe, für die anderen Kranken in weißer Farbe, sind im Heilmstätten-Bureau, Stralauer Str. 44/45, 2. Obergebaude II, während der Dienststunden von 8-3 Uhr unentgeltlich zu haben. Dort findet auch an einem noch zu bestimmenden Tage jeder Woche in zweifelhaften Fällen eine kostenfreie ärztliche Untersuchung der lungenkranke Personen statt, zu welcher die Patienten besonders vorgeladen werden. Die Benutzung des Fahrstufes zum Bureau ist unentgeltlich.

Die Umgestaltung des Untergrundbahnhofs Rollendorfsplatz.

Der Hochbahngesellschaft ist bekanntlich die Genehmigung zum Bau und Betrieb einer Schnellbahn vom Gleisdreieck durch die Tauentzien- und die Kleiststraße, über den Rollendorfsplatz und durch die Mohstraße erteilt. Die Strecke bis zum Wittenbergplatz ist fertig gestellt und in Betrieb genommen. Nunmehr soll die Reststrecke hergestellt werden. Dazu gehört auch der auf dem Rollendorfsplatz und in der Mohstraße unterirdisch anzuordnende Gemeinschaftsbahnhof, der auch die Schöneberger Untergrundbahn aufnehmen soll. Für die glatte Abwicklung des Zu- und Abgangsverkehrs zum und vom Gemeinschaftsbahnhof und dem alten Bahnhof der Hochbahn sollen unter Befestigung der vorhandenen Fahrartenklassen und Bahnsteigsperrern neben dem bestehenden Bahnhof Vorbauten hergestellt werden, in denen der gesamte Fahrkartenverkauf und die Bahnhofsperrere untergebracht werden sollen. Im Zusammenhang damit sollen auch die gärtnerischen Anlagen neu gestaltet werden. Berücksichtigt ist ferner auch die Anlage einer Bedürfnisanstalt. Nachdem der Ausschuss gegen Verunfaltungen sowie die verstärkte Tiefbau- und Verkehrs-Deputation in Charlottenburg ihre Zustimmung gegeben haben, bringt der Magistrat der Stadt Charlottenburg nunmehr den Entwurf der Vorbauten zur Kenntnis der Stadtverordnetenversammlung.

Der kaufmännische Direktor der städtischen Elektrizitätswerke.

Der Magistrat nahm in seiner gestrigen Sitzung die Wahl des kaufmännischen Direktors der städtischen Elektrizitätswerke vor. Es standen eine Anzahl Bewerber aus verschiedenen industriellen Be-

trieben zur Wahl. Die Wahl fiel auf den Oberingenieur und Profuristen der Siemens-Schubert-Werke Karl Coning, der zurzeit Leiter der Zentraleinkaufsstelle für die sämtlichen Werke des Siemens-Schubert-Konzerns ist.

Ausschuß für Konfektionsnotarbeit.

Ueber eine Million Mark Löhne an die Heimarbeiterinnen Groß-Berlins hat seit Beginn des Krieges der im Herbst des letzten Jahres unter dem Vorsitz der Frau Staatsminister Sydow begründete Ausschuß für Konfektionsnotarbeit bereits gezahlt. Der Ausschuß, dessen geschäftliche Leitung in den Händen der Herren Bernhard Raß, Handelsrichter Albert Kirchstein, Geh. Regierungsrat Siefert vom Reichsamt des Innern und des Geschäftsführers Wirklichen Geh. Oberregierungsrats Neumann vom Ministerium für Handel und Gewerbe liegt, gewährt zurzeit noch rund 1600 Heimarbeiterinnen regelmäßig Arbeit. Daneben ist in dem Betriebe des Unternehmers auch eine größere Zahl kaufmännischer und gewerblicher Angestellter tätig, die bei Ausbruch des Krieges ihre Stellung verloren hatten.

Von einem Polizeibeamten erschossen.

Der 50 jährige Landwirt Schüler aus Markgrafsriede war mit Bekannten aus demselben Orte nach Hangelberg gegangen, um dort in der Spree zu angeln. Die Angler wurden von dem Polizeiergeanten Kubner aus Fürstentwale, der sich auf einem Dienstgange befand, überrascht. Der Beamte verlangte die Vorzeigung der Angelfarte und wollte, als ihm ein solcher Ausweis nicht vorgelegt werden konnte, die Persönlichkeiten der Männer feststellen. Hierbei kam es zu erregten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf er aus seinem Dienstrevolver einen Schrotschuß abgab. Als darauf der Landwirt Schüler mit einem Stod auf R. losging, gab der Beamte einen Schuß ab, der dem Angreifer in den Unterleib drang, so daß der Betroffene nach kurzer Zeit starb. Der Polizeiergeant behauptet, sich bei Abgabe des Schusses in der Notwehr befunden und nur die Absicht gehabt zu haben, den Sch. kampfunfähig zu machen.

Größere Vorsicht im Straßenverkehr.

Unfälle im Straßenbahnverkehr sind seit einiger Zeit auf der Tagesordnung. Kürzlich wurde in einem Berliner Blatt das Ueberhandnehmen von Straßenunfällen auf ungenügend geschultes Fahrpersonal zurückgeführt. Inwieweit diese Behauptung richtig ist, können wir nicht nachprüfen. Jedenfalls dürfte die Mahnung an die Passanten und Fahrgäste sowohl wie auch an die Kutscher von Privatfahrzeugen und Fahrer der Straßenbahn, größere Vorsicht zu üben, am Platze sein.

Am Potsdamer Platz wollte gestern, nachmittags gegen 1/4 Uhr, der 20jährige Ernst Hagedorn auf einem Dreirad kurz vor einem in der Richtung nach Friedenau verkehrenden Straßenbahnwagen der Linie 66 das Gleis kreuzen. Dabei hatte er das Herannahen eines Straßenbahnwagens der Linie 40 aus entgegengesetzter Richtung übersehen. Er wurde von diesem Bahnwagen angefahren und umgestoßen. Bei dem Sturz auf das Straßenpflaster erlitt er eine Quetschwunde am rechten Bein. Er erhielt auf der nahen Unfallstation einen Notverband und wurde nach der Wohnung gebracht.

Ein Zusammenstoß eines Brauerwagens mit einem Straßenbahnwagen ereignete sich am Donnerstagabend gegen 7 Uhr am Kottbusser Damm. Ein aus der Voedstraße kommender Wagen der Brauerei Hapoldt fuhr gegen einen aus Neukölln herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 28E. Bei dem Anprall wurden die Seitenwände des Bahnwagens zertrümmert, am Brauerwagen die Deichsel zerbrochen. Zwei Insassen des Triebwagens wurden leicht verletzt.

Was im Gemeindebureau geraten wurde.

Auf dem Gemeindeamt in Kahnsdorf wurden der Frau eines in den Siemens-Schubert-Werken beschäftigten Drehers dieser Tage recht sonderbare Ratschläge erteilt. Da der Ehemann von 7 Uhr morgens bis 8 1/2 Uhr abends — laut Bescheinigung — im

Vom nordöstlichen Kriegsschauplatz.

In den Schützengräben an der Dubissa. — Quartier in Jurborg.

Jurborg, 30. Juni 15.

Bevor wir Rossien verliehen, machte ich noch den in der Synagoge internierten russischen Gefangenen einen Besuch. Die Leute waren fidel und sahen sehr gut aus. Es waren vorwiegend junge Menschen. Ungefähr zwanzig drängen sofort zur Tür hin, wo ich stehen blieb und in das ziemlich bunte und laute Getriebe hineinschaute. Unter den Leuten, die mich umringen und Neugierigkeiten hören wollen, ist auch ein junger Bursche, auf dessen Brust vier Medaillen hängen. „Er will seine Orden zeigen“, sagt jemand. — „Was sind das für Orden?“ frage ich. Ein russischer Pole, der gut deutsch spricht, bezieht sich die Medaillen, auf die der Besitzer mit einem glücklichen Lächeln herabschaut, das doch ins Verlegene hinüberspielt, als der Pole etwas spöttisch sagt: „Die sind von der Kaisergeburtstagsfeier,“ und als die ganze Gesellschaft den Medaillenmann auslacht, der schließlich in die allgemeine Heiterkeit mit einstimmt. Auf weitere Fragen an den Polen höre ich, daß er schon früher vier Jahre lang in Deutschland als Land- und Fabrikarbeiter tätig war. Hätte er den Ausbruch des Krieges geahnt, wäre er sicher vorher wieder nach Deutschland gegangen, um der Dienstpflicht im russischen Heere zu entgehen. „Ich möchte später nicht an Ausland ausgeliefert werden, ich wünsche sehr in Deutschland bleiben zu können, ich und noch viele meiner Landsleute. Nur nicht nach Rußland zurück, wenn wir erst in Deutschland sind. . . .“ Dergleichen Äußerungen vernahm ich oft bei Gefangenen. Es sprach daraus aber niemals Haß gegen das russische Volk, sondern nur Furcht vor den Gewalttätigen. Von den gleichen Gefühlen sind übrigens auch die von russischer Willkür drangsalirten Deutschen und Juden befeelt. Ich höre aus ihren Klagen fast immer einen starken Anterton von Liebe zu Rußland und ihrer Heimat.

Nach kurzer Fahrt über schlechte Wege, bei der zwei Postenketten passiert werden müssen, haben wir die deutschen Stellungen bei N. an der Dubissa erreicht. Die Straßen, die zu den Stellungen führen, sind alle scharf bewacht, um Spionage zu verhindern. Aus demselben Grunde sollen nun alle Zivilisten aus den Ortschaften unmittelbar an der Front bis hinter die Besatzungszone zurückgeschoben werden.

Deute ist es merkwürdig ruhig an der Front. Hauptmann v. B., der uns durch die Schützengräben führt, versichert uns, daß er solche Ruhe wie heute noch nicht erlebt habe. Es treffe sich aber gut so, denn gerade heute sei damit begonnen worden, zugewiesene Leute einen dienstfreien Tag zu gewähren. — Wie ich sehe, benutzen die dienstfreien die Zeit dazu, sich zu säubern, Sonnen- und Wasserbäder zu genießen, Kleider in Ordnung zu bringen, Briefe zu

schreiben usw. Einige von ihnen haben sich auf die Jagd begeben; nicht mit dem Gewehr, sondern mit Wasser, Seife und Feuer. In der Kompanie-Entlausungsanstalt frönen sie ihrem Jagdeifer. Die Einrichtung hinter dem Schützengraben ist zwar einfach, aber zweckdienlich genug, um wenigstens die dringendsten Bedürfnisse befriedigen zu können. Ein draußen errichteter niedriger Ziegelsteinofen, von drei Seiten durch Wände aus Reisig und Lannen- zweigen gegen Wind geschützt, das Dach aus demselben Material. Ein großer Waschtisch zum Aufnehmen der „lebensigen“ Kleider. Dann noch eine Tonne ohne Boden und mit abnehmbarem Deckel, der auf der Innenseite mit Galen versehen ist. In diese werden die Hemden, Hosen usw. aufgehängt, dann setzt man die Tonne auf den Kessel. Der aufsteigende Wasserdampf befreit die Kleider und ihre Bewohner. So wird mit kleinen Mitteln manchem Geplagten eine große Wohlthat erwiesen: „Für eine Entlausung will ich zwei Tage fasten,“ sagte mir einer von denen, die sich gerade von ihrer „Eingurierung“ befreit hatten, und ich verstehe das Motto, das in einer anderen Entlausungsanstalt dem Eintretenden in die Augen fällt: „Hölle, wo die Läuse braten, ist der Himmel für Soldaten.“

Ich bewundere die saubere Arbeit, die bei dem Aufwerfen und Ausbauen der Schützengräben geleistet worden ist, bedauere nur, daß sie nicht schon friedlicher Tätigkeit gewidmet sein könnte. . . . Gestern haben die Russen fast den ganzen Tag wie toll geschuert. An verschiedenen Stellen der Front kam es auch zu blutigen Zusammenstößen. Heute fiel hier noch kein Schuß. Hauptmann v. B. findet keine Erklärung für die auffallende Pause in der Munitionsverfäuerung auf Seiten der Russen. Ueberall begegnet man dem Spielen mit der Gefahr. Nun auch hier. Einige Leute promeniieren ganz ruhig, gerade als gäbe es keinen feindlichen Schützen und keine tobdringenden Angeln, hinter den Schützengräben auf und ab, suchen von höheren Punkten aus zu ergründen, was dort drüben los ist.

Das Dubissial trennt die gegnerischen Schützengräben auf nur geringe Entfernung. In einer Stelle sind es kaum dreißig Meter. Die deutsche Stellung ist so angelegt, daß nach meiner Ansicht ein Mann in aller Ruhe mindestens zwanzig anstürmende Russen niederschützen könnte, ehe einer von diesen die Hindernisse vor dem Graben überwinden hätte. Es ist daher erklärlich, wenn der Hauptmann versicherte: „Die Stellung ist unnehmbar.“ — Ich erkundigte mich bei den Mannschaften nach ihren Wünschen; Urlaub möchten sie haben, um schnell ihre Adressierkarte etwas in Ordnung bringen zu können. — Es bleibt drüben ruhig, keine Spur von Leben ist zu entdecken. Nur aus der Ferne bringt der Schall einiger Schüsse herüber. Hier fällt kein Schuß. Wir verweilen stundenlang bis nachmittags, aber die Russen säiden keine „Gruch“ herüber. — Heute wollen wir nach Jurborg. Die 70 Kilometer bis dorthin müssen meistens auf Sandwegen zurückgelegt werden. Ohne Aufenthalt passieren wir Rossien. Bei der Durchfahrt bemerke ich folgenden Vorfall: Ein Soldat hat anscheinend den Auftrag, einige Einwohner zusammenzuholen, die irgendeine Arbeit verrichten sollen. Jedes Mal, wenn der Soldat sich umdreht oder fortgeht, um Leute heranzuholen, verschwinden andere mit blitzartiger Geschwindigkeit. Auf einmal steht der Soldat ganz allein da, auf leerer Straße. . . . Zweimal bleibt der Wagen im Sande

steden; einmal mitten in einem herrlichen gemischten Wald. Die hohen Nichten wurden noch übertrag durch eigenartig schlank aufgeschossene Nichten- und Hornbäume. Ziemlich spät erreichten wir Jurborg und fanden dort Quartier in einem ehemaligen „Hotel“. Unser Zimmer war mit einigen Gasthaustischen und -stühlen, einer Matratze und einer Art Sofa ausgestattet. Ein feines Quartier, nachdem was man hier gewohnt wird! Ueberdies war es noch sauber — verhältnismäßig natürlich — und außerdem überließ uns die polnische Wirtin, die immer von drei oder vier kleinen Kindern umgeben war, eine mit klarem Wasser gefüllte Waschkübel. Als sie am anderen Morgen auf unsere Bitte auch noch Kaffee, Milch, Brot und Butter vorsetzte, fühlten wir uns so wohl wie Prinzen. . . . Jurborg macht mit seinen breiten, geraden, ziemlich rein gehaltenen Straßen einen viel freundlicheren Eindruck als Rossien. Ein besonders reizendes Bild boten heute am Sonntag die vielen zur Kirche wandernden polnischen Frauen und Mädchen in ihren bunten Röden und hellen Tüchern. Weinade jede Kirchgängerin hatte einen in leuchtenden Farben prangenden Blumenstrauß in der Hand. Am Kircheneingang staut sich die Menge. Die wenigen Männer, sehr einfach gekleidet, sind sehr höflich gegen die Frauen. Ein Mann von vielleicht 40 Jahren läßt einer älteren schlichten Frau die Hand, dann läßt er sie voraus in die Kirche gehen. — Wir fahren auf einem Motorboot zum Kriegsschauplatz bei L. Welch ein Leben! — Erspartruppen kommen an, Munition wird an Land geschafft, ferner Lebensmittel, vor allem Mehl für die Feldbäckerei in größerer Menge. Es ist aus Deutschland herangeschafft worden. Aus einem Lastkahn bringen Gefangene ganze Wagenladungen von Brot an Land. Ein anderer Kahn ist mit Konserven beladen; er harrt noch der Lösung, um nachher mit Deutestücken beladen zu werden. Verletzte finden Aufnahme in zwei dort liegenden Lazarett-schiffen. Aus den Schiffen bringt lustiger Gesang mit Mandolinenbegleitung heraus: „Wenn ich komm, wenn ich komm, wenn ich wiederum komm. . . .“ Auf den Bahnen haben es sich einige Verwandte in aufgestellten Stühlen bequem gemacht; sie plaudern und lesen. Jemand sagt zu einer Pflegerin: „Kräulein. . .“ Sie lacht und erwidert: „Kräulein, die Anrede habe ich lange nicht gehört.“ Ich frage: „Sind die Verletzten nicht wehmütig gestimmt?“ — „Nein, im Gegenteil, sie sind lustig und aufgeräumt. Nicht wahr?“ fragt die Schwester einen Landwehrmann, der einen Schuß in den Oberarm erhalten hat. „Über gewiß,“ lautet die Antwort, „hier ist's doch zum Aushalten.“

In Jurborg finden wir noch knapp Zeit, das von der polnischen Wirtin bereitete Mittagessen — die zweite, etwas verstärkte Auflage des Kräftstücks — einzunehmen. Die wohl über Erwarten reichliche Bezahlung macht die Wirtin noch dienstfertiger; sie will pöden helfen und holt noch einmal frisches Waschwasser, als wir schon die Handschuhe angezogen haben. Die Sanbwüste bis zur Grenze zwang uns noch einige Male, den Wagen zu schieben. Als wir bei Schmallingen über die Grenze kamen, konnten wir im Auto in dreifach gesteigerter Geschwindigkeit weiter fahren. Drüben bekamen wir manchen ordentlichen Sandspriher; jezt flog das Auto ungehindert über die feste Bahn dahin. Es ist doch ein gewaltiger Unterschied zwischen Rußland und Deutschland! D u e II, Kriegsberichterstatter.

Aus den Gemeinden.

Ausbleibende Bestätigung und Lebensmittelinterpellation in Neufölln.

In der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstagmorgen richtete vor Eintritt in die Tagesordnung Stadtd. Grogger (Soz.) an den Magistrat die Anfrage, wie weit die vom Rechnungsausschuss vor etwa acht Wochen beschlossene Denkschrift über die Einwirkung des Krieges auf die Finanzwirtschaft der Stadt gebunden sei und wann diese den Stadtverordneten unterbreitet werde. Bürgermeister Dr. Weirich gab die überraschende Erklärung ab, daß die Denkschrift zwar fertig sei, der Magistrat aber die Beratung derselben bis zur Rückkehr des Oberbürgermeisters in sein Amt vertagt habe. Dagegen erhob der Antragsteller Einspruch, da das um so weniger als ausreichender Grund anerkannt werden könne, als man nicht wisse, wann der schon fast ein Jahr franke Oberbürgermeister die Dienstgeschäfte wieder aufnehmen werde. Die in Frage kommende Materie sei aber von so hoher Wichtigkeit, daß die schnelle Klärung über die wirtschaftliche Zukunft Neuföllns nicht hinausgezögert werden dürfe. Der Bürgermeister antwortete darauf, daß Oberbürgermeister Kaiser seinen Dienstantritt zum 1. Juli angetündigt habe. Weiter befragte Stadtd. Grogger (Soz.) den Magistrat, ob er Kenntnis davon habe, warum die bereits am 28. Januar gewählten Schuldeputationsmitglieder Dr. Silberstein und Wühlh noch nicht bestätigt seien. Das sei um so auffälliger, als anderweitig die Bestätigungen sehr schnell erfolgten. Der Bürgermeister konnte darauf nichts weiter mitteilen, als daß die Angelegenheit an den Minister selbst weitergereicht sein soll.

Gegen die Mitteilung des Magistrats, daß er auch diesmal von der Eintragung der Stadt in die Wählerliste Abstand nehmen wolle, polemisierte Stadtd. Abraham, indem er die Kompetenz der Versammlung bezweifelte, dazu irgendwelche Stellung zu nehmen. Das möge der Magistrat machen, wie er denke. Im übrigen sei wohl in diesem Jahre die Aufstellung der Wählerliste, da keine Wahl stattfindet, zu umgehen. Bürgermeister Dr. Weirich erklärte, der Magistrat habe es für wünschenswert gehalten, davon Mitteilung zu machen, daß er im Interesse des Bürgerfriedens so, wie angegeben, verfahren wolle. Die Aufstellung der Wählerliste müsse nach den gesetzlichen Vorschriften in jedem Jahre erfolgen. Letzterer Auffassung pflichtete auch Stadtd. Scholz (Soz.) bei, der die Mitteilung des Magistrats als durchaus wünschenswert bezeichnete und diesen ersuchte, der Versammlung immer in solchem Falle Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Der Errichtung eines Sparfassengebäudes an der Ecke der Gunglhofer- und Richardstraße wurde nach kurzer Debatte zugestimmt. Die Kosten des Projekts sind mit 1105000 M. veranschlagt. Ohne Widerspruch genehmigt wurden ferner: die gärtnerische Ausgestaltung des Platzes XII im neuen Wohnviertel der Köllnischen Heide; die Errichtung einer Sulfatanlage mit Salzsäure und einer Gasmoschanlage auf dem Gaswerk; der Bau einer Fußgängerbrücke nach der Abtei-Insel; weitere 4000 M. für den Jubiläumssportplatz; die Verstärkung der Deputation für das Turn- und Badewesen um einen neuen Bürgerdeputierten, der aus der Zentral-Kommission der Krankenassen zu entnehmen ist.

Die erneut der Versammlung unterbreitete Gebührenordnung für die Stadtienerwässerung entfielte wieder eine umfangreiche Debatte, in der u. a. Stadtd. Thuzow (Soz.) die Bestimmung bekämpfte, daß die Stadtgemeinde befugt sein soll, zur Deckung des Bedarfs einen Zuschuß an Kammereinnahmen zu leisten. Die Gebühren müßten so bemessen werden, daß die Kosten der Kanalisation damit gedeckt werden könnten. Die Versammlung lehnte aber einen dahingehenden Antrag ab und stimmte dem Entwurf unbedeutend zu. Sodann wurde die bereits veröffentlichte Lebensmittelinterpellation unserer Genossen verhandelt. Stadtd. Scholz (Soz.) begründete dieselbe in großen Zügen, indem er auf die durchaus verfehlten Maßnahmen der Regierung hinwies. Er kritisierte die viel zu hoch festgesetzten Höchstpreise für Getreide, bemängelte das Fehlen von Höchstpreisen für Mehl und machte auf die ungeheuren Gewinne der Zwischenhändler aufmerksam. Redner kritisierte weiter die zum Schutze der Judeninteressen getroffenen Regierungsmassregeln, die ebenfalls zur Verlierung dieses so reichlich in Deutschland vorhandenen Produkts geführt hätten. Er ging dann noch auf die enormen Fleischpreise ein und verlangte sofortige Festsetzung von Höchstpreisen. Zum Schluß verlangte Redner, daß vor allen Dingen bei der neuen Verteilung der Lebensmittel mögliche Höchstpreise eingeführt und den Konsumenten ein größerer Einfluß eingeräumt werde.

Diese allgemein anerkannten Mißstände veranlaßten aber den Juristat Jakobson (Komm.-Politik.) zu einer Rede, in der er die ganze Schuld den Statistikern in die Schuhe schob. Diese Ausführungen veranlaßten den Bürgermeister Dr. Weirich, die Ausführungen unseres Redners zu unterstützen und auf die ähnlichen Bestrebungen des Deutschen Städtebundes hinzuweisen. Nachdem noch Gen. Klöck in recht humoristischer Weise die Kenntnisse des Herrn beleuchtet hatte, trat dieser mit einer sehr unglücklichen Erklärung den Rückzug an. Die Interpellation wurde dann der Lebensmittelkommission zur weiteren Erledigung überwiesen.

In der geheimen Sitzung verlangten unsere Vertreter noch einen Bericht über die kommunale Lebensmittelversorgung. Derselbe soll in einer der nächsten Sitzungen gegeben werden. Es war nicht möglich, auch diese Angelegenheit in öffentlicher Sitzung zu verhandeln, da die Absicht bestand, die ganze Lebensmittelfrage in der geheimen Sitzung zu verhandeln. Nur dadurch, daß sich unsere Vertreter mit der Behandlung der kommunalen Dinge in der geheimen Sitzung einverstanden erklärten, war es möglich, die öffentliche Verhandlung der Reichsmassnahmen zu erreichen.

Die Schrippe in den Vororten.

Kürzlich teilten wir mit, daß der Landrat des Kreises Teltow die Genehmigung zur Herstellung von Weizengebäd in Gewicht von 50 Gramm nicht erteilt habe. Wie der Landrat jetzt mitteilt, ist der Wunsch geäußert worden, das Einheitsgewicht für Weizengebäd von 75 auf 50 Gramm herabzusetzen. Diesen Wunsch will der Landrat nähertreten, wenn kein Widerspruch erfolgt.

Auch im Kreise Riederbarnim scheint noch ein großer Widerstand gegen das 50-Gramm-Gewicht vorzuherrschen. So wird aus Weirich mitgeteilt, daß einige Bäckereien, die in diesen Fragen gleichgültig mit Berlin vorgehen wollten, die Herstellung solcher Backwaren unterbrechen mußten. Eine Anzahl von Anzeigen ist bereits gegen die Schuldigen ergangen.

Es wäre doch wünschenswert, daß sich auch die Vororte Groß-Berlins zur Herstellung von Weizengebäd im Gewicht von 50 Gramm entschließen würden.

Keine Arbeitsvermittlung für kaufmännische Angestellte.

Das Kaufmannsgericht Charlottenburg hat in seiner Gesamtsitzung vom 23. Juni 1915 auf Ersuchen der Deputation für den Arbeitsnachweis unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Landsberger und in Anwesenheit des Deputationsvorsitzenden Stadtrats Professor Dr. Erdelag ein Gutachten über die Errichtung einer Abteilung für kaufmännische Angestellte bei dem städtischen Arbeitsnachweis erstattet. Das Kaufmannsgericht Charlottenburg empfiehlt nicht die Errichtung einer derartigen Abteilung.

Änderung der Miets-Unterstützungen in Tempelhof.

Bei der in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung geforderten Neubewilligung von Mitteln für die Mietsunterstützung (100 000 M.) beantragte die Unterstützungskommission, die Beihilfen vom vorigen Jahre dahin abzuändern, daß die mehrfache Staffelung in bezug auf die Kinderzahl aufgehoben werde. Vom 1. Juli ab sollen 3 M. bei einem Kinde und 4 M. bei mehreren

Betriebe beschäftigt ist und die Eheleute mit den Brotkarten nicht ausreichen, wurde die Frau im Bureau der Brotkommission vorläufig zwecks Erlangung einer Zusatzbrotkarte. Die Frau gibt nun an, daß ihr der die Karten verabfolgende Beamte allerlei Mißhandlungen und Verhaltungsmaßregeln erteilt habe. Zunächst sei ihr gesagt worden, daß sie ihrem Mann Suppen kochen müsse, wenn das Brot nicht ausreiche. Auf den Einwand der Frau, daß sie ihrem Mann natürlich warmes Essen koche, daß es im Betriebe aber doch nicht so einfach sei, sich ohne genügend Brot zu ernähren, habe der Beamte geantwortet: ihr Mann müsse eben nicht so viel essen; das viele Essen sei nur Angebottheit. Auch der Gemeindevorsteher habe gesagt, daß, wenn der Mann so lange arbeite, er auch viel verdienen müsse. Die Frau meint, daß die eigenartige Abfertigung auf einem Gemeindebureau sie in eine gereizte Stimmung versetzen mußte. Hätte man ihr erklärt, daß sie aus bestimmten Gründen keine Zusatzbrotkarte bekommen könne, so hätte sie sich begeben. Das ihr zuteil gewordene sonderbare Frage- und Antwortspiel müsse sie indessen als unwürdig empfinden. Dieser Auffassung habe sie Ausdruck gegeben, worauf ihr der Gemeindevorsteher in energischem Tone die Tür gewiesen habe.

Daß die Bedürftigkeitsfrage bei der Verabfolgung von Zusatzbrotkarten gewissenhaft geprüft wird, ist den betreffenden Behörden durch Verordnung zur Pflicht gemacht. Wir glauben jedoch, daß es nicht zu den Obliegenheiten eines Beamten gehört, Antragsteller, so wie es hier geschehen ist, zu sein, mit überflüssigen Verhaltensvorschriften zu behelligen.

Geschäftsstatistik der Arbeitslosenfürsorge Berlins

für die Woche vom 7. bis 13. Juni 1915.

1. Bei den 33 städtischen Geschäftsstellen sind 335 Gesuche eingegangen; es wurden abgelehnt 72, an die Landesversicherungsanstalt Berlin verwiesen 24, bewilligt 212. Ausgeschlossen aus der Unterstützung (überwiegend wegen Wiederertrags in Arbeit oder Erwerb) sind 156 Personen. 406 männliche und 3864 weibliche Personen bezogen Unterstützung im Gesamtbetrag von 17 700 M., davon je 4 M. 3650 Personen, je 5 M. 620 Personen.

2. Von der Stadt wurden an 927 Mitglieder von 15 Arbeiter- und Angestellten-Organisationen, die selbst jagungsgemäß Unterstützung gewähren, Zuschläge im Gesamtbetrag von 3 114,86 M. gezahlt. Hiervon trafen auf die freien Gewerkschaften 879 Mitglieder mit 2 989,46 M. (und zwar Metallarbeiter 437,20 M., Holzarbeiter 717,45 M. usw.)

3. Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat von 21 388 bei ihr überhaupt bis 12. Juni 1915 eingegangenen, teils von den städtischen Unterstützungskommissionen ihr überwiesenen, teils von den Organisierten ihr eingereichten Gesuchen 15 116 genehmigt. Gegenüber der Vorwoche sind hinzugekommen 4 Personen. In der Berichtswoche sind 1118 M. an 170 Personen gezahlt worden.

Sprachreinigung.

Fremdworte durch gute deutsche Worte zu ersetzen, ist an sich ein löbliches Bestreben, wenn es in den nötigen Grenzen bleibt. Es gibt in der Tat viele Leute, die sich ohne ein paar Duzend Fremdworte gar nicht behelfen können. Andererseits ist es auch vom Nebel, unter allen Umständen jedes Fremdwort zu vermeiden und oft den Sinn in der häßlichsten Weise zu entstellen. Berichtet haben wir schon von dem Bestreben des Polizeipräsidenten, Fremdworte auf Geschäftskarten durch gute deutsche Worte zu ersetzen. Besonders viele Fremdworte werden in der Konfektion gebraucht. Zahlreiche Stoffe sind weiten Kreisen nur in fremder Sprache bekannt und eine hiesige große Konfektionsfirma machte kürzlich den Versuch, für verschiedene bekannte Stoffarten, sowie für die Worte „Saison“ und „Konfektion“ durch ein Preisauschreiben gute deutsche Bezeichnungen zu erhalten. Das Ergebnis dieses Preisauschreibens war, daß fünf Worte mit Preisen bedacht wurden.

Ob diese Worte sich einleihen werden, ist fraglich, denn nach dem Kriege werden manche Worte und manche Bezeichnungen wiederkehren, die man heute durchaus vermeiden will. Das von der oben erwähnten Konfektionsfirma eröffnete Preisauschreiben hat eine riesige Arbeit verursacht wenn man bedenkt, daß nicht weniger denn 55 410 Lösungen eingegangen waren, und die mit der Aufgabe des Preisrichteramtes betrauten Personen waren wirklich nicht zu beneiden.

Wie wir hören, hat die genannte Firma sich auf Grund zahlreicher Zuschriften und Wünsche aus dem Publikum zu der sehr mühseligen Aufgabe der Verdeutschung einer Reihe in der Konfektionsbranche geläufiger Worte entschlossen, was wir gegenüber verschiedenen kritischen Bemerkungen über das Ergebnis gern mitteilen wollen.

Feuer im Spandauer Artilleriedepot.

Ein Schadenfeuer entstand gestern in den frühen Morgenstunden in einem Schuppen des Artilleriedepots in Spandau. Die Ursache ist mitgeteilt, ist die Ursache des Brandes unbekannt. Der Materialschaden ist nicht bedeutend.

Beim Diskuswerfen wurde gestern Abend auf dem städtischen Sportplatz an der Schönhauser Allee ein junger Mann namens W. K. von einem Diskus so schwer an der Stirn getroffen, daß er in sehr bedenklichem Zustand nach der Unfallstation in der Gaudystraße gebracht werden mußte.

Das Unterstützungskomitee für bedürftige Russen, Steglitzer Straße 12, zeigt an, daß es seine Tätigkeit am Freitag, dem 25. Juni abends, eingestellt hat, weil ihm weitere Mittel von der Spanischen Postbank, der die Vertretung der Interessen der in Deutschland zurückgebliebenen Russen obliegt, nicht zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Bureaus bleiben daher vom 28. Juni ab geschlossen.

Die Adlershofer Parteigenossen haben den Verlust eines braven Mitkämpfers zu beklagen: Robert Meil, der unermüdet tätig war und über zehn Jahre als Funktionär für die Organisation arbeitete, ist jetzt auf blutiger Bahnhaut gefallen. Die Adlershofer Arbeiterkassen wird dieses unerwartlichen Kampfers ehrend gedenken.

Kleine Nachrichten. Die Ehefrau M. aus der Ederstraße wurde vorgestern nachmittags von ihrer Tochter im Bodenverklag erhängt aufgefunden. — Ein Leiden beunruhigte die 75 Jahre alte Witwe M. vom Planufer Hand an sich zu legen. Die Greisin erhängte sich in ihrer Wohnung und war auch schon tot, als man sie auffand. — Weiter vornmittags sprang ein Mann vor dem Hause Gütshiner Str. 104 in den Landwehrkanal, konnte aber noch lebend herausgeholt und nach dem Kranlenhaus in der Gütshiner Straße gebracht werden. — Am Grab seiner Frau erschossen hat sich ein Vater aus der Jagowstraße. — Aus der Spree gelandet wurde ein Tunnel in Trepow die Leiche eines unbekanntes Namens von etwa 25 Jahren. Der Entnommene ist etwa 1,60 Meter groß und schwächlich gebaut, hat dunkelblondes Haar und einen Anflug von Schnurrbart und trug eine schwarze Weste, eine dunkel gestreifte Hose, eine schwarze Krawatte mit einer Nadel des Deutschen Luftschifferverbandes, graue wollene Strümpfe und schwarze Schnürschuhe. — Aus Liebesgram versuchte am gestrigen Freitag die 15-jährige Dora R., die mit ihrer Mutter in einem Hause in der Goltzstraße wohnt, sich mit Leuchtgas zu vergiften. Ein hinzugerufener Samariter der Feuerwehr stellte bei der Verhütung mit dem Sauerstoffapparat Wiederbelebungsbemühungen an, die schließlich mit dem Erfolg waren. Die Lebensklübe wurde in das Schönberger Krankenhaus geschafft.

Kindern in Abzug gebracht werden, so daß jetzt beispielsweise die Mietsunterstützung für eine Frau mit einem Kinde bei einer Riete von 30 M. (wenn der Wert die 30 Proz. nicht nachläßt) 12 M. betragen würde, und bei einer Frau mit 3 Kindern 11 M. monatlich. Hierzu beantragte Gen. Müller, bei Bemessung der Mietsunterstützung die staatliche und die Kreisunterstützung überhaupt nicht in Betracht zu ziehen, sondern die vollen 50 resp. 70 Proz. zu zahlen. Hiergegen wandte sich der Bürgermeister, indem er den Antrag Müller als zu weit gehend bezeichnete. Dadurch würden der Gemeinde unerwartungsgläubige Lasten auferlegt. Schon jetzt seien seit Einführung der Mietsunterstützung 3 382,69 Mark für diesen Zweck ausgegeben worden, und wenn der Antrag der Unterstützungskommission angenommen würde, dann steigere sich die Ausgabe um monatlich circa 1000 M. Der Antrag Müller aber fordere schätzungsweise monatlich 7000—8000 M. mehr. Schöffe Trenner befragte eine Anregung der Hausbesitzer, statt 30 Proz. Mietnachlaß nur 10 Proz. zu fordern, da viele Hausbesitzer nicht in der Lage seien, auf einen so hohen Betrag zu verzichten. Das bewiesen auch die vielen Abrechnungen, so daß die meisten unterstützten Mieter jetzt mit 50 Proz. zufrieden sein müßten. Der Antrag der Kommission wurde angenommen und die geforderten 100 000 M. bewilligt. Die gestellten Abänderungsanträge wurden der Kommission zur näheren Beratung überwiesen. — Vorher stimmte die Gemeindevertretung noch zwei Polizeiverordnungen zu, wovon die eine den Hausbesitzern die Verpflichtung auferlegt, sich einverstanden zu erklären mit den an den Häusern für notwendig erachteten Anbringung von Feuermeldern und deren Zubehör. Die andere Verordnung gestattet das Teppichschlagen auf Höfen und Hofgärten nur freitags und Sonnabends von 8 bis 12 Uhr. Dem zum Oberlehrer an der hiesigen Volksschule gewählten Kandidaten Dr. Behnen, dessen Bestätigung infolge des Krieges nicht erfolgen kann, wurde als Entschädigung für seine Tätigkeit das ihm nach der Bestätigung zulebende volle Gehalt bewilligt mit der Maßgabe, daß er den das Ausbildungsalter überschreitenden Teil zurückzahlen muß, wenn er vor seiner Bestätigung sein Amt verläßt. Zum Schluß wurde ein Dringlichkeitsantrag des Genossen Burgeister der Schuldeputation zur Berücksichtigung überwiesen. In diesem Antrage wird der Gemeindevorstand ersucht, während der Schulferien Kinderferienspiele einzurichten und hierfür geeignete Personen anzustellen.

Eröffnung des Tempelhofer Arbeitsnachweises.

Der von der Gemeindevertretung vor einiger Zeit beschlossene Arbeitsnachweis wird am 1. Juli in dem Hause Dorffir. 13 eröffnet werden. Es sollen ungelernete und angelegene Arbeitskräfte, aber auch die für die hiesigen Spezialbetriebe gelerntten Kräfte vermittelt werden. Ebenso findet eine Vermittlung von Hauspersonal (Dienstboten, Aufwartefrauen usw.) statt. Der Arbeitsnachweis steht mit allen Groß-Berliner Arbeitsnachweisen in Geschäftsverkehr. Telefon: Tempelhof 801—805 „Arbeitsnachweis Berlin-Tempelhof“.

Aus aller Welt.

Erdbebentastrophe in Südkalifornien.

Aus San Francisco eingetroffene Nachrichten melden, daß in Südkalifornien ein starkes Erdbeben stattgefunden habe, das großen Schaden anrichtete. Viele Menschen sind getötet worden. Nähere Nachrichten fehlen, da die telegraphischen Verbindungen vielfach unterbrochen sind.

Ein Landsturmann aus Unvorsichtigkeit erschossen. In Frankfurt a. M. erschoss ein Landwehmann infolge Unvorsichtigkeit den Landsturmann Buchmann beim Spielen mit einem Revolver. Er ist Vater von drei Kindern.

Brandunglück in einem schwedischen Badeort. In dem schwedischen Badeort Kurunund entstand in einem Gasthaus ein Feuer, das das Haus vollkommen einäscherte. Infolge der schnellen Ausbreitung des Feuers mußten sich die meisten der etwa hundert Gäste durch Herabspringen aus den Fenstern retten, wobei sich viele von ihnen Verletzungen zuzogen.

Ein Sembenattentat in Mukden. Die Peterburger Telegraphen-Agentur meldet aus Mukden: Durch eine gegen das Feuer einer japanischen Apotheke geschleuderte Bombe wurden drei Japaner schwer und einer leicht verletzt.

Parteiveranstaltungen.

Treptow-Baumschulweg. Die Bibliothek des Wahlvereins bleibt in beiden Etappen bis auf weiteres geschlossen. Entlassene Bücher erliegen wir umgehend zurückzugeben.

Zieglin. Am Sonntag, den 27. Juni, vormittags 9 Uhr, findet eine wichtige Flugblatt-Verbreitung von Element, Duppelstraße, aus statt.

Jugendveranstaltungen.

Bris. Bei gütiger Witterung jeden Montag und Freitag, abends von 7 Uhr an bis zum Eintreten der Dunkelheit spielen auf dem Platz Germania-Bromenabe, Ecke Treiburger Ufer.

Schöneberg. Die Freie Elternreinigung nimmt ihre Spiele am Sonntag, den 27. Juni, wieder regelmäßig auf. Beginn der Spielzeit 4 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, baxtere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Wuchstube und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

G. 24. 100. Es genügt die Aufbewahrung im Hause. — **G. 45.** Wegen Herablassen dienstunfähig. — **M. G. 58.** Das kommt auf die Entscheidung des Militärarztes an. Sie werden aber wahrscheinlich höchstens für garnisondienlich erklärt werden. — **M. G. 14.** 1. Reiz. 2. Reiz. — **Rudi 1.** Der Fall steht leider nicht bereinigt da. Aber nicht in jedem Falle ist die Anhebung zur Infanterie erfolgt. — **M. C. 30.** Wegen Krantheiten der Unterleibsorgane dienstunfähig. — **A. 96.** Einlässe Harzrun. Zurückgestellt. — **Winter.** Die Invalidenliste genügt doch. — **C. G. 11.** Eine persönliche Stellungsbewerber kann noch erfolgen. Und auf die Entscheidung des Militärarztes kommt es dann an, ob der Mann noch eingezogen wird. — **G. M. 16.** Beantragen Sie Vollziehung beim Gemerbeamt. — **M. S. 100.** Sie sind nicht verurteilt, die Verurteilung mitzumachen. — **W. S. 100.** Wegen Augenleiden dienstunfähig. — **P. W. 17.** 1. Wegen Erkrankung der Unterleibsorgane zurückgestellt. 2. G. 49. Co. 3. Ja. — **Nieder-Schöneberg.** 1. Reiz. 2. u. 3. Ja.

Freireligiöse Gemeinde. Am Sonntag, den 27. Juni, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15—17; Reußstr., „Realschule“; Legel, Bahnhofsstraße 15, und Ober-Schöneberg, Märkt. 2: Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag des Herrn E. Rottler: „Der Darnismus und der Weltkrieg.“ Damen und Herren als Gäste willkommen. **Magnete Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (B. a. G.) Hamburg.** Filiale Berlin 7. Montag, den 28. Juni, abends 8½ Uhr bei Welsch, Palmenallee Str. 3: Mitglieder-Versammlung. Rassenbericht. Wahl der Ortsverwaltung. **Arbeiter-Samariterbund.** Verbrüderungen haben nächste Woche: **Solonne Berlin.** I. und IV. Abteilung: Montag, den 28. Juni, abends 8½ Uhr, bei Welsch, Palmenallee Str. 6. V. Abteilung: Freitag, den 2. Juli, Reußstr., Realschule 8 (Realschule). **Solonne Reinickendorf.** Reinaltheil: Montag, den 28. Juni, und Donnerstag, den 1. Juli, abends 8½ Uhr, bei Anders, Hauptstr. 52.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Fleischermeister für Sonntagsruheverlängerung.

Dass viele Fleischermeister keine Freunde und Anhänger von sozialpolitischen Fortschritten sind, ist bekannt. Sie waren es hauptsächlich, die sich derzeit gegen die Einführung der Sonntagsruhe und gegen den früheren Lebenschluss an Wochentagen sträubten. Protestversammlungen abhielten und Petitionen an die maßgebenden Behörden sandten. Viele Fleischerinnungen erstrebten jetzt noch die Aufhebung des gesetzlichen Verbots der Beschäftigung von Lehrlingen unter 16 Jahren an Sonn- und Feiertagen in Betrieben mit elementarer Kraft. Der Berliner Polizeipräsident hat Anfang dieses Jahres sogar die Bestimmung erlassen, dass Gesellen und Lehrlinge über 16 Jahre im Fleischnegewerbe an Sonn- und Feiertagen von 7 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags beschäftigt werden können. Die Praxis zeigt längst, dass diese Bestimmung überflüssig ist und nur den sogenannten „Wurstbuden“ zugute kommt, wo es schon an Wochentagen nicht spät genug mit dem Arbeitschluss werden kann.

Da darf es wohl als anerkanntswert bezeichnet werden, dass viele Fleischerereien in Berlin jetzt folgendes Plakat aushängen:

„Während der Sommermonate ist Sonntags das Geschäft nur vormittags von 7-10 Uhr geöffnet.“

Diese Geschäftsinhaber treten also jetzt auch für weitgehende Sonntagsruhe ein, in der Erkenntnis, dass es gar nicht nötig ist, das Geschäft in der Mittagszeit nochmals zwei Stunden offen zu halten. Ein Fleischermeister schreibt darüber in einer Fleischerzeitung unter anderem:

„Die ersten Feiertage zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten geben den Beweis, dass es auch ohne diesen Verkauf von 12 bis 2 Uhr geht ...“

Jetzt werden sich die Berliner Fleischermeistervereine und auch die Innung mit dieser Frage beschäftigen und hoffentlich selbst ernsthaft für erweiterte Sonntagsruhe eintreten.

Die Beschäftigten im Fleischnegewerbe haben alle Ursache, mit allem Nachdruck für Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen auch auf diesem Gebiet einzutreten. Die Konsumenten können dabei sehr fördernd mitwirken, wenn sie ihre Einkäufe in den Vormittagsstunden erledigen, und vor allem dürfte der Berliner Polizeipräsident erkennen, dass die Beibehaltung seiner Bestimmung nicht nötig erscheint.

Die Eisenformer beschäftigen sich am Donnerstag mit der gegenwärtigen Lage. Die Arbeit läßt allmählich nach. Es sind darum die Verhältnisse für die Formner in Berlin nicht besonders günstig. Immerhin sind noch keine Zustände eingetreten wie vielerorts in der Provinz. Es hat vor einigen Wochen eine Konferenz jener Orte, die Granaten herstellen, stattgefunden, um einmal gemeinsam die Lage der Eisenformer zu besprechen. Dabei stellte es sich heraus, dass draußen an manchen Orten unheimliche Verhältnisse eingetreten sind, die es wünschenswert erscheinen lassen, dafür zu sorgen, dass sich diese Zustände nicht auch nach auf Berlin übertragen.

Infolge der teuren Lebensmittelpreise sind die Arbeiter in einzelnen Betrieben bereits wegen einer Teuerungszulage eingekommen.

Es wurde noch mitgeteilt, dass die Frauenarbeit auch in diesem Arbeitszweig immer mehr Eingang findet. Gegen die Arbeit der Frauen würden die Arbeiter nichts einzuwenden haben, wenn sie für gleiche Leistung gleiche Entlohnung erhielten; dies ist aber nicht der Fall. Ebenso steht es mit den Jugendlichen.

Was die Kernmachererei betrifft, ist die Frauenarbeit besonders weitgehend eingeführt. Auch ist zu verzeichnen, dass die Frauen als Preisrücker benutzt werden.

In den Modellfischereien erfolgt nach dem bestehenden Vertrage am 1. Juli eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 51 auf 50 Stunden. Gleichzeitig tritt als Ausgleich für die Arbeitszeitverlängerung eine Erhöhung des Stundenlohnes von 70 auf 80 Pf. ein. Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich am Mittwoch die Branchenversammlung der Modellfischler. Es handelte sich hauptsächlich darum, dass die Arbeitszeit nun auch auf die einzelnen Wochentage so verteilt wird, wie es im Vertrage vorgesehen ist und keinen Sonderwünschen einzelner Betriebe, welche die Einheitlichkeit der Arbeitszeit durchbrechen würden, Rechnung getragen wird. Insbesondere soll dahin gewirkt werden, dass dem

gegenwärtig stark verbreiteten Lebensstimmungen ein Ende gemacht wird. Wie mitgeteilt wurde, zeichnet sich der Betrieb von Moldenhauer hinsichtlich der Ueberstunden sehr ungünstig aus. Es soll in diesem Betriebe nichts Seltenes sein, dass täglich 12 bis 15 Stunden, in einzelnen Fällen sogar 17 Stunden gearbeitet wird. Ein Arbeiter soll mit 103 oder gar mit 106 Stunden in der Woche den Rekord erreicht haben. Gegen diese kolossale Ueberforderung der tariflichen Arbeitszeit soll, wenn andere Mittel nicht helfen, die Schlichtungskommission angerufen werden. Ferner wurde die allgemeine Gewährung einer Teuerungszulage für notwendig erklärt. Einige Betriebe zahlen bereits eine Kriegszulage, die aber wegen der jetzigen Teuerungsvhältnisse nicht ausreicht ist. Es wurde den Arbeitern der einzelnen Betriebe anheimgegeben, die Gewährung einer angemessenen Teuerungszulage bei ihren Arbeitgebern zu beantragen. Da die Geschäftslage günstig ist und arbeitslose Modellfischler fast gar nicht vorhanden sind, kann erwartet werden, dass die Arbeitgeber diesem berechtigten Wunsch der Arbeiter Rechnung tragen.

Forderungen der Damenhutmacher.

Der Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter hat dem Verband der Berliner Damenhutfabrikanten vor einigen Wochen das Ersuchen unterbreitet, die Akkord- und Zeitlöhne der Arbeiter und Arbeiterinnen um 25 Proz. zu erhöhen. Die Forderung wird mit der gegenwärtigen Teuerung der Lebensmittel begründet. Darauf hat der geschäftsführende Ausschuss des Fabrikantenverbandes geantwortet, er sei nicht in der Lage, die Wünsche der Arbeitnehmer seinen Mitgliedern zu unterbreiten, da der augenblickliche Mangel an gelernten oder geübten Arbeitskräften in zahlreichen Fällen einen Ersatz durch ungelernetes Personal benötigt und deshalb die Festsetzung der Löhne nur nach den jeweiligen Leistungen stattfinden könne. Es müsse deshalb den Fabrikanten auch gegenüber gelernten Arbeitskräften anheimgegeben werden, die Löhne in freier Vereinbarung mit den Arbeitnehmern festzusetzen. — Diesen Standpunkt hat der Verband der Hutarbeiter in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Fabrikantenverbandes als bedenklich bezeichnet und ihn nochmals ersucht, seinen Mitgliedern die Wünsche der Arbeiter zu unterbreiten. Darauf erfolgte die Antwort, der Ausschuss könne seinen Standpunkt nicht ändern, es verbleibe bei demselben, dass berechtigte Anforderungen der Arbeitnehmer möglichst erfüllt würden.

Am Donnerstag nahm eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Hut- und Filzwarenarbeiter Stellung zu dieser Angelegenheit. Infolge der Haltung, welche die Leitung des Fabrikantenverbandes einnimmt, ist es nicht möglich, zu einer Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Organisationen zu kommen. Es bleibt den Arbeitern also kein anderer Weg, als mit ihren Forderungen an die einzelnen Fabrikanten heranzutreten. Eine Verbesserung ihres Einkommens, sei es in Form einer Lohnerhöhung oder einer Teuerungszulage, halten die Arbeiter für unbedingt nötig. Wenn die Zulage auf 25 Proz. der bisherigen Löhne bemessen wird, so werden damit die Mehrausgaben, welche die jetzigen Lebensmittelpreise den Arbeitern auferlegen, noch lange nicht gedeckt. Auf Empfehlung der Lohnkommission beschloß die Versammlung einstimmig, dass die Forderung einer Lohnaufbesserung von 25 Proz. am 1. Juli in allen Betrieben, wo die Arbeiten für die Winterfaison schon begonnen haben, vorgelegt wird.

Deutsches Reich.

Zum Streit der Techniker.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die General-Kommission in Verbindung mit dem Bureau für Sozialpolitik noch einen letzten Versuch gemacht, um das drohende Auseinanderfallen des Bundes der technisch-industriellen Beamten zu verhüten. Der Vorstand des Bundes hat aber jedes Verhandeln abgelehnt. Die Ursache des bedauerlichen Konflikts bildet bekanntlich der Beschluß der Bundesleitung, während des Krieges die fahrungsgemäße Unterfertigung der arbeitslosen oder gemäßigten Mitglieder aufzuheben und nur die nachweislich bedürftigen Kollegen aus einer durch freiwillige Sammlungen zusammengebrachten Kriegsspende zu unterstützen.

Der nach achtmonatiger Kriegsdauer einberufene Bundestag, über den wir feinerzeit ausführlich berichtet haben, hat statt der Verständigung nur noch eine weitere Verschärfung der Gegenstände gebracht, da die Mehrheit des Bundestages die beabsichtigte Aufhebung der Sogungsbestimmungen gutheißt und die Führer der Opposition ausnahmslos abtrüben. Die das „Correspondenzblatt“ mitteilt, haben die den Verhandlungen beizuhenden Vertreter anderer Gewerkschaften damals bereits den Versuch gemacht, eine Einigung herbeizuführen. Dieses Bemühen ist aber ebenfalls an dem

Widerstand des Vorstandes gescheitert. Die unzufriedenen Mitglieder, die sich schon früher zu einer Selbstverwaltung zusammenschlossen hatten, haben nun auf einer kürzlich abgehaltenen Tagung förmlich aus dem Bunde ausgestiegen. Die Führer erneuten das Vertrauen ausgesprochen und sie mit der Gründung einer neuen Organisation beauftragt, falls der eingangs erwähnte Einigungsversuch wiederum erfolglos bleiben sollte. Da diese Voraussetzung jetzt leider eingetroffen ist, wird man die neue Zerspaltung der Technikerbewegung, so bedauerlich sie ohne Zweifel auch ist, wohl als Tatsache hinnehmen müssen. Die neue Organisation ist inzwischen unter dem Namen „Bund der technischen Angestellten“ ins Leben getreten. Unseres Wissens ist dies der erste Fall, daß durch den Krieg die Spaltung eines Berufsvereins hervorgerufen worden ist.

Ein Störer des Burgfriedens.

Eine Firma J. Scholz in Liebertowitz bei Leipzig fertigt Geschoskörbe für die Heeresverwaltung an und beschäftigt dabei eine größere Anzahl Arbeiterinnen, meistens Kriegerväter, die bei der geringeren Kriegsunterstützung auf Beschäftigung und Verdienst angewiesen sind. Den Arbeiterinnen werden 14 bis 17 Pf. Stundenlohn gezahlt, was bei sechsstündiger Arbeitszeit einen Wochenverdienst von durchschnittlich 9,30 M. ergibt. Wenn man bedenkt, daß die Lieferungsbedingungen der Heeresverwaltung mindestens den doppelten Lohn rechtfertigen und viele Konkurrenzfirmen auch tatsächlich das Doppelte zahlen, darf man wohl mit vollem Recht von einer Ausnutzung der Notlage dieser Arbeiterinnen reden.

Die Arbeiterinnen schlossen sich nun zusammen und beauftragten die Leitung des Holzarbeiterverbandes, dem Unternehmer die Forderung einer Lohnerhöhung zu unterbreiten und mit ihm zu verhandeln. Doch damit kamen sie bei dem Herrn Scholz an; er wollte natürlich mit dem Verband nichts zu tun haben und verbat es sich, daß andere in „seine Angelegenheiten“ hineinredeten. Tragdem kam so etwas wie eine Verständigung zustande. Am nächsten Sonntag wurden die Stundenlöhne um vier bis fünf Pfennig erhöht. Man kann sich denken, mit welcher Freude diese Lohnerhöhung, die im Durchschnitt 2,70 M. wöchentlich ausmachte, von den Arbeiterinnen begrüßt wurde. Auch zeigte der Vorgang den vielen Nichtorganisierten, wie wertvoll der Zusammenschluß im Verband ist, und sie zogen ihre Lehren daraus.

Das berührte den Unternehmer, andere Seiten aufzuziehen. Er ließ die Arbeiterinnen einzeln ins Kontor kommen, um sie wegen ihrer Verbandszugehörigkeit zur Rede zu stellen. Und er genierte sich nicht, alle diejenigen sofort zu entlassen, die nicht gleich wieder aus dem Verband austreten wollten.

Ausland.

Gelbe im amerikanischen Bergbau.

Wie die „Bergarbeiter-Zeitung“ dem „Miners Magazin“ vom 5. Mai entnimmt, sind die Werksbesitzer im Bezirke der Western Federation of Miners (Westlicher Verband der Bergarbeiter) dabei, gelbe Werkvereine „ins Leben zu rufen“. Charles S. Meyer, der von der kapitalistischen Justiz des „freien Amerika“ schwer mißhandelte Vorsitzende des westlichen Bergarbeiterverbandes, enthielt im „Miners Magazin“ den wahren Charakter der Gelben. Sie nennen sich zur Abwechslung „Independent Unions“ (unabhängige Vereine; in England nennen sie sich „Free Labour Unions“, freie Arbeitervereine), um damit von der sogenannten Gewerkschaftsklaverei abzurücken. Meyer weist nach, daß der westliche Bergarbeiterverband eine so freie, demokratische Verfassung habe, daß sich im Rahmen derselben jeder Berufsgenosse betätigen könne, wenn er ernstlich auf die Vertretung der Arbeiterinteressen bedacht sei. Die sogenannten „unabhängigen Unions“ seien aber auf Vertreiben der Arbeiterausbeuter (Employers) entstanden, um die Arbeiter zu zersplittern, namentlich um den Werksbesitzern bei Streiks und Ausperrungen zu helfen. Neu seien solche Schutzvereine für die Unternehmer in Amerika nicht, ihre Bedeutung müsse lokaler Natur bleiben. Der westliche Bergarbeiterverband (der mit dem großen Bunde der Kohlenbergleute Amerikas ein brüderliches Bündnis abschloß) sei und müsse bleiben die Einheitsorganisation der Berufsgenossen in den Verbandsbezirken.

Aus Industrie und Handel.

Ein süßer Profit.

Die Zuckerrabrik in Rumburg (Böhmen) zahlt ihren Aktionären auch in diesem schweren Jahre 50 Proz. Dividende. Da muß der Zucker freilich teuer werden.

Todes-Anzeigen

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Julius Jabs
Reußstr., Lichterfelder Str. 9,
im Alter von 57 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Jerusalem-Kirchhofes, Reußstr., Hermannstraße, aus statt.
84/19 Die Ortsverwaltung.

Am 18. Mai fiel im Kampfe für das Vaterland auf dem Kriegsschauplatz unser wertvolles Mitglied, der Schriftsetzer

Otto Eschenfeld
im Alter von 25 Jahren. [19375
Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand des Vereins der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.

Den Heldentod fürs Vaterland fand in hiesiger Kämpferführung unser einziger, unglücklichster Sohn, Schwiegerjohn, mein heißgeliebter Bräutigam, der Kaufmann

J. Baer
Badstr. 28 Ecke Prin.-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung.
Elegante Paletots,
Elegante Anzüge in jeder Preislage.
Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung
Billigste, feste Preise.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
Liefer schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. 371.7208

Honig selbst bereiten

Kann man auf folgende einfache Weise: Zwei Pfund Zucker, ein Viertel Liter Wasser und ein Bächchen Salzsäure-Königs-Wasser für 10 Pfennig löse man über Feuer auf, lasse die Lösung einmal kurz aufkochen und erkalten. Dieser Zuckerhonig ist leicht verdaulich und schmeckt ebenso gut wie Bienenhonig. Nach wissenschaftlicher Untersuchung haben 2 Pfund Zucker den gleichen Nährwert wie 1 Pfund Butter, Schmalz oder ähnliche Fette. Der selbstbereitete Zuckerhonig stellt sich auf etwa 25 Pfennig das Pfund. Salzsäure-Königs-Wasser ist in allen Drogerie- und Radrungsmittel-Geschäften erhältlich. Gegen Einblendung von 1 Mark landet die Tortolan-Gesellschaft m. b. G., Berlin-Schmargendorf 12, zehn Bäckchen portofrei.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Vorgung der Kriegsteilnehmer
Preis 30 Pfennig
Buchhandlung Vorwärts, Berlin 88

Aus meinem Inventur-Ausverkauf!

In Jahren nicht wiederkehrend!

Reizende Modellkostüme, Einfache blaue Kostüme, Seld. Seta-Gummimäntel.

Nur noch soweit Vorrat.
Gegen 200 Keverkotmäntel, bis 100 lang, statt 175.— für 98.—
Gegen 125 Keverkotmäntel auf Damassese, statt 90.— für 27.—

Nur vormittags 9¹/₂-12
zum Aussehen zusammengestellt
Kostüme, Waschkostüme, Mäntel, Tachjücken, Seldens-Jacken, lange Frauenmäntel für Sommer und Winter, vorgesehener Preis bis 90.— für 12.—

Gummimäntel aus Kammgarn, seidene Gloriamäntel, vorgesehener Preis bis 70.— für 19¹/₂,-
Seld. Wollejacken m. wald. Ripstragen, stattl. ausgeführt, vorgesehener Preis 50.— für 19¹/₂,-
Imprägnierte Staubmäntel, Popeline, Alpaka, reiß. Farben, vorgesehener Preis 60.— für 15¹/₂,-
Elegante Kollenne-Frauenmäntel (pass. 1. starke Figuren), vorgesehener Preis 170.— für 36.—

Gelegenheit für schnell entschlossene Käufer.
Sealplüschmäntel, Seldensplüschmäntel, Winter-Plüsch, statt 70.— für 19¹/₂,-
beste Kürschnerarbeit, gediegene Felle, unter Garantie, Persischer, Seldsitz, Oranburger, Kanis, statt 60.— für 27¹/₂,-
Mohair-Wollplüschmäntel, statt 100.— für 36.—

Echte Pelzmäntel, statt 140.— für 65.—
statt 100.— für 45.—
statt 60.— für 27¹/₂,-
statt 300.— für 150.—

Bis 70% Ermäßigung:

Trauermagazin Westmann
Am Zentrum 7900
I. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstraße).

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Korben 185, 1239, 1967, 9714.

Sonntag, den 27. Juni 1915, vormittags 9¹/₂ Uhr:
Branchen-Versammlung
der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher
sowie Rundschleifer
in Obigloß Festfäken (fr. Keller), gr. Saal, Koppenstr. 29.

Tagessordnung:
1. Vortrag: „Die Entstehung des europäischen Staatensystems“. Referent: Reichstagsabg. Dr. Paul Leusch.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Zur besonderen Beachtung! Wir machen darauf aufmerksam, daß der Bericht vom letzten Jahre gedruckt vorliegt. Kolleginnen und Kollegen, welche nicht im Besitz der Broschüre sind, können dieselbe in der Versammlung unentgeltlich erhalten.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung!
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstelle von Bernert, Neufuß 11, Kaiser-Friedrich-Straße, nach dem Lokal von Schwengel, Reußstr. 8, Ecke Weferstraße, verlegt ist.
115/18 Die Ortsverwaltung.

Keine Fleischteuerung!
Gutes Mittagessen à Person 15 bis 20 Pf.

Man nehme etwas Suppengrün und neues Gemüse, wie es die Jahreszeit bietet, zerschneide alles so fein wie möglich und koche es in ungesalzenem Wasser mit einem Zusatz von 1 Person einen gekauften Teelöffel (20 bis 25 Gramm) **Ochsena-Extrakt**, Kartoffeln und nach Geschmack auch etwas Speisefett zusammen zugedeckt in einem Topf eine halbe bis eine Stunde. Die Kartoffel- und Gemüsebrühe erhält dann durch den Ochsena-Extrakt den Geschmack und Nährwert einer wirklichen, kräftigen **Fleischsuppe**, und die nicht zerkochten Teile der Kartoffeln haben Geschmack und Aussehen von **Fleischstücken** angenommen. Ochsena ist zu beziehen durch die meisten Detail-Geschäfte in Dosen à 1 Pfd. netto M. 2.—
1/2 „ „ „ 1,10
280/15*

Mohr & Co., G. m. b. H., Altona a. E.